

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Kernbrevier: Amt IV. Nr. 1982.

Donnerstag, den 7. März 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Kernbrevier: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: monatlich 1,10 Mk., vierteljährlich 3,30 Mk., frei ins Haus. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntagsblätter und Wochenschriften: Sonntagsblätter: Die Neue Welt 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse: Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsgeheilte Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlußstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Debatte über den Etat.

Die erste Lesung des Etats hat eine Reihe großer Reden, lebhafteste Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und den Parteien und den Parteien untereinander gebracht. Trotz all dieser Reden ist aber irgend eine bestimmte Richtlinie für die künftige Politik nicht zu erkennen gewesen. Das ist von allen Seiten, nur vom Freisinn nicht, zugestanden worden. Der Freisinn muß ja auch weiterhin seine Anhänger in den törichtsten Illusionen von der Möglichkeit einer konservativ-liberalen Paarung wiegen. Um nur ja die Unsinnigkeit dieser Illusionen nicht sofort hervortreten zu lassen, ist der Freisinn im Reichstag überaus bescheiden aufgetreten. Namentlich die stärkste freisinnige Partei, die Freisinnige Volkspartei, hat an politischem Altruismus das menschenmögliche geleistet. Herr Wiemer, der Vertreter der freisinnigen Volkspartei, hat so matt und politisch charakterlos gesprochen, daß ihm selbst konservative Blätter ihren Beifall spenden. Ebenso hat im großen und ganzen die freisinnige Presse alles vermieden, was den schönen hurrapatriotischen Freisinnstrausch in einen politischen Magenjammer verwandeln könnte. Die Konservativen dagegen sind ganz und gar nicht bescheiden gewesen. Sie haben ihre agrarischen Forderungen energisch betont, ja Herr Camp als Redner der Reichspartei hat sogar dem Zentrum die Zusicherung gegeben, daß sich die Wege der Konservativen und des Zentrums bald genug wieder einigen würden. Rücksichtslos noch hat die konservative Presse die freisinnigen Verbündeten mit heftigstem Spott überschüttet. So hat das führende konservative Organ, die „Kreuzzeitung“, den Freisinn verächtlich ermahnt, im Reichstag doch keine Anträge zu stellen, die vom Zentrum und der Sozialdemokratie unterstützt werden könnten — sonst könnte die Blockbrüderschaft leicht in die Brüche gehen. Wenn aber der Freisinn gleichwohl solche Anträge einbringen zu müssen glaube, so dürfe er wenigstens nicht auf ihrer Erledigung bestehen! Anträge aber, denen die Sozialdemokratie ihre Zustimmung geben könnte, würden eben solche Anträge sein, die sich im Sinne der liberalen Prinzipien bewegen, demokratischen Geist atmen würden! Die Konservativen muten also dem Freisinn zu, daß er auf jede Betätigung seiner liberalen Prinzipien künftig ein für allemal verzichten solle!

Einen Vorgehensmaßstab der Rücksichtslosigkeit, mit der die Konservativen ihre freisinnigen Wahlkämpfer zu behandeln gedenken, bot schon die Art, wie von der „Kreuzzeitung“ und „Deutschen Tageszeitung“ die Herren Schrader, Gothein und Bayer wegen ihrer harmlosen Etatreden aufs gräßlichste angegriffen und abgerüffelt wurden. Eine solche rücksichtslose Zensur mußten sich diese Freisinnigen gefallen lassen, trotzdem sie doch nur äußerst zaghaft und zahn die antiagrarischen und freiheitlichen Forderungen des Liberalismus zu berühren wagten. Selbst der rabiateste von ihnen, Herr Bayer, bewies ja ein geradezu rührendes Entgegenkommen gegenüber der Regierung und den Verbündeten von der Rechten. Nachdem er die skandalöse Kursänderung des Freisinns in Sachen der Kolonial- und Welt-politik als notwendige Rücksicht auf die junge Garde des Freisinns zurückgeführt, wagte er es, ganz leise Wünsche zu äußern und einen späteren Dank der Regierung für das freisinnige Entgegenkommen in aller Bescheidenheit zu erbitten. Aber selbst diese Bescheidenheit schützte ihn nicht vor der galligen Verböhnung der Herren Konservativen. Je rücksichtsloser der Freisinn auftrat, desto rücksichtsloser gebärdeten sich die Herren von der Rechten als die Herren der Situation, als diejenigen, von deren Gnaden es abhängt, ob der Freisinn auch fernerhin als Autreiber und Helfershelfer der konservativ-reaktionären Politik geduldet, oder aber wiederum in das Nichts seiner früheren oppositionellen Bedeutungslosigkeit zurückgeschleudert werde.

licher Polemik gegen das Zentrum, die bei alledem auch von gewissen Komplimenten für das Zentrum durchsetzt war, kam er zum Schluß auch mit einigen schlüssigen Worten auf sein eigentliches Regierungsprogramm zu sprechen. Was aber versprach er? Nirgends ließ er sich auf klar umrissene programmatische Forderungen ein. In gleichem Atemzuge versprach er den Schutz der Landwirtschaft und den Schutz der Börse. In zwei aufeinanderfolgenden Sätzen gelobte er den Mittelstand zu schützen und eine gesunde kräftige Sozialpolitik fördern zu wollen. Nirgends aber bekannte er sich zu bestimmten Forderungen, nirgends gab er eine Erklärung, wie denn diese gesetzgeberische Tätigkeit eigentlich aussehen sollte. Er begnügte sich mit allgemeinen, zu nichts verpflichtenden Redensarten. Dann verschwand er, nachdem er noch eine reichsverbänderische Philippika gegen die Sozialdemokratie vom Stapel gelassen, auf Nimmerwiedersehen von der Bildfläche.

Graf Posadowsky mußte sich mit allen Angriffen und Anträgen an Stelle seines Meisters und Herrn auseinandersetzen. Natürlich konnte und durfte er irgend etwas Bestimmtes nicht in Aussicht stellen. Das einzige, was er sagen konnte, war das, daß die Durchführung des Bülow'schen Programms Geduld und viel Sessionen erfordern werde. Dabei entschlippte ihm das köstliche Geständnis, daß es fraglich sei, ob nun gerade mit dieser Reichstagsmehrheit Bülow's Programm zur Verwirklichung gelangen könne. Posadowsky's Einspringen für Bülow scheint übrigens noch mit Un dank belohnt werden zu sollen. Dem Anschein nach hat Graf Posadowsky dem Fürsten Bülow nicht einmal zu Dank gesprochen. Etwa deshalb, weil Posadowsky zu ehrlich war und nicht gleich Bülow eitel Schäum schlug? Oder etwa deshalb, weil Posadowsky andeutete, daß der Reichskanzler der eigentlich Verantwortliche für die Reichstagsauflösung sei, daß er im Falle eines Mißerfolges habe zurücktreten müssen? Wie dem immer sei: Tatsache ist, daß bereits gegen Posadowsky Sturm gelaufen wird. So bringen die „Sam-burger Nachrichten“ von einer Seite, die sich wiederholt als wohl unterrichtet gezeigt hat, folgende Mitteilungen über „Unstimmigkeiten in der Reichsregierung“:

„Es ist richtig, daß Graf Posadowsky über die Auflösung des Reichstages anderer Meinung war als der Kanzler. Graf Posadowsky versprach sich von einer Auflösung keinen Erfolg. In dieser Beziehung hat der Kanzler dem Kanzler recht gegeben, und es ist anzunehmen, daß auch Graf Posadowsky seine Ansicht über die Auflösung geändert hat. Im übrigen ist der Kanzler wiederholt mit dem Auftreten des Grafen Posadowsky nicht einverstanden gewesen. Abgesehen von früheren Vorfällen, kommt dafür namentlich die Verantwortung in Betracht, die Staatssekretär Graf Posadowsky auf die Rede des Zentrumsmittlegliedes Gröber folgen ließ. Man würde jedoch schilgen, wenn man danach annähme, daß der Kanzler den Abgang des Grafen Posadowsky wünsche. Der Kanzler schätzte den Staatssekretär zu hoch, als daß Vorgänge wie der geschiedene, ihn zu dem Wunsche, der Staatssekretär möge seinen Abschied nehmen, veranlassen sollten. Es ist daher anzunehmen, daß, solange Graf Posadowsky sich nicht amtsmüde fühlt, das heißt, solange er nicht selber den Wunsch zum Zurücktreten zu erkennen gibt, ein Wechsel auf dem Posten nicht eintritt.“

Der Minister des 12000 Mark-Bettes ist wahrhaftig kein linksstehender Staatsmann, aber er besitzt — eine Seltenheit in dem gegenwärtigen Ministerium — Kenntnisse und auch eine gewisse gerade Ehrlichkeit. Wir glauben gerne, daß er kein Freund solcher Experimente und Bluffs ist, wie sie der Reichskanzler bei der Reichstagsauflösung beliebt hat. Geht Posadowsky, so weicht er sicherlich nur einem Schlechteren. Der Rücktritt des einzigen Ministers, der trotz seines reaktionären Grundcharakters wenigstens noch ein gewisses sozialpolitisches Verständnis besaßen, wäre dann die Einleitung der neuen sozialen Ära, das Ergebnis der konservativ-liberalen Paarung!

Die Reichstagswahl hat keinerlei Lösung und Klärung der politischen Wirnis gebracht, vielmehr nur ein schlimmeres Wirnis erzeugt. Aber diese Wirnis wird nicht ewig dauern. Sobald erst die wirkliche gesetzgeberische Arbeit beginnt, wird auch der Freisinn nicht mehr mit allgemeinen Phrasen auskommen, sondern Farbe bekennen müssen. Dann wird sich zeigen, ob nicht von neuem das alte Schauspiel eintritt, daß der Freisinn öfter mit der Sozialdemokratie und dem Zentrum, als mit den Konservativen und Nationalliberalen zusammengeht. Dann werden sich auch bei den agrarischen und den Fragen der allgemeinen Kultur Konservative und Zentrum wieder zusammenfinden. Es wird dann eben politisch fortgewürfelt werden wie bisher. Höchstens mit dem Unterschiede, daß der Freisinn noch mehr als bisher seine Prinzipien verleugnet und immer mehr ins nationalliberale Fahrwasser hineinschneuert.

Als Endergebnis wird sich nur das zeigen: Die Konzentration der ganzen besitzenden Klasse gegen die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie ihrerseits aber wird es nicht daran fehlen lassen, dem geeinten reaktionären Bürgertum das geeinte Proletariat gegenüberzustellen!

Die russische Revolution.

Nach der Duma-Eröffnung.

Nach Schluß der ersten Dumasitzung am Dienstag wurde eine größere Straßenkundgebung veranstaltet, bei der Arbeiterdeputierte Ansprachen an das Volk hielten. Die Gendarmerie machte von der blanken Waffe Gebrauch. Die Menge, in der rote Fahnen getragen wurden, sang die Marsellaise und den revolutionären Trauermarsch. Der Polizeidienst wurde für die Nacht verstärkt.

Petersburg, 6. März. (V. S.) Infolge des nach Schluß der gestrigen Dumasitzung stattgefundenen blutigen Zusammenstoßes zwischen der Polizei und der Volksmenge herrscht in der Stadt große Erregung. Die ganze Nacht durchzogen große Arbeitermassen die Stadt. Heute werden die Straßen und Hauptplätze durch Militär abgesperrt. Der Stadtkommandant erteilte den strengsten Befehl, bei den geringsten Ausschreitungen von der Waffe Gebrauch zu machen.

Petersburg, 6. März. (V. S.) In ministeriellen Kreisen ist man über die erste Sitzung der Duma äußerst befriedigt. Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß die russische Kundgebung ein Gemisch für die Auflösung der Duma sein werde. Die Opposition ist von dem Wunsche befeuert, den Fortbestand der Duma zu sichern, und die sozialistische Presse predigt Mäßigkeit. Trotz aller dieser Umstände ist die Hoffnung auf einen langen Bestand der Duma sehr gering. Es soll bereits ein Gesetz vorbereitet werden, das die Befugnisse der Duma einschränkt.

Petersburg, 6. März. Der Kaiser empfing heute den Präsidenten der Reichsduma Golowin in Audienz.

Die nächste Sitzung der Duma ist auf den 8. März festgesetzt.

Die Gruppierung der Parteien in der Duma.

Im Gegensatz zur ersten Duma, in der die Kadetten gemeinsam mit den mit ihnen sympathisierenden Parteilosern die überwältigende Mehrheit des Hauses, die Rechte und die Linke aber nur verhältnismäßig kleine Fraktionen bildeten, sind in der gegenwärtigen Duma drei große Gruppen zu unterscheiden, von denen allerdings keine stark genug ist, um selbständig eine Mehrheit zu bilden und so die ganze Politik der Duma zu bestimmen. Der schöne Vorpostenstrahl der Regierung, eine reaktionäre Mehrheit zu erhalten, ist in nichts zerronnen; denn die Rechte, („rechtsrussische Leute“, Oktobermänner, Gemäßigte, Monarchisten usw.) zählt insgesamt etwa 140 Mann. Das gleiche Schicksal hat aber auch den labettischen Plan einer kompakten labettischen Mehrheit ereilt; denn sie verfügen nebst den „friedlichen Erneuerern“, demokratischen Reformern und anderen labettischen Fraktionen über ungefähr 130 Anhänger, die Linke dagegen über 180. Davon entfallen auf die Sozialdemokraten 60, die Sozialrevolutionäre und Volkssozialisten 40.

Auf den ersten Blick erscheint diese Situation für die Kadetten außerordentlich günstig zu sein, da sie in der angenehmen Lage sind, abwechselnd zwei Mehrheiten zu bilden — eine mit der Linken gegen die Rechte, die andere mit der Rechten gegen die Linke — und so Reaktion und Revolution gegen einander auszuspielen. Durch eine solche Schaufelpolitik aber würden die Kadetten natürlich politischen Selbstmord begehen: sie würden nicht nur die Unterstützung der Linken in der Duma verlieren, sondern — was für eine oppositionelle politische Partei weit schlimmer ist — ihr Zusammengehen mit der Rechten würde notwendigerweise bald zu einem dauernden Bündnis ausarten, sie würden unrettbar den letzten Rest von Ansehen bei den Massen einbüßen und sich selber zu Volksverrätern stempeln. Jeder Anhänger, der noch einen Funken politischen Ehrgeizes und Freiheitsliebe im Leibe hat, würde ihnen den Rücken kehren, und die labettischen Wähler würden vermutlich in hellen Augen davonlaufen. Aber auch wenn die Kadetten auf den Gedanken kämen, unter Ausschaltung der „rechtsrussischen Leute“ und unter Heranziehung der mäßigeren Elemente der Linken und der Oktoberisten ein „konstitutionelles Zentrum“ zu bilden, würden sie nicht viel besser abschneiden; denn in den Augen des Volkes sind die Oktoberisten nur eine Abspaltung der „rechtsrussischen Leute“ und ein dauerndes Bündnis mit ihnen würde die Kadetten gleichfalls schwer schädigen. Uebrigens ist eine solche Kombination wenig lebensfähig nicht nur aus allgemein politischen, sondern auch aus parlamentarischen Gründen, da sie selbst bei den günstigsten Berechnungen kaum 52 bis 53 Prozent aller Dumamitglieder umfassen würde.

Es bleibt somit den Kadetten in Wirklichkeit nur ein Weg übrig, den sie, ohne als oppositionelle Partei Selbstmord zu üben, betreten könnten: Das Zusammengehen mit der Linken. Die Kadetten werden trotz der maßlosen Verschimpfung, mit denen sie die sozialistischen Parteien während des Wahlkampfes überschüttet haben, wohl oder übel in den sauren Apfel beißen und unter dem Druck der realen Verhältnisse — der wachsenden Revolutionierung des Volkes — der Rot gehorchend eine Schwänkung nach links vollziehen müssen. Aufgabe der linken Parteien, vor allen der stärksten und einflussreichsten unter ihnen, der sozialdemokratischen Fraktion, wird es sein, die für sie günstige Situation richtig auszunutzen, um die Kadetten nach links zu reißen und dadurch trotz der Dumafeindlichkeit der Regierung, trotz des provokatorischen Auftretens der Rechten, trotz der dummsüßlichen Vorsichtigkeit der Kadetten die Duma zu einer möglichst scharfen Waffe im Kampfe für Russlands Befreiung zu machen.

Staatsreich-Pläne?

Petersburg, 6. März. (V. S.) Für den gegebenen Moment psychologisch interessant ist folgendes Gerücht, welches mehrere Tage kursiert hat und jetzt überall als Tatsache ausgegeben wird: Die

Monarchisten sollen nämlich beabsichtigen, bald nach Eröffnung der Duma einen Staatsstreik auszuführen, die höchsten Staatspersonen, so weit sie nicht ihren reaktionären Plänen gefügig sind, zu verhaften und die Diktatur zu proklamieren!

Aufträge der Petersburger Arbeiter an ihren Deputierten.

In den Arbeiterkreisen Petersburgs werden zurzeit die Forderungen beraten, welche dem Deputierten von der Arbeiterturie auf den Weg gegeben werden sollen. In einer Reihe von Versammlungen wurde beschlossen, den Arbeiteraufträgen die folgenden Punkte zu Grunde zu legen:

1. Staatliche Versicherung der Arbeiter auf Kosten der Unternehmer.
2. Gerichtliche Verantwortung der Unternehmer für jede Uebertretung des Arbeiterschutzgesetzes.
3. Achtstündige Arbeitszeit.
4. Vollständiges Verbot der Ueberstunden.
5. Errichtung von Ausgleichskammern.
6. Schutz der Kinder- und Frauenarbeit.
7. Reform der Fabrikinspektion.
8. Abschaffung der Strafgelede.
9. Unentgeltliche ärztliche Hilfe.
10. Verwirklichung der im Manifest vom 30. Oktober 1905 verheißenen Freiheiten.
11. Verwirklichung des Gesetzes über das allgemeine, direkte, geheime und gleiche Wahlrecht.
12. Aufhebung des Kriegszustandes, des verstärkten Schusses usw.
13. Einführung der Verantwortlichkeit der Minister vor der Volksvertretung.
14. Amnestie für politische und religiöse Vergehen.
15. Abschaffung der Todesstrafe.
16. Unabhängige Gerichte und für alle gleiche Gerichtsbarkeit.

Der neue Reichsdumapäsident.

Fedor Alexandrowitsch Golowin ist am 3. Januar 1868 geboren und entstammt einer älteren russischen Adelsfamilie. Nach Absolvierung der juristischen Abteilung des Lycées Kasarewitsch Nikolaj im Jahre 1891 wurde Golowin in der ordentlichen Gouvernements-Adelsversammlung im Jahre 1893 zum Vertrauensmann des Adels im Dmitrowsker Bezirk auf drei Jahre gewählt. Gleichzeitig bekleidete er das Amt eines Friedensrichters. Seit dem Jahre 1896 fungierte Golowin als Abgeordneter der Dmitrowsker Semstwoversammlung. Ein Jahr später wurde er in die Moskauer Gouvernements-Semstwoverwaltung berufen; am 8. Juni 1904 wurde er zum Präsidenten der Moskauer Gouvernements-Semstwoverwaltung gewählt; dieses Amt bekleidete er bis zu seiner jetzt erfolgten Wahl zum Reichsdumapäsidenten. Golowin gilt als eine ungemein energische, zielbewusste Person; er ist bekannt als hervorragender Führer der Semstwo- und als Initiator der Semstwo- und Städtekongresse, bei denen er durch sein glänzendes Rednertalent wiederholt Aufsehen erregte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. März 1907.

Dernburgsagen.

Mit gedämpften Tönen setzten heute die Kolonialschwärmer die am 18. Dezember bis zur Siebzigste getriebene Kolonialpolitik fort, und selbst das Zentrum erleichterte es dem Kolonialdirektor Dernburg, seine kolonialpolitischen Phantasien in reduzierten Formen und mit exträglichem Pathos vorzutragen. Was heute beinahe interesselos von den bürgerlichen Parteien geredet und angehört wurde, erregte unter der Regie des Reichskanzlers am Tage der Auflösung des Reichstages Sturm und Widerstand oder andrucksvoller Zustimmung.

Der konservative Abgeordnete Rogalla v. Wiedersheim erstattete Dernburg Dank für das erfreuliche Bild, das dieser über die Lage der Kolonien gezeichnet habe. Eine starke Schutztruppe sei nötig, damit den Eingeborenen die Lust am Aufstand vergehe. Außerdem trat der Redner für eine Beihilfe an die Farmer ein.

Das Zentrum schloß heute seinen der in der kolonialpolitischen Debatte hervorgetretenen Redner vor, sondern ließ eine farb- und klanglose Erklärung durch den Abgeordneten Fehrenbach abgeben, der versicherte, das Zentrum werde in dem Sinne seines Antrages, die Schutztruppe auf 2500 Mann herabzusetzen, die Prüfung der Nachtragsetats für die Kolonien vornehmen.

Die Deklamationen der Kolonialstere Semler und Vatmann infolge dieser auffälligen Zurückhaltung keinen Resonanzboden und verpufften vollständig. Und auch die unbedeutenden Ausführungen des Ex-Kolonialdirektors Prinzen Hohenlohe-Kangenburg ließen das Herz uninteressiert, obgleich er konstatierte, daß Meinungsverschiedenheiten über die umstrittenen kolonialen Gebiete immer bestehen würden, bis Weise vorlägen, daß diese Gebiete wirklich wirtschaftliche Vorteile gewähren.

Sofort änderte sich das Bild, als Genosse Ledebour die Situation, wie sie vor der Auflösung des Reichstages sich gestaltet hatte, aufrollte und besonders die Tatsache feststellte, daß die Regierung dem Reichstage nichts von den Friedensnachrichten aus dem Aufstandsgebiet mitgeteilt hatte, die an anderen amtlichen Stellen bereits bekannt waren. Trotz des Friedensschlusses mit den Hereros und Bondelwarths würde noch eine Schutztruppe von 7400 Mann gefordert, obgleich militärische Autoritäten, wie Major v. François, eine Zahl von noch nicht 1000 Mann für die betreffenden Gebietsteile für ausreichend halten. Ledebour opponierte scharf gegen die übertriebenen Forderungen der Regierung und widerlegte die Behauptung des Reichskanzlers, speziell der „Vorwärts“ habe geschrieben, Deutschland halte an dem Kolonialgebiet fest, um von dort aus den englischen Kolonialbesitz zu bedrohen. Ledebour wies den Ursprung dieser aus englischen Kreisen stammenden Behauptung auf den fabelhaften Phantasieereien der Adelskinder nach und fragte, warum der Reichskanzler nicht auf eine ähnliche provokierende Äußerung des Abgeordneten Kattmann reagiert habe! Als unser Redner den Reichskanzler scharf, aber in parlamentarischer Form ob dieser unredlichen Vorwürfe gegen den „Vorwärts“ kritisierte, griff der Vizepräsident Paasche ein und verbot Ledebour diese Kritik. Damit rief der Präsident einen Sturm des Widerstandes hervor, der auch in den Reihen des Zentrums ausbrach, denn der Eingriff bedeutete eine unqualifizierbare Einschränkung der Redefreiheit. Bezugsnehmend auf diese sind es immer nationalliberale Präsidenten gewesen, die die parlamentarische Redefreiheit solcherart meucheln wollten. Ledebour verteidigte selbst kräftig sein gutes Recht, die Regierung in parlamentarischen Formen zu

kritisieren. Zwei Ordnungsrufe holte sich allerdings Ledebour später noch, als er den „Bluff“ Dernburgs in dessen kolonialpolitischen Darlegungen bloßlegte und dann es als „Gewissenlosigkeit“ bezeichnete, daß Dernburg den Farmer Schlechtwein als Musterbeispiel für Farmer hingestellt habe. Der Ausdruck „bluffen“ schenkte den ehemaligen Böhmerner Dernburg von seinem Sitze empor und jagte ihn spornstreichs zum Präsidenten, den er zu einem Ordnungsruf aufputschte.

Köstlich war es, als Ledebour die Freisinnigen als die leicht zu befriedigenden Streber hinstellte, deren „Opposition“ sich schon beruhigt, wenn ein „Konzeptionsbüchse“ wie Dernburg, den sie als einen der Ihrigen betrachteten, zum Minister designiert wird.

Prinzipiell erklärte dann unser Redner die Stellung der Fraktion zur amtlichen Kolonialpolitik, die er eine brutalisierende nannte, weil sie mit den brutalsten Mitteln kapitalistischer Ausbeutung arbeite und deshalb prinzipiell von der Sozialdemokratie bekämpft werde. Dagegen wies er nach, daß auch im bürgerlichen Lager Forderungen für eine vernünftiger Kolonialpolitik gestellt werden.

Der Kolonialdirektor Dernburg ergriff zum Schluß das Wort zu einer Entgegnung auf die Angriffe Ledebours, die den Kolonialheros nervös gemacht hatten, aber er fiel damit völlig ab. Damit schloß die erste Lesung der Nachtragsetats, die ohne Kommissionsberatung am Freitag sofort im Plenum zur zweiten Lesung gelangen.

Eisenbahnfragen.

Das preussische Abgeordnetenhaus begann am Mittwoch die Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung. Die Debatte wurde durch eine Rede des neuen Ministers Breitenbach eingeleitet, der das gleiche günstige Bild entrollte, das wir seit Jahren zu sehen gewöhnt sind. Die Eisenbahnen werfen immer höhere Ueberlastungen ab, aber es ist keine Rede davon, daß die Ueberlastungen zu Tarifreformen, zu Befoldungs- und Lohnaufbesserungen oder für sonstige Zwecke der Eisenbahnverwaltung verwendet werden. Der Finanzminister hat immer schon im voraus Vorschlag darauf gelegt! Es kann deshalb nicht nachdrücklich genug gefordert werden, daß endlich zwischen der Eisenbahnverwaltung und der eigentlichen Finanzverwaltung eine reinliche Scheidung eintrete. Nur so wird es möglich sein, dem übertriebenen Fiskalismus entgegenzuwirken.

Wie arg die Eisenbahnverwaltung ihre Aufgaben vernachlässigt, wie sehr sie sich in Abhängigkeit vom Finanzminister begeben hat, das beweist die Tatsache, daß sie im letzten Jahre nicht mehr imstande war, den infolge der Hochkonjunktur außerordentlich gestiegenen Bedarf an Betriebsmitteln auch nur einigermaßen zu decken. Der Finanzminister ließ sich deshalb — wohl oder übel bewegen, der Eisenbahnverwaltung über den Etat hinaus noch 50 Millionen zur Beschaffung von Betriebsmitteln zur Verfügung zu stellen. Es war ihm nicht einmal möglich, die Genehmigung des Landtags vorher einzuholen, er mußte nachträglich um Indemnität bitten. Und doch hätte er sich, wenn er sich nicht von finanziellen, sondern von wirtschaftlichen Erwägungen leiten ließe, mit leichter Mühe sagen können, daß angesichts der steigenden Konjunktur große Summen nötig sind, um die Unterlassungsstände vergangener Jahre wieder gut zu machen. Bei einiger Voraussicht hätte das Budgetrecht des Landtags nicht verletzt zu werden brauchen.

Die Debatte selbst war ziemlich belanglos. Von allen Seiten wurde über das Schelten der Betriebsmittelgemeinschaft geklagt. Jovialendurch wurde auch die Frage der Tarifreform gestreift. Die große Mehrheit des Hauses wünscht wohl eine Verbilligung der Gütertarife, nicht aber eine Verbilligung der Personentarife. Hier begnügt man sich mit einer bloßen Vereinfachung — einmal des finanziellen Ausfalls wegen und zweitens aus den langsam bekannnten verkehrsfeindlichen Gründen.

Daß Herr Breitenbach genau so wie seine Vorgänger Ziele und Zwecke den Kampf gegen Sozialdemokraten und Polen auf seine Fahne geschrieben hat, sei nur nebenbei erwähnt. Eine kleine Sozialistenrede und eine große Polenrede gehört nun einmal zum ständigen Repertoire aller preussischen Minister, die sich beim Landtage gut einführen wollen.

Kolonialpolitiker-Austausch.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft hat sich, da sie der Ansicht ist, daß ausländische Kolonialagitatoren besser ziehen als einheimische, einen französischen Deputierten als Redner für ihre Kolonialpropaganda verschrieben, nämlich den Herrn Lucien Hubert, Vizepräsidenten der Kommission für auswärtige Angelegenheiten in der französischen Deputiertenkammer. Am 15. d. Mts. wird er, wie die „Nsch. Kolonialztg.“ berichtet, im Eberlischsaal der Philharmonie in Berlin seinen ersten Vortrag halten, und zwar über die französischen westafrikanischen Kolonien und ihre Finanzwirtschaft.

Selbstverständlich ist daraufhin Herr Hubert sofort von sensationellsten französischen Journalisten interviewt worden und hat sich einem Mitarbeiter des „Petit Journal“ gegenüber folgendermaßen geäußert:

„Ich werde mit großem Vergnügen in Berlin vor dem deutschen Kolonialpublikum über das Wert Frankreichs in den Kolonien sprechen. Die Erinnerungen, welche die beiden Länder trennen, dürfen sie nicht hindern, sich gegenseitig über ihre Bemühungen auf dem Gebiete des Geistes und der Tat zu unterrichten. Für uns Franzosen ist es wichtig, die Augen von dem in so vielen Beziehungen interessanten Schauspiel nicht abzuwenden, welches unser großer Nachbar bietet, und es ist für das deutsche Volk gut, sich nicht in dem allzu ausschließlichen Bewußtsein seiner Kraft zu isolieren und nicht außer acht zu lassen, daß auch außerhalb des deutschen Landes Neues und Kühnes in der Welt vollbracht wird. Betrachten wir Afrika, diese dräuende Welt des Islam, diese so gelährten und doch so schwer zu meistern schwarzen Stämme! Sollte dies alles nicht in uns den Gedanken befeuchten, daß zwischen den weißen Völkern trotz aller Nebenbuhlerkämpfe eine Interessengemeinschaft über Probleme besteht, welche alle Staaten unseres Kontinents von demselben Gesichtspunkte aus betreffen sollen? Diese Fragen sind es, welche ich in Berlin erörtern will, und ich werde die Gelegenheit benutzen, um zu zeigen, welches unerschöpfliche Wert Frankreich in kaum einem Vierteljahrhundert in Afrika vollbracht hat. Ich empfinde einigen Stolz darüber, das in Berlin zu sagen.“

Herr Hubert wird also über die großen Gelbtagungen und die angeblichen großen Erfolge Frankreichs in Afrika berichten — und die deutsche kolonialfreundliche Presse wird mit Bewunderung diesen Bericht veröffentlichen und daran die Mahnung knüpfen, Deutschland müsse, wenn es ebensolche Erfolge sehen wolle, auch ebensolche Mittel aufbringen.

Wir haben nichts gegen derartige Agitationsreden eines Ausländers einzuwenden, nur beanspruchen wir das Recht, das wir der Deutschen Kolonialgesellschaft zugestehen, auch für uns. Aber als am 2. Juli 1905 Genosse Jaurès in Berlin für den Weltfrieden sprechen wollte, da verbot der Reichskanzler die Versammlung, oder vielmehr er wies durch einen vom 5. Juli 1905 datierten

Brief den deutschen Botschafter in Paris, den Fürsten Radolff, an, den Genossen Jaurès darauf aufmerksam zu machen, daß er in Berlin nicht als Redner zugelassen werde. Allerdings besteht, wie wir im voraus der „Nordd. Allgem. Ztg.“ zugeben, zwischen der damaligen und heutigen Situation ein gewisser Unterschied. Damals hatte sich der Leiter der deutschen auswärtigen Politik in der Marokko-Angelegenheit aufs äußerste blamiert, und es stand zu erwarten, daß trotz des vom Reichskanzler selbst dem Genossen Jaurès nachgerühmten Takttes diese Blamage nicht ganz unerörtert bleiben würde. Herr Lucien Hubert wird dagegen voraussichtlich in der überschwänglichsten Weise die Tätigkeit Frankreichs auf kolonialem Gebiet rühmen und dadurch den ganz- und halbamtlichen Blättern Gelegenheit zu allerlei Vergleichen und zur Empfehlung einer ähnlichen kolonialpolitischen Opferwilligkeit bieten.

Uebrigens erfordert es unserer Ansicht nach die sogenannte internationale Anstandspflicht, daß die Deutsche Kolonialgesellschaft und die hinter ihr stehende Regierung nicht die Dienste französischer Kolonialpolitiker in Anspruch nehmen, ohne sich erkenntlich zu zeigen. Es ist durchaus notwendig, daß Herr Dernburg Gleiches mit Gleichem vergilt und in Paris redet. Als Themata seiner Vorträge würden sich vorzüglich eignen: „Die Dattelpalmenbewaldung der Omasse-Büße“ oder: „Die Kunst der Aufstellung schöner Kolonialbilanzen“.

Mit den Vereinigten Staaten von Amerika haben wir bereits einen höchst wertvollen Professorenaustausch; vielleicht gelangen wir auf diesem Wege zu einem Kolonialpolitiker-austausch mit Frankreich und schließlich sogar zu einem Staatsmännernaustausch. Große Hoffnungen darf sich allerdings das deutsche Volk in dieser Hinsicht nicht machen, denn den Leiter unserer auswärtigen Politik dürfte keine der europäischen Großmächte für ein zuverlässiges Austauschobjekt halten.

Deutsches Reich.

Die Regierung als Wahlagentin.

Am die in Nr. 63 des „Vorwärts“ besprochenen Ausführungen des Vorsitzenden der Kölner Nationalliberalen, Professors Moldenhauer, hat sich eine Polemik zwischen der Kölner Zentrum- und der liberalen Presse geknüpft, durch die man jetzt näheres über den von der Regierung eingeleiteten Stichwahlhandel erfährt, der sich um die neun rheinisch-westfälischen Wahlkreise Altena-Herlora, Wielefeld, Bochum, Köln-Stadt, Duisburg-Ruhrort, Düsseldorf, Elberfeld-Barmen, Essen und Lennep-Kemscheid, drehte, wo die bürgerlichen Parteien sich gegenseitig gegen die Sozialdemokratie unterstützen sollten. Wegen die Moldenhauer'schen Angaben erläßt im „Kölner Lokal-Anzeiger“ die Leitung der örtlichen Zentrumspartei eine Erklärung, aus der man erst erfährt, in welchem außerordentlichen Umfange die Regierung bei dem Wahlhandel tätig gewesen ist. So heißt es zum Beispiel in der Erklärung der Leitung der Zentrumspartei, daß am Freitag vor der Stichwahl „von dem Verhandlungsorte aus im Auftrage der Regierungsvertreter nach drei Stellen hin telephoniert und ein bestimmter Vertreter der Zentrumspartei gewünscht wurde, weil inzwischen plötzlich Herr Dr. Semler aus Berlin angekommen sei“. Gegenüber einer für uns weiter nicht interessanten Angabe des Professors Moldenhauer sagt die Zentrumspartei, „daß die schriftliche Fixierung unserer Forderungen dem die Verhandlungen leitenden (!!) Regierungsvorstand Freitagabend 6 Uhr und bei der hieran sich anschließenden Unterredung mit Dr. Semler vorgelegen hat“. Weiter ist dann in der Zentrumserklärung noch die Rede von einer „Versprechung, welche die Vertreter der Regierung anheraum hatten am Donnerstagabend 8 Uhr und die sich bis gegen 10 Uhr hingog“ und woran „nicht nur zwei Zentrumvertreter aus Köln, sondern sogar auch noch fünf weitere Zentrumvertreter aus anderen Wahlkreisen anwesend waren“. Am Sonnabend morgen fand die Verhandlung fortgesetzt worden, bekanntlich ohne zu dem von der Regierung so heiß ersehnten Kompromiß zu führen. Drei Tage lang haben die Vertreter der Regierung, unter denen sich der Oberpräsident der Rheinprovinz, Reicher von Schorlemer, befand, wegen der Verhandlungen in Köln gewelt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Herren nicht aus ihrer eigenen Initiative heraus sich zum Stichwahlhandel und Briefboten der beiden Parteien herabgewürdigt haben, sondern daß sie auf Anweisung des Kaiserlichen Zentralwahlbureaus in Berlin gehandelt haben.

Die Stimmzettelfälschungs-Lüge.

Unser Parteiblatt zu Nordhausen, die „Nordhäuser Volkszeitung“, schreibt:

Der war der Urheber der Verleumdung? Das Gerücht, das am Tage vor der Stichwahl von dem Oberbürgermeister von Schrabisch in Bad Sachsa verbreitet wurde, begann mit folgendem Satz:

„Soeben erhalte ich durch Telephonruf aus Nordhausen die Nachricht, daß die sozialdemokratische Parteilitung für die Wahl unseres nationalen Kandidaten Schnibbus Dr. Otto Wiemer in Berlin gefälschte Stimmzettel in der Stadt verteilen läßt.“

Sofort erklärten wir diese Nachricht als elende Verleumdung und forderten Herrn von Schrabisch auf, seinen Weidwahn, den Urheber der Verleumdung, zu nennen; er tat es nicht. Eine Krähe hadt der anderen kein Auge aus!

Zeit kommt Licht in das Dunkel der Angelegenheit!

Wir wir aus besser Quelle erfahren, hat Herr Wilhelm Rebelung, Chefredakteur der „Nordhäuser Zeitung“ und freisinniger Stadtverordneter in Nordhausen, die von Herrn von Schrabisch verbreitete Nachricht telephonisch übermitteln. Er hat noch Hotel Rothaus telephoniert, der Oberkellner Bringmann hat die Nachricht entgegengenommen und sie im Auftrage Rebelungs den Herrn von Schrabisch mitgeteilt. Die ganze Größe der gemeinen Verleumdung tritt erst recht zutage, wenn man sich vergegenwärtigt, daß am 6. Februar Herr Rebelung in seiner Zeitung schrieb:

„Der Trick der Stimmzettelfälschung durch Ausgabe unrichtiger Urquandungen der Petal für Dr. Wiemer, vor dem wir in geistiger Kummer warteten, ist, wie wir mit Genehmigung konstatieren, in unserem Wahlkreis nicht angewendet worden.“

Was soll man zu solchem schamlosen Treiben sagen? Wir überlassen es unseren Lesern, den passenden Ausdruck zu finden. In der Öffentlichkeit dürfte der Herr keine Rolle ausgespielt haben — oder sollte die ganze freisinnige Partei schon so korrupt sein, um noch solchen Mann als Führer anzuerkennen? Um Antwort wird geben, jetzt gibt's kein Verstecken mehr!

Auf ähnliche Weise wird die schamige Verleumdung wider die Sozialdemokratie, sie habe gefälschte Stimmzettel verbreitet, auch in den anderen Wahlkreisen aufgedeckt werden sein. Die Verleumdung hat eine ganze Anzahl ehrenwerter Kollegen!

Gegenläge im Antisemitentage.

Kennzeichnend für die unter den antisemitischen „Reformatoren“ des deutschen Volkstörpers“ bestehenden Gegenläge und Abwärtstendungen ist es, daß die Deutsche Reformpartei sich im Reichstags nicht der Christlichen Vereinigung angeschlossen, sondern sich unter die Fittiche der Camp und Brandt geflüchtet hat — um, wie es in der offiziellen Begründung heißt, in den Kommissionen die ihre autonome Vertretung zu finden. Die „Deutsche Re-

form", das Leiborgan dieser antimilitarischen Richtung, schreibt zu diesem festsamen Entschluß:

„Ein Anschlag an die sogenannte Wirtschaftliche Vereinigung war von vornherein ausgeschlossen, weil die Mitglieder dieser „Wirtschaftlichen Vereinigung“ in allen nationalen und wirtschaftlichen Fragen bisher stets untereinander uneins waren und gegeneinander gestimmt haben. Die Reformpartei, die immer geschlossen aufgetreten ist, verpönt keine Lust, einer solchen „Vereinigung“ der verschiedensten Richtungen auch nur einen Teil ihrer Selbständigkeit zu opfern.“

„Nationale“ Wahlmacht.

Die „Deutsche Tageszeitung“ teilt mit: Die Konservativen des Wahlkreises Memel-Schwarzburg haben gegen die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Geheimen Kommerzienrats Schwabach Protest erhoben. Die „Ostpreussische Zeitung“ drückt diesen Protest wörtlich ab. Nach diesem Proteste sollen in 23 einzelnen aufgeführten Fällen den Wählern teils vor, teils nach der Wahl Geldzuwendungen in der Höhe von 20 bis 3000 M. zuteil geworden sein, und zwar teils durch den Abgeordneten selbst, teils durch Beauftragte. Die einzelnen Fälle wiederzugeben, würde zu weit führen. Außerdem soll auf allen Versammlungen, die der Abgeordnete abhielt, in ungewöhnlich großer Menge Bier, Schnaps, Zigarren, oft auch Wurst verteilt worden sein, so daß kaum eine Versammlung anders als in animierter Stimmung geschlossen habe. Ob diese Behauptungen sämtlich bewiesen werden können, vermögen wir natürlich nicht zu entscheiden. Es wird aber für alle der Zeugnisse im Protokolle angeboten. Dem Proteste sind schließlich die beglaubigten Abschriften folgender beiden Briefe angefügt:

Saugen, 12. Februar 1907.

Sehr geehrter Herr Scheu!

Folgende Fälle teile ich zur beliebigen Benutzung mit: Im Hotel Appie erfuhr ich bei einem gelegentlichen Aufenthalt meinerseits Schwabach selbst, für ihn einzutreten und sagte, Geld ist genug da und zog dabei das Portemonnaie. Ich erwiderte ihm, ich bin konservativer Vertrauensmann, da sehen Sie wohl ein, daß ich für Sie nicht einzutreten kann und werde.

Nichtdestoweniger bestürmte mich Schwabach und Dr. Ripper und erlachten mich wenigstens gegen Schwabach nicht zu agitieren. Obwohl es noch nicht Zeit zum Zuge war, verließ ich schleunigst das Lokal, um dem unangenehmen Drängen zu entgehen.

Zeugen des Gesprächs waren Justizrat Michalowsky, Kaufmann Gaidies, Szibben, Dr. Ripper und Schwabach.

Am gestrigen Tage erklärte mir der Besitzer Wills-Rischogallen, daß er als Lohn für seine Agitation 50 Mark durch Justizrat Michalowsky ausgezahlt erhalten habe. Außerdem erzählte mir derselbe Besitzer Wills, daß sich ihm gegenüber bei einer Besuchsreise nach Kaufmann der Gutbesitzer Reimer-Stadthagen gerühmt habe, 2000 Mark für die Agitation erhalten zu haben.

Bei der ersten Versammlung des Schwabach im Bremschen Gasthause sind zwei Kessel Tonnen bairisch Bier, bei der zweiten Versammlung im Kurischen Gasthause sind 10 Liter Kornus und zwei Kessel Tonnen Bier gegeben worden, wemgleich es sich nicht feststellen läßt, wer sie bezahlt hat.

Sobald ich mehr Material habe, werde ich es zustellen.

Hochachtungsvoll

(gez.) Ed. Hoelle.

Polalina bei Ruz, 28. 1. 1907.

Geehrter Herr Dr.

Auf Ihre Aufforderung vom 28. 1. antworte ich Ihnen wie folgt:

Die erwähnte Gegenerklärung, welche das „Memeler Dampfboot“ brachte, hätte auch sein müssen in der „Lister Allgemeinen“, der „Kauje“ und der „Memeler Lituaniska“, und zwar mit unseren Namen. Ich war aufgefordert, dieses zu tun, nämlich von der nationalliberalen Partei durch Herrn Dr. Ripper, wofür uns 700 Mark gegeben wurden, welche ich aber, da ich nicht für Judas erklärt werden wollte, zurückwies. Schmerzlich litt das Lituanikum, zugefügt dadurch, daß die Memeler zu wenig agitieren — gearbeitet haben.

Mit herzlichster Begrüßung

(gez.) Wils Gailus.

Der Protest läßt einen lohnenden Blick hinter die Kulissen der „nationalen“ Wahlmacht tun. Das Amüsante ist dabei, daß die Konservativen sich über Praktiken beschwerten, die sie selbst unbedenklich üben, wo ihnen die Mittel dazu zur Verfügung stehen, von der schamlosen Vergeßlichkeit abhängiger Handarbeiter durch die brutale Aufhebung des Wahlgeheimnisses gar nicht zu reden.

Zur Ankündigung einer Verfassungsreform in Mecklenburg

Schreibt man uns aus Rostock:

Der Schweriner Großherzog machte in seiner Erklärung einige Andeutungen über Ziel und Richtung seiner Verfassungspläne. Er will die Verfassungsreform, die sein Großvater Friedrich Franz II. 1874 und 1877 anstrebte, und die damals vom Landtag abgelehnt wurde, wieder aufnehmen. Beharren die Großherzöge auf diesem Standpunkte, so ist von der jetzt angekündigten Verfassungsreform für das mecklenburgische Volk und speziell für die Arbeiterhoffe absolut nichts zu erwarten. Denn nach jenen mehr als 30 Jahre alten Plänen, an die man jetzt wieder anknüpfen will, sollte der Landtag zwar aus Wahlen hervorgehen, aber die Masse der Bevölkerung sollte von jedem Wahlrecht ausgeschlossen bleiben. Von den 102 Landtagsmitgliedern sollten nämlich gewählt werden: 40 von den Rittergutsbesitzern, 31 von den Magistraten und den Stadtverordneten der Städte, und 25 von den Ortsvorstehern der Dominaldörfer, während 6 vom Großherzog persönlich ernannt werden sollten. Dabei ist zu beachten, daß die Ortsvorsteher im Dominium jederzeit absetzbare, vom Großherzog ernannte Beamte sind, und daß auch in den Städten für die Wahl der Magistrats- und Stadtverordneten kein gleiches und allgemeines Wahlrecht der Einwohner besteht, ja daß in vielen Städten sogar auch die Bürgermeister direkt vom Großherzog ernannt werden. Man sieht also auf den ersten Blick: ein so zusammengesetzter Landtag wäre nichts als ein Hohn auf eine wirkliche Volksvertretung. Daß die Regierung augenblicklich verfassungsfreundliche Regungen empfindet, ist übrigens absolut nicht auf volksfreundliche Regungen zurückzuführen, sondern lediglich auf der Erfahrung, daß mit dem derzeitigen Landtag nicht mehr auszukommen ist. Die jetzige Verfassung beruht bekanntlich auf dem Grundsatz, daß der Großherzog aus den Einkünften des Dominiums die Kosten der allgemeinen Landesverwaltung zu decken hat, und daß der Landtag ihm hierzu nur im Notfall Beihilfe gewährt. Das Dominium umfaßt an Umfang die Hälfte des gesamten Landes und ist in wirtschaftlicher, politischer und verwaltungsmäßiger Hinsicht dem Willen des Großherzogs unterstellt. Der Umstand, daß die Geldkammer, in der sich die Dominialverwaltung befindet, und zu deren Verpfändung die wegen Verschuldung eingetretene Entmündigung des Herzogs Paul Friedrich nicht unwesentlich beigetragen hat, zwang die Regierung, von dem Landtag neue Zuschüsse zu fordern. Diese Verhandlungen waren erfolglos. Deshalb will es die Regierung mit einer Verfassungsreform versuchen. Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie alles daran setzen wird, um die öffentliche Meinung gegen diese Reaktion einer Verfassungsreform aufzufressen und einen Druck auf die politischen Machtfaktoren des Landes auszuüben. Aber bei der gegenwärtigen Bekanntheit des großherzoglichen mecklenburgischen Liberalismus sind die Aussichten nur recht schwach, daß bei der Verfassungsreform dem Willen und begründeten Forderungen des Volkes gebührende Rechnung getragen wird.

Ein Staatsminister nach dem Herzen der „Foh“.

Im anhaltischen Landtage erörterte am Mittwoch Genosse Peus in einkündiger Rede das Ergebnis der Dessauer Gerichtsverhandlung über den Mord zu Klein-Rohlau. Er bemerkte u. a.: Die im Landtage erhobene unerhörte Beschuldigung, der Mord sei eine Folge der sozialdemokratischen Verhöhnung, sei in sich selbst zusammengefallen, und die Sozialdemokratie stehe von dem gegen sie erhobenen Verdacht gereinigt da. Der Mörder sei kein Sozialdemokrat, sondern das Prototyp eines auf der niedrigen Kulturstufe stehenden polnischen Arbeiters; der dem Staatsminister als brave, deutscher Arbeiter geschilderte ermordete Danisch sei ein Säufer und händelsüchtiger Mensch gewesen.

Staatsminister v. Dallwitz erklärte darauf, er habe in seiner Rede nicht gesagt, daß die sozialdemokratische Partei und ihre Führer als Missetäter zu dem Mord zu betrachten seien, sondern nur, daß die maßlose Verhöhnung durch die sozialdemokratische Presse zu solchen Taten führen könne, wie sie hier geschehen sei. Er halte nach der Verhandlung vor dem Schwurgericht daran fest, daß der Mord aus dem Grunde begangen worden ist, weil der ermordete Danisch „falsch gewählt“ hat. Der Mörder habe die von drei einwandfreien Zeugen befundete Aeußerung unter dem frischen Eindruck der Tat getan, wenn er sie auch später bestritten habe.

Also der Herr v. Dallwitz hält fest an der unerhörten Beschuldigung, die Mordtat von Klein-Rohlau sei ein sozialdemokratischer Mord. Er wird den begehrtesten Beifall der „Foh“ und des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie ernten. Wir haben uns nicht mehr mit ihm auseinanderzusetzen. Das Verhalten des Ministers zeigt lediglich, welche Verwirrung die Hege gegen die Sozialdemokratie auch in den Köpfen hoher Beamter anrichtet.

Wahlrechtsbewegung in Elsaß-Lothringen.

Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens erließ in der Parteipresse der Reichslande folgenden Aufruf an die Parteigenossen:

Gelegentlich der Eröffnung der diesjährigen Session des elsass-lothringischen Landesauschusses sollte ebenso wie im Vorjahre eine Demonstration zugunsten des allgemeinen Wahlrechts zum Landesparlament stattfinden. Infolge der Reichstagswahlen, die wenige Tage vor der Eröffnung des Landesauschusses erst ihren Abschluß fanden, mußte jedoch von diesem Vorhaben Abstand genommen werden. Doch soll auch die diesjährige Parlamentsession nicht zu Ende gehen, ohne daß Regierung und Parlament erfahren, daß das elsass-lothringische Volk nach wie vor fest und unerschütterlich die ihm zustehenden Rechte verlangt. Es muß also auch in diesem Jahre eine Demonstration für das allgemeine Wahlrecht im ganzen Lande abgehalten werden, und welcher Tag wäre hierfür besser geeignet als der Tag der Erinnerung an die Revolutionen des Jahres 1848, die von unseren Vätern unternommen, um dem Volke das allgemeine Wahlrecht zu verschaffen. Wir fordern daher die Parteigenossen im Lande auf, allenthalben zum 17. oder 18. März Versammlungen einzuberufen, in denen nicht nur der trauernden Toten des Jahres 1848 gedacht werden soll, sondern in denen auch den Herrschenden des Tages die Forderungen des Volkes entgegengeschleudert werden.

Auf Parteigenossen, an die Arbeit! Das allgemeine Wahlrecht muß erobert werden!

Ein Parteitag der bayerischen Zentrumspartei fand am Dienstag in München statt. Die Beratungen wurden unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. In der Presse wird über den Inhalt der Verhandlungen gemeldet: Einen breiten Raum nahm der scharfe Gegensatz der Parteileitung zu den Erzbischöfen ein und die Motivierung der Stichwahlparole bei den letzten Reichstagswahlen. Der Vorstand der Landtagsfraktion Prälat Daller erklärte, unter den gegenwärtigen Verhältnissen sei die Sozialdemokratie das kleinere Übel gegenüber dem Liberalismus; sie sei gegen Ausnahmeerlasse, für die Erhaltung des ungeschmälerten Reichstagswahlrechtes, und sie habe stets den bayerischen Standpunkt gegenüber dem Preußenklub vertreten. Auf die Bitte des Prälaten Daller wurde von einer Diskussion abgesehen und einstimmig folgende Resolution angenommen:

I. Die Delegiertenversammlung erblidigt in der nach den Hauptwahlen zum Deutschen Reichstage für die Stichwahlen im rechtsrheinischen Bayern ausgegebenen Parole ein politisch-politisches Vorgehen zu dem Zweck, um die Stärkung der liberalen Partei, welche nach ihrer Ansicht gegenüber der sozialdemokratischen Partei als der zurzeit gefährlichere Gegner zu erachten ist, möglichst hinten zu halten.

II. Die Delegiertenversammlung beharrt in der Auffassung, daß die Zentrumspartei als eine politische, nicht konfessionelle Partei in rein politischen Angelegenheiten unabhängig sei von der Beurteilung der kirchlichen Oberen, und steht in dieser Unabhängigkeit die Voraussetzung erspriehlichen Wirkens im politischen Leben wie insbesondere in den Parlamenten.

Für die Landtagswahlen wurde folgende Wahlparole angenommen:

„Die Parteileitung empfiehlt den Parteifreunden selbständiges Vorgehen bei den nächsten Landtagswahlen.“

Ausland.

Belgien.

Der Achtstundentag und die bürgerlichen Parteien.

Brüssel, 28. Februar. (Eig. Ber.)

Die Debatte über den Achtstundentag der Bergarbeiter brachte bisher eine Reihe interessanter Momente, wemgleich die Argumentationsart der Wideracher der Reform mit ihrer altüberlieferten Randsterei und heuchlerischen Arbeiterfreundschaft nicht eben kurzweilig und erhebdend war. Es hat sich in dieser Debatte wieder erwiesen, daß nur eine gute Sache gut verteidigt werden kann und daß eine schlechte auch durch den kniffligsten Demoscheneid nicht zu retten ist.

Die Reden für den Achtstundentag waren alle von tiefer Sachlichkeit und schmerzvoller Berechnung, und sogar der reformfeindliche Arbeitsminister fand ein Lob selbst für die radikalsten Verteidiger. In der Tat war die große Rede des Genossen Decler Denis mit ihrem wissenschaftlichen und kritischen Material für jeden Vorurteilslosen das überzeugendste Plaidoyer für den Achtstundentag; ebenso die Rede des ehemaligen Bergarbeiters Mansart, die mit ihrer Anschaulichkeit und Klarheit des Geistes die lägenhaftesten Darstellungen der Reformgegner vernichtete. Wollen doch der Arbeitsminister und die übrigen Reformfeinde glauben machen, die Bergarbeiter selbst seien gegen den Achtstundentag! Aus Mansarts Rede vernahmten sie aber das Gegenteil. Und nicht besser konnte die heuchlerisch postierte Arbeiterfreundschaft der Streiter für die kapitalistischen Interessen gezeichnet werden, als es Mansart mit seinen Worten tat: „Als einzelne bewundert und achtet Ihr die Arbeiterklasse, aber als Gesamtheit seid Ihr unbarbar!“

Von den Gegnern der Reform wurde keines der abgeforderten Argumente geparkt, mit denen seit Beginn der modernen Industrie die Kapitalistenklasse die Verkürzung der Arbeitszeit bekämpft. Und nachdem das ganze Register mit den ältesten Tücheln aufgezogen war, empörten sich Liberale und Konservative im Namen der „Freiheit“ darüber, daß man den Arbeitern verschwehren wolle, so lange es ihnen passe, „für die Ihren“ zu arbeiten! ... Nach dem liberalen Herrn Masson gibt es keine größere Tyrannei, als dem Kohlenarbeiter zu „geschiehen“, daß er nach 8 Stunden die Grube verläßt! Und dieselben ordnungdemagogischen Argumente brachten in katholischer Führung die Liberalen! Der Arbeitsminister meinte, man könne doch die Familienväter nicht hindern, Ueberstunden zu machen, ohne die „Freiheit“ zu verletzen! Man glaubt sich um 50 Jahre zurück, wenn man Anno 1807 solche Forderungen zu hören bekommt.

Der liberale Helleputte, der Vertreter der sogenannten „Jungen Rechten“, widerlegte in seiner vorzüglichen Rede besonders den Einwand der Regierung vom „Ruin der Industrie“. „Hat man nicht im Jahre 1889 beim Gesetz über die Frauen- und Kinderarbeit das gleiche gesagt? Und die Industrie prosperiert, und der Export ist auf 2 Milliarden gestiegen!“

Nun aber ist zu allem das Amendement des Abgeordneten Helleputte ein so gemäßigtes, daß sein Hauptwert eigentlich weit mehr ein moralischer (Anerkennung des Prinzips des Achtstundentages für die Bergarbeiter) ist als von allgemein praktischer Bedeutung. Der im Amendement Helleputte geforderte Achtstundentag zielt bloß auf die Bergarbeiter der neuen Kohlengruben der Campine und bezieht sich nur auf die Säuer! Und das Gesetz soll erst in zehn Jahren Geltung erlangen!

Unter den verschiedenen zur Regelung der Arbeitszeit der Bergarbeiter eingebrachten Amendements — von den Sozialisten liegen einige vor — ist das der Genossen Denis-Mansart das radikalste; denn es will schlanke den Achtstundentag für sämtliche Vossins. Die Diskussion drehte sich indes vor allem um das Projekt Helleputte, das als sanfter Vorstoß nach die beste Aussicht auf Erfolg hatte: „Ihr verlangt heute den Achtstundentag für die Campine, um ihn morgen für alle anderen zu fordern!“ Diese Anglistik ließ es nur zur Debatte um das Prinzip kommen und gegen dieses warf sich denn der ganze kapitalistische Heerhaufen von der Rechten und Linken. Und wie hat diese Diskussion über den Achtstundentag die bürgerlichen Parteien durcheinandergeworfen! Rechter Hand — linker Hand, alles verläuft; die Ministerstürzer, die Todfeinde der liberalen Regierung von der liberalen Linken Arm in Arm mit dem liberalen Minister Francoise und mit dem königlichen kolonialen Geschäftsträger und Exliberale Boeckel. Andererseits warf der liberale Helleputte seiner Regierung vor, daß sie jenen bösen Reichen gleiche, die trotz ihrer Kassen voll Gold nichts weiter tun, als über das Schicksal der Armen Tränen zu vergießen! Zwischen den fortschrittlichen Liberalen und dem doktrinär-kapitalistischen Flügel kam es zu den heftigsten Zusammenstößen. Der liberale Janson, ein wirklich demokratischer Politiker, erklärte offen, der Liberale Schwans, einer der listigsten Gegner sozialer Reformen, dürfe nicht im Namen der Partei sprechen! Und der Liberale Lorand rief seinem Fraktionsgenossen Baroque, der aus Geschäftsrücksichten gewöhnlich mit dem reaktionären Flügel der Liberalen marschiert, das gleiche zu! Die Forderung nach dem Achtstundentag, nach ein wenig Licht und Ruhe für die geplagten Lohnsklaven wirkte auf die bürgerlichen Parteien wie Scheibwasser auf Metall. Die Lösung war, ohne Rücksicht auf politische Gegensätze: für oder gegen die Arbeiter.

Wahrscheinlich wird das vorläufige Resultat der Debatte eine — parlamentarische Enquete sein, für die sich Masson und seine Anhänger einsetzen. Denn selbstverständlich ist nach Ansicht der Arbeiterfeinde zu allen Mängeln des Achtstundentages auch noch der Hauptmangel vorhanden, daß das Problem noch nicht genügend „durcharbeitet“ ist! Bei aller „Modernität“ auf der Linken und allem „Christentum“ auf der Rechten findet eine so brennende Arbeiterreform keine Majorität in der belgischen Kammer.

Parlamentarisches.

Aus der Subkommission.

Die Budgetkommission hielt heute ihre erste Sitzung ab und begann die Beratungen mit dem Reichsamt des Innern. Es muß vorausgeschickt werden, daß diesmal eine größere Anzahl Statistiken ohne Kommissionsberatung gleich an das Plenum verwiesen sind, so daß sich die Kommissionsberatungen vermuthlich sehr abkürzen. So sind vom Reichsamt des Innern nur 5 Kapitel mit 17 Titeln der Kommission überwiesen. Zunächst werden verlangt 50 000 M. Zuschuß für die Herausgabe der „Nachrichten für Handel und Industrie“ — 10 000 M. mehr als im letzten Jahre. Ohne Debatte stimmt die Kommission zu. Bei der neuen Forderung von 8000 M. für Herausgabe von Berichten über die Landwirtschaft erklärt Singer, daß die Sozialdemokraten für die Forderung eintreten werden, daß sie alle Forderungen unterstützen, welche im Interesse der Landwirtschaft erhoben werden, soweit sie der wissenschaftlichen Forschung oder dem Gemeinwohl dienen. Die Forderung wird genehmigt. Ebenso 100 000 M. für Einrichtungen und Veranstellungen, welche allgemeinen Interessen des deutschen Handels und Gewerbes dienen. Die Summe ist dies Jahr verdoppelt worden und in der Hauptsache wegen Unterstützung von Versuchen zur Veredelung und Verbesserung von Baumwolle. Auf Anfrage Singers wird mitgeteilt, daß mit den Baumwollinzeressenten Verbindung angeknüpft sei. In der Aussprache spielte das Baumwollmonopol und die willkürlichen Preis-schwankungen eine große Rolle, daß aber jemals die Baumwoll-erzeugung in den Kolonien hier nennenswerten Einfluß erlangen wird, daran glaubt im Ernst niemand.

Bewilligt werden dann 60 000 M. für Zwecke des internationalen landwirtschaftlichen Instituts in Rom. Der deutsche Landwirtschaftsrat kann die Mittel zur Beteiligung Deutschlands an diesem Institut nicht aufbringen. Ebenso wird ein weiterer Mitarbeiter für das Schiffvermessungsamt, Betrag 7000 M. statt 5200 M., verlangt. An außerordentlichen Zuschüssen für nichtständige Mitglieder des Patentamtes werden 10 000 Mark gefordert und nach einer kurzen Bemerkung Singers genehmigt. Die richterlichen Beamten beim Reichsversicherungsamt erfordern 30 000 M. mehr, da die Vergütung um 300 M. jährlich erhöht wurde.

An einmaligen Ausgaben wurden bewilligt für Beteiligung des Reichs an der internationalen Bibliographie der Naturwissenschaften 40 000 M., als Beitrag an den Deutschen Buchgewerbeverein in Leipzig 6000 M. Singer stimmte den Forderungen zu, machte aber hinsichtlich des letzteren Postens auf die Konsequenzen aufmerksam. Kosobowitsch erklärte, die Summe sei nur für das buchgewerbliche Museum und, folgend der Anregung Singers, beantragte dann Eröber-Kenderung des Dispositivs in der Richtung der Erklärung Kosobowitschs. Alles war einverstanden, nur Herr Badnik stotte es, daß nunmehr die „Erläuterungen“ nicht mehr stimmen. — Ohne Debatte werden 70 000 M. Kostenbeitrag für den internationalen Kongress für Hygiene und Demographie und 30 000 M. für Einrichtungen im römisch-germanischen Museum zu Mainz bewilligt. Eine lebhaftere Debatte entstand bei Forderungen für eine Rekrutierungs- und eine Unfallstatistik. Singer verlangte Vorlegung der Fragebogen und Erzberger schloß sich dem an. Der Regierungsvertreter Lum meinte, das Geld für die Rekrutierungsstatistik sei hinaus- und Änderungen unmöglich seien. Die Rekrutierungsstatistik sei aber schon am 1. Dezember 1906 vorgenommen worden. Sude-lum meinte, das Geld für die Rekrutierungsstatistik sei hinausgeworfen, da sie durchaus unüberlässige Resultate liefere. Kosobowitsch gab das zu und hofft, daß später einmal eine einwandfreie Statistik zustande kommen könne.

Bei Forderungen für Kanalbagger und Heberprähmen für den Kaiser-Wilhelm-Kanal bekam Semler einen kleinen Anstoß von Flottenkoller, er wurde aber rasch von den Vertretern anderer Parteien gedämpft.

Für den Ausbau der Hohlnigsburg werden 150 000 Mark gefordert; 600 000 M. sind schon bewilligt worden. Die lebhafteste Aussprache erzielte damit, daß die Forderung mit knapper Mehrheit gegen Zentrum und Sozialdemokratie angenommen wurde. Die Freisinnigen, welche bisher stets gegen diese Kosten stimmten, hielten sich diesmal zu ihren konservativ-nationalliberalen Verbündeten und reisten die Forderung. Im nächsten Jahre sind noch 75 000 M. für die Hohlnigsburg zu bewilligen.

Mit der Bewilligung von Summen für einige wissenschaftliche Institute, für eine Grundruderrevue in Charlottenburg

für Unterstützung der Versuche mit lenkbaren Luftschiffen und für Unternehmungen zur Befämpfung der Säuglingssterblichkeit war das Reichsamt des Innern erledigt. Morgen folgt die Beratung über das Auswärtige Amt.

Soziales.

Ungünstige Polizeivorschriften betreffend Kost- und Quartiergängerwesen. Der Regierungspräsident in Münster erlegte in einer Polizeiverordnung verschiedene Verpflichtungen allen Personen auf, welche Kost- und Quartiergänger bei sich aufnehmen. Zum Beispiel wird für je zwei Quartiergänger das Vorhandensein von mindestens einer Waschkübel und eines Handtuchs vorgeschrieben. Die Innenseite der Tür muß auf einem sogenannten Quartierzettel (Ausgang) die Zahl der im fraglichen Raum untergebrachten Quartiergänger bekannt geben usw. Herr B., der zwei Quartiergänger hielt und wegen Uebertretung der Vorschriften angeklagt war, wurde vom Landgericht Bochum wegen Ungültigkeit der Verordnung freigesprochen. Das Kammergericht wies die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung ab: Die Verordnung sei im wesentlichen dazu bestimmt, die Wohlfahrt der Arbeiter zu fördern. Das sei indessen, abgesehen von einigen Bestimmungen der Gewerbeordnung, welche hier nicht in Betracht kämen, nicht der Zweck von Polizeiverordnungen. Um rechtmäßig zu sein müßte die Verordnung drohenden Gefahren für Leben und Gesundheit (§ 61 des Polizeiverwaltungs-Gesetzes in Verbindung mit § 10 II 17 Allgemeinen Landrechts) entgegenwirken wollen, wie das seitens des Kammergerichts schon von Verordnungen über Waschenquartiere anerkannt worden sei, aber nicht der Fall wäre bei der vorliegenden Verordnung, deren Vorschriften alle Personen betreffen, die Kost- und Quartiergänger aufnehmen, ganz gleich ob wenig oder viel. (Beim Angeklagten seien es nur zwei.) Die Vorschriften wären mit Recht vom Landgericht für ungültig erklärt worden. Die Vorschrift über den Ausgang des Quartierzettels würde schon deshalb ungültig sein, weil sie lediglich der Polizei die Kontrolle erleichtern wolle, was nicht zu den Aufgaben polizeilicher Vorschriften im Sinne des Gesetzes über die Polizeiverwaltung gehöre. Allerdings habe die Gewerbeordnung für bestimmte Fälle solche Vorschriften eingeführt. Ihre Ausdehnung durch die Polizei auf ähnliche Verhältnisse sei aber unzulässig.

Die Entscheidung zeigt die Dringlichkeit des Erlasses eines Reichswohnungs-Gesetzes.

Bei der amtlichen Arbeitslosenzählung, die am 17. Februar in A. D. U. vorgenommen wurde, sind nach den jetzt gewonnenen Feststellungen 2009 Arbeitslose (gegen 1177 Arbeitslose am 4. März vorigen Jahres) ermittelt worden. Von den 2009 Arbeitslosen waren 1898 männlichen, 111 weiblichen Geschlechts (gegen 1059 und 118 im vorigen Jahre). Die enorme Steigerung der Zahl der männlichen Arbeitslosen ist teilweise auf den früheren Zähltermin, teilweise auf die diesmal viel ungünstigere Witterung zurückzuführen, infolge deren besonders die Bauarbeiterschaft lahmgelegt war. Es wurden u. a. als arbeitslos ermittelt: 529 Bauhilfsarbeiter, Tagelöhner u. dergl., 138 Maler und Anstreicher, 104 Maurer, 100 Tischler, 93 Bagger, 75 Schloffer und Klempner, 75 Grund- und Kanalarbeiter, 68 Fischer und Fährleute, 62 Bader und Hausdiener, 61 Stukkateure, 50 Handlungsgesellen, 45 Fabrikarbeiter, 43 Kellner, 35 Postler und Tapezierer, 33 Zimmerer, 32 Pfisterer, 23 Gärtner, 21 Schneider, 19 Maschinisten und Heizer, 19 Bäcker, 18 Dachbeder, 15 Schuhmacher, 13 Schmiede, 13 Monteur usw.

Französischer Verkostungsref.

Ein Kongreß der französischen Ärzte wird im April in Paris zusammengetreten, um über zwei Fragen zu beraten: 1. über Reformen des medizinischen Unterrichts; 2. über die freie Arztwahl. Der erste Hauptgegenstand umschließt nach dem vorläufigen Programm viele Gebiete, die ein allgemeines Interesse beanspruchen dürften. Es soll unter anderem verhandelt werden über: das Krankenhaus als Mittelpunkt des klinischen Unterrichts, über Ferienkur und den Fortbildungsunterricht, über die Organisation der Examina, über den Unterricht in den Sonderfächern für den praktischen Arzt und den Spezialisten usw. Die Erörterungen über die freie Arztwahl erstrecken sich auf die großen industriellen Unternehmungen, auf Staatsbetriebe, Unfallverletzte, Armenpraxis.

Aus Industrie und Handel.

Die Folgen des Haferzolles. Aus Geschäftskreisen schreibt man dem „Damb. Korrespondent“ über die Folgen des Haferzolles: Durch die Zollverhältnisse ist dem städtischen Pferdebesitzer der Unterhalt der Pferde wesentlich verteuert. Die Zollerhöhung beträgt 22 M. pro 1000 Kilogramm. Dazu kommt aber, daß Ausland in diesem Jahre anstatt zu exportieren, importiert, und Deutschland einen großen Teil des Bedarfs in Dänemark, Großbritannien und Niederlande decken muß. Vom März bis Dezember 1906 wurden eingeführt 2 501 288 Doppelzentner Hafer, ausgeführt 2 327 065 Doppelzentner Hafer. Im Januar führten wir ein 179 463 Doppelzentner Hafer, während wir ausführen 349 178 Doppelzentner Hafer. Durch diese Verhältnisse ist Hafer trotz unserer großen Ernte gestiegen. Man hilft sich teilweise durch Verfüttung von Mais, aber Pferdebohnen scheinen in Vergeßlichkeit geraten zu sein, da dieselben jahrelang sehr teuer waren. Durch eine reichliche Ernte und durch die Zollverhältnisse sind sie aber momentan billig und dürften als Weifutter sehr in Erwägung zu ziehen sein. Der Zoll beträgt für Hafer jetzt 50 M., früher 28 M., für Mais jetzt 30 M., früher 16 M., für Pferdebohnen jetzt 15 M., früher 15 M.

Es enthalten	Pferdebohnen	Hafer	Mais
Roh-Protein	25	12	9
Feit	1,77	4,50	4,06
Stickstofffreie Stoffe	48	57	63
Die Futterwert-Einheiten der 3 Bestandteile stehen zu einander im Verhältnis von 2:2:1, es ergeben sich also insgesamt Futterwert-Einheiten	101,50	90	96
Preis	160,— M.	185,— M.	185,— M.
Die Futterwert-Einheit per 1000 kg kostet also	157,85 M.	205,55 M.	140,43 M.

Es dürfte sich also empfehlen, geeignete Pferdebohnen als Weifutter zu verwenden, da man dadurch beträchtliche Ersparnisse erzielt, solange Pferdebohnen so billig sind.

Exportvergütung. Wie der „Frankf. Jtg.“ geschrieben wird, wollen die Halbzugverbraucher erneut beim Kohlenhändler die Gewährung erhöhter Exportvergütung beantragen. Man rechnet nun auch damit, daß dem Antrage stattgegeben werde, weil die eintretenden Zeichen von einer Abnahme des Inlandsgeschäftes die weitere Notwendigkeit gebieten, dem Export wieder verstärkte Aufmerksamkeit zuzuwenden, und wenn das Kohlenhändler erst einmal seine Zulage gebe, dürfte auch das Kohlenhändler sich nicht auf einen ablehnenden Standpunkt stellen.

Handelskammer Vorkasse K. G. In der heutigen Aufsichtsrats-Sitzung gelangte der Abschluß für das Geschäftsjahr 1906 zur Vorlage. Nach Vornahme von Abschreibungen und Rückstellungen im Betrage von 87 068,74 M. (86 049,31) verbleibt ein Reingewinn von 158 340,66 M. (143 302 im Vorjahre). Es wird die Verteilung einer Dividende von 7 1/2 Proz. (7 Proz.) in Vorschlag gebracht werden.

Wahner Hüftenverein Rote Erde. Der Bruttogewinn des letzten Jahres stellt sich auf 7 526 530 M., das ist 1 1/2 Millionen Mark mehr als im Vorjahre. Nach den üblichen Absetzungen, darunter 3 Millionen Mark für Abschreibungen, verbleibt ein Reingewinn von 4 028 146 M.

gegen 3 854 457 M. im Vorjahre. Es gelangen wiederum 20 1/2 Proz. Dividende zur Verteilung. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter stieg von 6644 auf 7045 Mann. Demnach ergibt sich pro Kopf der Beschäftigten ein Reingewinn von 571 M. gegen 580 M. im Vorjahre. Dabei ist zu berücksichtigen, daß im letzten Jahre das Ergebnis durch den großen Streik im Walzwerksbetriebe stark beeinträchtigt worden ist.

Gewerkschaftliches.

Der Schreibfehler.

Eine Gewerbegerichtswahl nach nie dagewesener Methode wird demnächst in Breslau vor sich gehen. Dort sollte zum ersten Male nach dem neu eingeführten Proporz gewählt werden. Listen der freien, Hirsch-Dunderschen und christlichen Gewerkschaften waren bereits eingereicht. Da plötzlich stellte sich heraus, daß sich in der Liste der freien Gewerkschaften ein fast unwesentlicher Schreibfehler (eine Nummer war fortgelassen worden) befand. Ein ähnlicher Fehler befand sich seltsamerweise — ein blinder Zufall — in der Liste der Christlichen. Sofort wurden vom Magistrat beide Listen für ungültig erklärt, so daß also nunmehr die „Hirsche“ das ganze Feld für sich allein hatten. Zweifellos wäre somit ihre Liste als allein übriggebliebene als gewählt zu betrachten gewesen. Nun aber merkten die Hirsche erst, daß sie gar nicht fähig waren, die Verantwortung für die drei Jahre zu übernehmen. Sie mochten wohl auch einsehen, daß nur der kleinste Teil ihrer Kandidaten befähigt ist, das Amt eines Weisigers zum Gewerbegericht auszuüben — genug, sie knüpften durch eine Mittelsperson mit den freien Gewerkschaften Verhandlungen an. Die Hirsche erklärten dort, mit 20 von den 51 Weisigern zufrieden zu sein, so daß den freien Gewerkschaften 25, den Christlichen sechs Weisiger und beiden die entsprechende Anzahl Stellvertreter blieben. Die Vertreter der freien Gewerkschaften waren anfangs geneigt, die Folgen des peinlichen Schreibfehlers auf sich zu nehmen und den Hirschen das Feld zu überlassen — schon damit sie einmal während dreier Jahre aller Welt ihre Unfähigkeit selber dokumentierten. Allein man ging schließlich, einzig im Interesse des Gewerbegerichts und derer, für die es geschaffen, auf den Vorschlag der Gewerbevereiner ein. Plötzlich aber sprangen die Christlichen aus irgend einem nichts zur Sache tuenden Grunde ab, so daß die Situation jetzt — bisher einzig in ihrer Art! — folgende geworden ist: Die Hirsche ziehen ihre Liste zurück, reichen eine andere ein, setzen darauf die Namen der besten Weisiger der freien Gewerkschaften — und die Wahl ist fertig. Ohne Wahl, ohne öffentliche oder geheime Agitation, ohne daß ein Arbeiter dabei eine Hand zu rühren hätte. Da die Christlichen — ihre völlige Bedeutungslosigkeit einsehend — schmolzend beiseite stehen, so entfallen auch deren vorgesehene Sitze noch an die freien Gewerkschaften, so daß diese 31, die Hirsch-Dunderschen 20 erhalten. Bei der nächsten Wahl (in drei Jahren) wird dann eine Liste ohne Schreibfehler eingereicht und die Hirsche werden sich dann, ihrer Kopfszahl entsprechend, mit 8—12 Sitzen begnügen müssen.

Berlin und Umgegend.

Zur Schneiderbewegung.

Am Dienstag und Mittwoch haben Verhandlungen zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern stattgefunden, die zu dem Ergebnis führten, daß zur friedlichen Beilegung der Tarifstreitigkeiten am Freitag, den 8. März, Abends 8 Uhr, für sämtliche Gewerbetreibenden der Herrenschneider-Handel in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20, eine Versammlung stattfindet. Im Interesse der Ausgesperrten und Streitenden und nicht zuletzt auch im Interesse der Schneidermeister und Firmeninhaber dürfte es liegen, wenn alle in Betracht kommenden Arbeitgeber zu der erwähnten Versammlung erscheinen würden.

Die Kommission der Arbeitgeber.

Die Holzbildhauer verteidern aus Anlaß der Aussperrung der Holzarbeiter die Anfertigung von Streiarbeit, das heißt, solcher Arbeiten, die von ausgesperrten Tischlereien an selbständige Bildhauer übergeben werden. Wegen derartiger Arbeitsverweigerungen kam es zu Versprechungen zwischen den Vertretern des Zentralvereins der Bildhauer und Vertretern des Vereins selbständiger Bildhauer. Bei dieser Gelegenheit sprachen die letzteren den Wunsch nach Abschluß eines Tarifvertrages zwischen beiden Organisationen aus. Zu dieser Anregung nahm am Dienstag eine Versammlung der Holzbildhauer Stellung. Sie nahm nach eingehender Debatte einen Antrag der Agitationskommission an, welcher dieselbe ermächtigt, auf der Grundlage der Forderung des Schlußbündnisses in Tarifverhandlungen mit den Prinzipalen einzutreten.

Einigungsverhandlungen

zwischen den Autobusbesitzern und den ausgesperrten Fahrern werden in einigen Tagen vor dem Gewerbegericht beginnen. Die Vereinigung der Unternehmer hat in ihrer letzten Versammlung eine Kommission von drei Mitgliedern erwählt und dem Gewerbegericht davon Mitteilung gemacht. Die Ausgesperrten, die bereits eine Kommission von fünf Mitgliedern erwählt hatten, machten in ihrer Versammlung am Mittwochmorgen in den Arminhallen eine entsprechende Venderung in der Zusammensetzung ihrer Kommission und wählten Kettig, Weder und Schmiedewski als Mitglieder und Kant als Erfahmann. In der Versammlung wurden die zahlreichen letzten Unglücksfälle durch Automobilverkehr lebhaft besprochen. Es siehe außer Zweifel, daß daran die ungeübten, schlecht eingefahrenen Arbeitswilligen die Schuld tragen; trotzdem schaut sich die bürgerliche Presse, auf diese Ursache mit dem nötigen Nachdruck hinzuweisen. Man hätte auch ein Recht, zu erwarten, daß die Polizei gegen diese gefährlichen Arbeitswilligen vorgeht, allein schon im Interesse der Verkehrssicherheit. Die Unternehmer sind rücksichtslos genug, immer mehr ungenügend ausgebildete Fahrer auf die Straße zu senden, und sie erwarten nach dem Schutz der Polizei für diese Arbeitswilligen. Bei der Firma Kandelhart erhalten dieselben besondere Instruktionen auf den Weg, wie sie sich den Ausgesperrten gegenüber verhalten sollen, und da spielt die Anrufung des Schumanns bei jeder „verdächtigen Annäherung“ eine Hauptrolle. Die Unternehmer haben es sich nicht träumen lassen, daß der Kampf mit den Fahrern so lange dauern könnte, und die meisten sehen den kommenden Einigungsverhandlungen mit hoffnungsvollem Interesse entgegen.

Ächtung, Mörder!

Die Spette über Schmorbock, Bau Pariserstraße, fotole über Klatt, Vornholmerstraße, Ecke Schönhauser Allee, sowie Westend, Häfelerstraße, Weantenhäuser, ist aufgehoben. Die Firma Zahn, Bülowstraße, Bau Hildebrandstraße (Kaufhaus des Westens) ist gesperrt. Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Streik der Königsberger Schneider.

Wie uns telegraphisch aus Königsberg i. Pr. gemeldet wird, hat eine Mitgliederversammlung der Schneider und Schneiderinnen in geheimer Abstimmung mit allen gegen 13 Stimmen den Streik beschlossen. Die Hirsch-Dunderschen haben sich mit den freien Ge-

werkschaften solidarisch erklärt. Seit dem 1. März fanden Aussperrungen statt, weil die Arbeiter nicht zu den Bedingungen der Arbeitgeber arbeiten wollten. Alle gütlichen Unterhandlungsversuche sind gescheitert.

Die Lage im Hamburger Hafen

spielt sich immer mehr zu. Der Hafenbetriebsverein hat an allen Arbeitsvermittlungstellen Plakate folgenden Inhalts anbringen lassen: „Vom 11. März ab werden nur solche Arbeiter beschäftigt, welche sich bereit erklären, auf Anforderung Nacht- und Sonntagsarbeit laut Lohnkarte zu verrichten. Die Arbeiter haben ihre Bereitwilligkeit hierzu durch Unterschrift in einer der Listen anzuerkennen, welche in den Vermittlungsstellen ausliegen. Nach Unterzeichnung erhält die Arbeitskarte den Ausdruck: „zur Nachtarbeit bereit“.“

Ueber die Verschmelzung

des Verbandes deutscher Hoteldiener mit dem Verbande deutscher Gastwirtsgehilfen wird die vom 2. bis 5. April in Leipzig tagende 8. Generalversammlung des Verbandes der Hoteldiener beraten. Sollte die Verschmelzung nicht perfekt werden, wird der Verbandstag über den Anschluß an die Generalkommission befinden.

Tarifbewegung der Tapezierer in Leipzig.

Nachdem im Vorjahre die Tarifbewegung erfolglos verlaufen war, reichten im Februar d. J. die Tapezierer der Innung einen neuen Tarifentwurf ein, dessen wesentliche Punkte folgende waren: Arbeitsverhältnis ohne Kündigung, Arbeitszeit wöchentlich 52 Stunden (täglich 8, Sonnabends 7), Minimallohn von 45 Pf. für Ausgelernte steigend bis 65 Pf., allgemeine Lohnerhöhung um 5 Proz., Verbot der Afordarbeit, Ueberstundenzuschlag von 33 1/2 Proz., für Sonntagsarbeit 50 Proz., für Nachtarbeit 100 Proz., Zuschlag, Auslösung bei auswärtigen Arbeiten 3,50 M. Der Vertrag sollte Geltung haben bis 15. März 1909. Die Innung hat sich zu diesem Entwürfe geäußert und lehnt die allgemeine fünfprozentige Lohnerhöhung, die Auslösung von 3,50 M. und die Minimallöhne in der angegebenen Höhe ab und will nur einen Höchstlohn von 52 Pf. und eine Auslösung von 2,50 M. bewilligen. Die Tapezierer beschloßen jedoch in ihrer Versammlung am Montag, an der fünfprozentigen Lohnerhöhung, dem Mindestlohn von 50 Pf. für Gehilfen im dritten Jahre nach der Lehre sowie an der geforderten Auslösung festzuhalten, selbst auf die Gefahr, daß es zum Kampfe kommt.

Ächtung, Metallarbeiter! Bei der Firma Paul Geuer, Werkzeugschneidmaschinenfabrik zu Werdau in Sachsen, sind Lohnunterschiede ausgebrochen. Der Kampf wird infolge des prägnanten Verhaltens des Unternehmers unermüdlich. — Bei der Firma H. o. r. ch, A.-G., Kraftwagenwerke in Zwickau i. S., stehen die Kollegen in einer Lohnbewegung. Wir ersuchen, den Zugang von Schlossern und Drehern nach diesen beiden Orten streng fernzuhalten.

Verfammlungen.

Die Angestellten der Berufsvereinigungen waren am Freitag in einer vom Zentralverein der Bureauangestellten nach den Arminhallen einberufenen öffentlichen Versammlung zahlreich erschienen. Vor Eintritt in die Tagesordnung verhandelten einige Anhänger des Vereins der Berufsvereinigungsbeamten das Bureau an sich zu reizen und als ihnen das nicht gelang, verließen sie mit Indianergeheul den Saal. Das Verschwinden dieser 25 bis 30 mutigen Kämpfer konnte natürlich, da der Saal voll besetzt war, keinen Effekt erzielen. Berufsvereinigungssekretär Schulz referierte sodann über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Berufsvereinigungsangestellten. Diese Kategorie ist, wie alle Bureauangestellten, von der Beschickung bisher ohne Schutz gelassen. Die Gehälter sind sehr niedrig, 100—150 M. monatlich. Dabei sind in einzelnen Dienstordnungen Disziplinarstrafen bis zu 25 Proz. des Gehaltes vorgesehen. Die Gewährung von Zulagen hängt von dem Ermessen der Verwaltungen ab. Neuerdings fangen einzelne Genossenschaften, so die Fuhrwerks- und die Lagerer-Berufsvereinigungen an, Lehrlingszuchterei zu treiben, indem sie junge Leute in größerer Anzahl einstellen, ihnen 50—60 M. zahlen und damit die Arbeitskraft der verheirateten Angestellten überflüssig machen wollen. Auch die Genossenschaftsangehörigen müssen deshalb dem Beispiel der anderen Berufe folgen, ihren Dünkel und auch ihre Angst abwerfen und sich organisieren. Die Öffentlichkeit muß auf die vielen Mißstände in den Berufsvereinigungen aufmerksam gemacht werden. Redner kennzeichnet dann den Verein der Berufsvereinigungsbeamten, der heute bewiesen hat, daß er, den besseren Teil der Tapferkeit während einer Diskussion ausweichend, weil er dabei sehr schlecht abschnitten würde. Zur Charakterisierung jenes Vereins genügt es, wenn gesagt wird, daß er die Selbstverwaltung in der Arbeiterbewegung zugunsten der Militäramtler aufgehoben wissen will. Er versucht die Lage der Kollegen dadurch zu bessern, daß er ihnen von den Beiträgen monatlich 25 Pf. als Spar-einlage quibriert; Mißstände wagt er jedoch nicht zu rügen, aus Furcht, es mit den Genossenschaftsvorständen zu verderben. Der Referent beantragte deshalb nachstehende Resolution, die auch einstimmig Annahme fand.

Die heutige öffentliche Versammlung der Angestellten der Berufsvereinigungen erklärt, daß sie die Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen lediglich im Zentralverein der Bureauangestellten Deutschlands erblickt, den Verein der Beamten der deutschen Berufsvereinigungen jedoch als Berufsorganisation für gänzlich ungeeignet hält. Die Versammelten verpflichten sich daher, in Konsequenz der obigen Erklärung dem Zentralverein als Mitglieder beizutreten, um dadurch an einer durchgreifenden Verbesserung der Berufsverhältnisse mit tätig zu sein.“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Minister v. Boetticher †

Kaumburg, 6. März. Staatsminister Dr. von Boetticher ist heute mittag hier gestorben. Die Beisehung erfolgt am Sonnabend nachmittag in Berlin.

Durch Erdsturz erstickt.

Aöln, 6. März. W. T. B. Wie die „Kölnische Zeitung“ meldet, wurden heute abend in der Nähe des Südbahnhofes 3 Knaben im Alter von 10 bis 14 Jahren, als sie im Bahndamm eine tiefe Grube machten, von den nachstürzenden Erdmassen verschüttet. Zwei erstickten, der dritte starb auf dem Transport nach dem Hospital.

Attentat.

Sébastopol, 6. März. (W. T. B.) Heute abend wurde unter dem Wagen des Festungskommandanten General Repluev eine Bombe geworfen. Der General wurde an den Beinen verwundet, auch der Aufscher und die Pferde wurden verletzt. Der Wagen wurde zertrümmert. Dem Attentäter gelang es, zu entkommen.

Schiffsbrand auf hoher See.

New York, 6. März. Auf deutsch-amerikanischem Kabel. An Nord des hier aus Ostien eingetroffenen Dampfers „Bambala“ der Hamburg-Amerika-Linie hat am 25. Februar dieses Jahres auf See ein Brand stattgefunden, der Schiff und Ladung beschädigte.

Reichstag.

11. Sitzung vom Mittwoch, den 6. März 1907, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratslich: Freiherr v. Stengel, Dernburg. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Kolonialnachtragsetats für 1906.

Stellvertretender Kolonialdirektor Dernburg:

Die zur Beratung stehenden Etats sind im wesentlichen Reproduktionen der bereits in der letzten Session vorgelegten Etats. Nachdem diese zuletzt Gegenstand der Beratung gewesen sind, können die Verbündeten Regierungen dem deutschen Volke die erfreuliche Mitteilung von der Beendigung der Feindseligkeiten machen. Die Ereignisse, welche zu dem Vertrage geführt haben, sind den Herren durch die Denkschriften des großen Generalstabes bekannt geworden. Ebenso sind die Bedingungen, welche den Ausständischen zurkannt wurden, veröffentlicht worden. Diese Bedingungen entsprechen nicht ganz dem, was hier und vielleicht auch im Schutzgebiet erwartet und gewünscht worden ist, indem die Stammzugehörigkeit der Bondelzwarze gewahrt worden und damit

die Möglichkeit für neue Aufstände erhalten geblieben

ist; den ausständischen Hottentotten sind ihre alten Stammesreservatationen gelassen, was wegen der Nähe der englischen Grenze und der unzugänglichen Berge nicht geeignet ist, sie an eine friedliche Arbeit zu gewöhnen. Um ihnen eine Möglichkeit zu sicherem Lebensunterhalt zu geben, sind ihnen Zusicherungen über die Lieferung von Vieh gemacht worden. Ich hege keinen Zweifel, daß die Schaffungsmachung der Hottentotten und ihre Gewöhnung an Arbeit und friedliche Zustände gelingen wird und normale Zustände in der Kolonie wiederkehren werden. Trotzdem wird die Haltung einer größeren Truppenmacht notwendig sein. Nichtsdestoweniger ist die Forderung von 8208 Mann um 600 Mann ermäßigt. — Die geforderte Summe wird freilich dadurch nicht geringer, weil auch die zurückkehrenden 600 Mann auf dem Wege hierher erhalten werden müssen. Hierbei bemerke ich gleich, daß nicht die Absicht besteht, die veränderten Verhältnisse den Etat für 1907 so, wie er vorgelegt ist, aufrecht zu erhalten, vielmehr besteht die Absicht, einen Ergänzungsetat, der den geänderten Verhältnissen Rechnung trägt, so zeitig einzubringen, daß er statt des vorliegenden in Beratung genommen werden kann.

Wie groß der Rücktransport der Truppen in den ersten sechs Monaten des Jahres 1907 sein wird, kann ich noch nicht sagen, allerdings wird mit 2500 Mann nicht auszukommen sein. Die Verminderung der Schutztruppe muß Hand in Hand gehen mit einer Vermehrung der Polizeitruppe, doch muß ich der Ansicht entgegenzutreten, daß für eine Gendarmerie die Kosten geringer sein werden. Den Dank, welchen die Ehrenrede unseren Truppen in Südwestafrika gezollt hat, wollen wir auch durch Einsetzung von Mitteln zur

Prägung einer Denkmünze

zum Ausdruck bringen. Ebenso danke ich den Missionaren, welche zur Herbeiführung friedlicher Zustände beigetragen haben. (Bravo! im Zentrum.)

Auf die wirtschaftliche Lage übergehend, bemerke ich, daß Ihnen ein Ergänzungsetat zugehen wird, welcher die Beihilfe für die geschädigten Farmer enthalten soll, denen wir eine Existenz ermöglichen müssen. Erfreulich ist die Stimmung, die sich in Deutschland jetzt gegenüber der Besiedelung von Südwestafrika geltend macht. Es melden sich zahlreiche Personen, welche dort ihr Kapital anlegen und Boden erwerben wollen. Dieser Bewegung werden wir Halt gebieten müssen, weil die Verhältnisse dort noch nicht soweit vorgeschritten sind, um all diesen Leuten Gelegenheit zum Bodenwerb dort zu geben. Allerdings macht die wirtschaftliche Erschließung Fortschritte. Es sind Expeditionen zur Erschließung der mineralischen Reichtümer im Gange, auch Wasser ist gefunden worden, vor allem bei Lüderichs. Der wichtigste Gegenstand, der uns beschäftigen muß, ist die Fortführung der Bahn von Kufub nach Keetmanshoop. Nach den Wünschen der Budgetkommission soll sie auf Grund eines Darlehns gebaut werden.

In der Festsetzung der Termine zur Rückzahlung von 1911 an ist jedoch keine Gewähr dafür ausgesprochen, daß das Schutzgebiet schon zu dieser Zeit in der Lage sein wird, die Bahn zu deden! — Ich hoffe, daß durch die Entwicklung des Schutzgebietes das Deutsche Reich noch für seine Auslagen auf seine Rechnung kommen wird und daß wir alle an dem Schutzgebiete noch Freude haben werden. (Beifall rechts, bei den Rationalliberalen und den Liberalen.)

Abg. Rogalla v. Biberstein (L.): In dem erfreulichen Wille, daß der Kolonialdirektor uns von dem Schutzgebiet entworfen hat, ist das erfreulichste die Mitteilung von der Wassererschließung und von der Beendigung des Kriegszustandes. Der Vorlage über den Bau der Bahn werden wir gern zustimmen. Nun ein Wort über die Lösung des Vertrages mit der Firma Typelskirch. Es ist dankenswert anzuerkennen, daß der stellvertretende Kolonialdirektor hierbei in geschätzter Weise den Wünschen des Reichstages entgegengekommen ist. Dasselbe hat das Oberkommando bei der Aufkündigung der Truppen getan; doch wollen wir auf das Oberkommando hierbei nicht zu sehr drücken! — Es handelt sich bei der Haltung der Kolonie jetzt weniger darum, ob sie wirtschaftlich prosperieren wird, sondern um die Ehre des Deutschen Reiches. (Sehr richtig! rechts und bei den Rationalliberalen.) Die Schutztruppe muß so stark gehalten werden, daß den Eingeborenen jede Lust zu einem Aufstande verloren geht. (Sehr richtig! rechts und bei den Rationalliberalen.) Bezüglich des zweiten Nachtragsetats, den für den Bahnbau, bemerke ich, daß seine Notwendigkeit wohl von niemand an Deutschen Reiches bestritten wird. Für die invalide aus Südwestafrika zurückkehrenden Offiziere und Soldaten ist es Ehrenpflicht des Deutschen Reiches, nicht nur genügend, sondern glänzend zu sorgen. (Beifall rechts und bei den Rationalliberalen.)

Abg. Fehrenbach (Z.): Wir waren am 13. Dezember bereit, von den Nachtragsetats 20 Millionen zu bewilligen, was wir angesichts der bereits begonnenen Truppenaufhebungen für ausreichend hielten. Zwischen hat sich der Zustand noch mehr gebessert, und es hätten noch mehr Truppen zurückgezogen werden müssen. Wir werden deshalb die 20 Millionen auch jetzt abgeben, doch wiederhole ich, daß wir zur Bewilligung von 20 Millionen bereit gewesen wären und ebenso bereit gewesen wären, eventuelle weitere Unzulänglichkeiten durch ein besonderes nachträgliches Kreditgesetz zu deden! Wenn wir heute bereit sind, für den Bahnbau zu stimmen, so tun wir es, weil wir den Aufbau der neuen Vorlage auf den von uns selbst angeregten Grundlagen freudig begrüßen.

Abg. Semler (nat.): In der vorjährigen Budgetkommission hatten wir mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, ich glaube daher, daß das Vorgehen des Obersten Deimling, den Aufstand auch anders als durch Waffengewalt zu beenden, keiner besonderen Rechtfertigung bedarf. Oberst Deimling hat sich damit ein Unrecht auf unseren wärmsten Dank erworben. (Beifall rechts.) Die Anfeindler müssen jetzt auch entschädigt werden; angesichts des ungeheuren Aufwandes, den wir für die Kolonien schon geleistet haben, können die Entschädigungsummen kaum in Betracht kommen. Bei der Begebung der Kronländerien muß man sehr vorsichtig und wirtschaftlich vorgehen. Das Kronland bietet bis jetzt die einzige Deckung für die Aufwände des Reiches, die sich voraussichtlich in der Zukunft in gewisser Hinsicht noch steigern werden. Ich glaube allerdings an den Mineralreichtum des Landes, halte aber bei der noch allgemein zurückgebliebenen wirtschaftlichen Entwicklung der Kolonie auch einen ausgedehnten Minenbetrieb für derzeit noch unmöglich. Zu begrüßen ist die Stellung, die die Ehrenrede zum planmäßigen Ausbau von Verkehrswegen eingenommen hat. Auch wir sind am

allerdingsten für „uferlose“ Bahnpäne, sondern gerade für ihre vernunftgemäße Begrenzung. Deshalb werden wir auch in der Budgetkommission die Notwendigkeit aller Kosten des Bahnbauens im einzelnen prüfen. In der Kolonie Südwestafrika spielt das Burenelement eine große Rolle, das durch den General v. Trotha aus militärischen Rücksichten noch vergrößert wurde; doch darf es nicht dahin kommen, daß die Buren unsere Kolonie als Burenkolonie ansehen. Aus dem Grunde begrüße ich auch die Anregung eines deutschen Obergerichtes für die Kolonie.

Abg. Latmann (Wirtsch. Vg.): Wir stimmen den gestellten Forderungen zu; wir haben zu der Verwaltung das Vertrauen, daß sie die Truppen sobald es angeht vermindern wird. Die Ueberzeugung von dem wirtschaftlichen Wert der Kolonien wächst glücklicherweise in allen Kreisen, nur die Sozialdemokratie bleibt in ihren rückständigen Auffassungen befangen. Aber auch dort bereitet sich ein Umkehrung vor, wie die Ausführungen Galwerts beweisen. Auch Bernsteins Ausführungen beweisen, daß die reaktionäre Auffassung der Sozialdemokratie in kolonialen Dingen innerhalb ihrer eigenen Reihen ins Wankengerät. Das Darlehnsgesetz für den Bahnbau begrüßen wir mit großer Freude; die Bahn dient vor allem der wirtschaftlichen Erschließung, welche in immer steigendem Maße erfolgen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Erlprinz v. Hohenslohe-Langenburg (Rp.): Namens der Reichspartei habe ich zu erklären, daß wir beabsichtigen, die vorgelegten Etats zu bewilligen.

Abg. Kopsch (fr. Vp.): Auch wir begrüßen die Beendigung des Aufstandes in Südwestafrika mit Befriedigung und billigen das Friedensabkommen. Entsprechend unserer Haltung vom 13. Dezember werden wir dem Nachtragsetat zustimmen. Die Regierung will die Truppen im Sommer weiter vermindern, doch hat der Kolonialdirektor auf das Halten einer größeren Schutztruppe hingewiesen. Das soll hoffentlich nicht auf die Schaffung einer ständigen Kolonialarmee hindeuten; dem würden wir Widerstand leisten. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Herr v. Lindequist hat eine Schutztruppe ebenfalls als unwirtschaftlich bezeichnet, und gibt wie wir einer dauernd im Lande bleibenden Polizeitruppe den Vorzug.

Im Wahlkampf wurde behauptet, die Regierung habe schon vor der Auflösung von den Friedensverhandlungen Kenntnis gehabt. Ich konstatiere, daß Herr v. Lindequist in der Budgetkommission und Mitteilungen von dem Stand der Verhandlungen gemacht hat.

Dem Dank für unsere Truppen schließen wir uns an, doch hoffen wir, daß er nicht nur in einer Denkschrift zum Ausdruck kommen wird. Bei der Gelegenheit möchte ich auch an die Sorge für die Veteranen von 1870 und 71 erinnern. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Im Wahlkampf hat man uns vorgeworfen, wir verleugneten das Verhalten Eugen Richters. Wir waren mit Richter nie prinzipielle Gegner der Kolonialpolitik, sondern haben das System belächelt, mit untauglichen Kräften in der Ferne etwas erreichen zu wollen, Kräfte, die nach ihren Fähigkeiten in Berlin noch nicht den Posten eines Schutzmannes oder Nachtwächters besetzen könnten, in den Kolonien zum Gouverneur zu machen. (Beifall bei den Freisinnigen.) Dem Bahnbau stimmen wir zu und halten auch die Bedingungen für ihn für sachgemäß; freilich darf die Firma Lenz keine Monopolstellung gewinnen. Doch haben wir zu dem stellvertretenden Kolonialdirektor das Vertrauen, er werde ein für die Kolonien und ihre Entwicklung günstiges Verwaltungssystem führen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Stellvertretender Kolonialdirektor Dernburg geht auf einige Bemerkungen der Redner ein. Der Land Spekulation werden wir beim Bahnbau entgegenreten, indem wir das Gelände um die Bahnhöfe für uns in Anspruch nehmen. Bemerkungen will ich, daß die Firma Lenz u. Co. nicht nach den hier vorgelegten Anschlüssen baut, das sind hier nur Vorschläge; natürlich hat sie mit 21 Millionen das Maximum garantiert, das die Bahn kosten kann. Von einem Monopol kann keine Rede sein.

Abg. Lebebour (Soz.):

Es hat mich sehr befreut, daß die meisten der Redner, alle, mit Ausnahme des von der freisinnigen Partei, gar nicht auf die Vorläufigkeit eingegangen sind, die damals zur Ablehnung des Etats geführt haben und auf die kurz nachher hierher gelangte Nachricht, daß tatsächlich der Friedenszustand in Südwestafrika schon gesichert war zu einer Zeit, als hier der Herr Reichsfizler und der Kolonialdirektor mit Worten störender Enttäuschung und mit der Behauptung, daß, wenn nicht alles freiwillig werde, die Ehre Deutschlands auf dem Spiele stehe, die Bewilligung durchzuführen versuchten. Herr Kopsch hat darauf hingewiesen, daß ja die Nachricht, daß die Bondelzwarze sich unterworfen hätten, erst nach dem 13. Dezember, ich glaube es war am 24. Dezember, publiziert worden ist, während doch bereits am 25. Oktober die Mitteilung hierher gelangte, daß der Führer der Bondelzwarze sich mit 50 Mann gestellt und zur Unterwerfung bereit erklärt hätte, und daß die Verhandlungen sich nur deshalb verzögert hätten, weil eine Anzahl von anderen Stammesgenossen erst herangezogen werden mußten, um ihre Zustimmung zur Unterwerfung zu geben. Herr Kopsch hat diese auffällige Tatsache im Interesse der Regierung damit zu entschuldigen gesucht, daß er sagte, Herr v. Lindequist hat bereits in der Kommission gewisse Andeutungen gemacht, aus denen man jetzt entnehmen kann, daß die Regierung damals in Verhandlungen mit dem Bondelzwarze stand. Die Andeutungen aber waren so unbestimmt, daß auch Herr Kopsch nicht glauben konnte, daß der Frieden damals schon gesichert war. (Zuruf des Abgeordneten Kopsch.) Sie geben das zu, Herr Kopsch. Dadurch verlieren die Andeutungen des Herrn v. Lindequist aber allen Wert. Wenn aber Herr Kopsch von der Ansicht ausgeht, daß nicht bloß Herr v. Lindequist, sondern auch der Kolonialdirektor und der Reichsfizler von diesen Verhandlungen unterrichtet gewesen sind, so leistet er ihnen einen schäblichen Dienst, denn er setzt sie dann in Widerspruch mit ihren eigenen Erklärungen vom 13. Dezember und den späteren Versuchen, in Zeitungsnutzen zu erklären, die Regierung hätte damals absolut keine Ahnung davon gehabt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere aber weiter daran, daß hier am 13. Dezember von einem Vertreter der Regierung eine Erklärung gemacht worden ist, die mit einer solchen Auffassung im absoluten Widerspruch steht. Als damals hier die Notwendigkeit der dauernden Aufrechterhaltung einer größeren Truppenmacht mit dem Hinweis bestritten wurde, daß doch nur kaum 300 Hottentotten im Felde ständen, trat hier der Oberstleutnant Quade vor und erklärte: „nach den neuesten Nachrichten sind es bereits wieder 500—600 Mann.“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da muß ich denn doch die Frage an die Regierung richten, auf welche Mitteilungen stützte sich die Behauptung des Oberstleutnant Quade am 13. Dezember, daß die Zahl der Hottentotten bereits wieder auf 500—600 Mann angeschwollen sei. Das steht doch im absoluten Widerspruch mit den Tatsachen, die uns allen am 24. Dezember bekannt wurden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es steht auch im absoluten Widerspruch mit den Vermutungen, die Herr Kopsch aus den Andeutungen des Herrn v. Lindequist hat entnehmen können. Darüber müssen wir unter allen Umständen Aufklärung haben. Ich fürchte allerdings, daß wir diese Aufklärung nicht bekommen werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) weil diese Aufklärung noch viel kompromittierlicher sein würde, als alles, was bis her bekannt geworden ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.) Sie (nach rechts) wünschen freilich keine Aufklärung, Sie wollen, daß alles im Dunkeln bleibt und daß der Generalfizler vollkommene Freiheit über die Truppen,

die dort hingeschickt, und die Gelder, die vergeudet werden, hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Nachdem es sich nun herausgestellt hat, daß der Krieg tatsächlich zu Ende ist, fragt es sich: wie kommt die Regierung dazu, jetzt noch zu verlangen, daß selbst nach dem 1. April noch 7400 Mann auf eine nicht bestimmte Zeit in Südwestafrika bleiben sollen? Wie kommt sie dazu, angesichts der Tatsache, daß abgesehen von wenigen zerstreuten Resten von Döllentotten und Hereros, der Aufstand bereits völlig beseitigt ist? Wenn die Regierung behauptet, daß darüber nur die militärischen Sachverständigen zu entscheiden haben, so kann ich auf eine Persönlichkeit hinweisen, die Sie zweifellos als Autorität anerkennen werden und deren Auffassung in einem diametralen Gegensatz zu der Auffassung der Regierung steht. Major a. D. von François, früher Landeshauptmann von Deutsch-Südwestafrika, veröffentlichte am 9. November, also zu einer Zeit, da die Verhältnisse noch viel ungünstiger als heute lagen, im „Tag“ einen Artikel, in welchem er auseinandersetzte, wie bei einer vernünftigen Konzentration der Truppen — wie sie notabene vorher bereits vom Reichstag gefordert war — die Truppen so vermindert werden könnten, daß unter erfahrener Leitung 8 Kompanien kriegserfahrener Soldaten zu 110 Mann und einem Geschütz zum Schutz der Bahnlagen mit anschließenden Farmen und Ländereien, zur Ueberwachung der Eingeborenen und zur Herstellung gesicherter Verhältnisse in der Kolonie vollkommen ausreichten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also von François erklärte damals ausdrücklich, daß mit 800 Mann und 8 Geschützen die Ruhe in der Kolonie aufrecht erhalten werden könnte. Das steht denn doch in einem geradezu kraffen Widerspruch zu den Behauptungen der Regierung, die übrigens niemals mit genauen Beweisen, sondern nur mit allgemeinen Nebenandungen begründet worden sind, daß sie jetzt noch 7400 Mann brauche. Ueber ein paar Hundert oder über tausend Mann mehr oder weniger können ja die Meinungen der Autoritäten auseinandergehen, aber ein solcher Widerspruch ist doch zu auffallend. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Da müssen wir uns doch fragen, wie denn die Regierung dazu kommt, solche übertriebene Forderungen zu erheben, was für Gründe dahinter stecken können. Unter diesen Umständen ist es ganz ersichtlich, daß nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland die Ansicht Boden gewonnen hat, daß die Regierung andere Pläne damit befolgt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Zum ersten Mal ist hier die Frage seitens der Reichsregierung aufgeworfen worden mit einem Angriff des Herrn Reichsfizlers auf die Sozialdemokratie. Weil nämlich in einer Londoner Korrespondenz des „Vorwärts“, die in England gang und gäbe angesehen wiederzugeben war, daß die deutsche Regierung diese Truppen in Südwestafrika aufrecht erhalte, weil sie damit weltpolitische Zwecke verfolge, hat der Herr Reichsfizler in den feierlichsten Ausdrücken gegen die Sozialdemokratie polemisiert. Er hat von einer Infusuation des „Vorwärts“ gesprochen, die nicht nur eine niederträchtige Verleumdung, sondern auch heller Anstrich sei. (Sehr richtig! rechts. Zuruf bei den Sozialdemokraten: Antworten!) Ich wiederhole also, daß in dieser Korrespondenz nur die Ansicht wiedergegeben war, die in England gang und gäbe ist. Wie ist diese Ansicht nun entstanden? Seit ungefähr 2 Jahren arbeiten die alldutschen Phantasiopolitiker in Deutschland mit diesen Gedanken, (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) seit ungefähr zwei Jahren wird von diesen alldutschen Phantasiopolitikern verlangt, daß wir in Deutsch-Südwestafrika eine große Truppenmacht aufrecht erhalten müßten, als weltpolitischen Druck gegen England, um eventuell in das Kapland einzubringen. (Widerpruch und Gelächter rechts.) Es freut mich, Ihren Ausdrücken des Erstaunens und Verwunderung gegenüber Ihnen jetzt den Beweis dafür liefern zu können, wie solche Behauptungen seit 2 Jahren in Deutschland und überall auch in Südwestafrika kolportiert worden sind, und wie die Regierung ihnen niemals entgegengetreten ist. Der erste Versuch dieser Art findet sich in einem Buch des den Alldutschen in diesem Hause sehr nachstehenden Herrn Paul Samassa. Er schreibt, indem er die Verhältnisse in Südafrika erörtert hat und die Gegensätze zwischen den deutschen und englischen Interessen: „Mit Deutsch-Südwestafrika ist heute ein starker weltpolitischer Trumpf in unseren Händen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) „England läuft dadurch Gefahr, Südafrika zu verlieren.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben heute etwa 12 000 Truppen in Südwestafrika, wovon die Hälfte wohl noch geraume Zeit dort verbleibt.“ Er führt dann des näheren aus, wie nach seinen strategischen Ideen die Leute ins Kapland einbringen und mit Hilfe ausländischer Buren (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) dann den Engländern Südafrika nehmen. (Lachen rechts.) Sie sagen, was geht uns Samassa an? (Sehr richtig! rechts.) Da werde ich Ihnen jetzt einen Herrn vorführen, der den Reichstagsabgeordneten der Rechte noch etwas näher steht. Am 2. Dezember 1906 hielt ein Reichstagsabgeordneter hier im Hause eine Rede — es handelte sich gleichfalls um die Bewilligung der Bahn — in der er ebenfalls die kommissionslose Annahme empfahl und ausführte: „Diese kommissionslose Annahme wäre aber deshalb von so besonderer Bedeutung für unser ganzes Volk gewesen, weil sie dann nicht nur vom Standpunkt der Verpflegung unserer Truppen und der Rentabilität der Kolonie beurteilt werden muß, sondern weil dahinter noch eine viel ernftere Frage steht, nämlich: welche Bedeutung hat diese Bahn im Falle von Verwidelungen Deutschlands mit anderen Völkern! (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Bieso!) Jene, diese Bahn kann nicht nur zur Beförderung von der Küste ins Land dienen, sondern unsere Truppen können auch aus dem Innern leicht an die Küste und von dort anderswohin kommen. (Zuruf links: Wohin denn?) Zum Beispiel, wenn ein Krieg mit England ausgebrochen wäre, nach dem Kapland hinein. Ich sollte meinen, gegenüber den ersten Warnungen der kaiserlichen Ehrenrede, welche unserem Volke doch deutlich genug die Gefahr unserer Stellung unter den Völkern vor Augen gehalten haben, wäre es doppelt schon und bedeutsam gewesen, wenn die kommissionslose Annahme dieser Vorlage zugleich die Antwort des Volkes gewesen wäre, daß wir die Warnung unseres Kaisers wohl verstanden haben.“ (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ja, meine Herren, das war der Herr Abgeordnete Latmann, und damals hat ein Regierungskommissar geantwortet, aber er hat sich in bezug auf diese Latmannsche weltpolitische Strategie in Schweigen gehüllt. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weder der Herr Reichsfizler noch der Kolonialdirektor — ich weiß nicht welcher, die Namen wechseln ja so häufig (Heiterkeit) — ist dagegen aufgetreten, und seit jener Zeit gehen fortwährend durch die von alldutschen Ideen erfüllte Presse ähnliche Andeutungen. Soll ich Ihnen noch mehr vorlesen? (Große Unruhe und Widerspruch rechts.) Die „Deutsche Tageszeitung“ und andere? Ich hoffe, Sie glauben es mir jetzt, daß planmäßig seit 2 Jahren dieser Gedanken in Deutschland ventiliert worden ist und dann endlich bei den Engländern Glauben gefunden hat. Nur der Herr Reichsfizler hat nichts davon gewußt. Ahnungslos ist er durch die Weltgeschichte gegangen. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Nicht aus den Zeitungen, nicht aus den Medien hier im Hause, nicht aus den Wächern der Alldutschen hat er irgend etwas davon gemerkt. Aber glauben Sie, daß die Vertreter der englischen Regierung, die eigens damit beauftragt sind, die Stimmung in Deutschland kennen zu lernen, auch so ahnungslos wie der Herr Reichsfizler an diesen Sachen vorbeigegangen sind? Niemand hat die Regierung Widerspruch erhoben gegen diesen direkten Hinweis des Herrn Latmann, daß der Kaiser diese Idee vertritt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe rechts.) Ich verlese den Soh nochmals: „Wenn die kommissionslose Annahme dieser Vorlage zugleich die Antwort des Volkes gewesen wäre . . .“

Vizepräsident Dr. Paasche: Sie unterschätzen doch die Auffassungsgabe des Hauses, wenn Sie eine solche Stelle zweimal verlesen. (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Abg. Ledebour (fortfahrend):

Die Auffassungsgabe des Hauses zu beurteilen, ist immer Sache des Redners, danach hat er seine Rede einzurichten, je nachdem sich die Herren benehmen (Sehr gut! bei den Soz.) Ich werde wenigstens noch den Satz zu Ende lesen: „dass wir die Wohnung unseres Kaisers wohl verstanden haben.“ Damals wäre Gelegenheit für den Herrn Reichskanzler gewesen, zu erklären, dass niemals solche Absichten bei der Regierung bestanden haben und dass nichts Bemerklicheres sei, als wenn so das Mißtrauen Englands erweckt werde und man uns England auf den Hals zu legen suche. Das hätte er damals sagen sollen (Sehr gut! bei den Soz.), dann wäre dies Mißtrauen nicht geweckt worden und hätte sich nicht festgesetzt. Aber es mußte erst der „Vorwärts“ durch eine Korrespondenz aus London den Herrn Reichskanzler auf diese planmäßige Verhöhnung Deutschlands und Englands durch die Alldutschen aufmerksam machen. Daraus können Sie entnehmen, wie außerordentlich notwendig für unsere Reichsregierung der „Vorwärts“ ist. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) Ohne den „Vorwärts“ würde der Reichskanzler heute noch gewissermaßen in somnambulen Zustände einhergehen. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Er möge uns also künftig mit solchen Angriffen verschonen. Nachher entzieht er sich dann immer der Verantwortung für seine ungeheuerlichen Behauptungen und Angriffe, die er hier im Hause vorbringt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine sehr billige und bequeme Art, die Regierung zu führen. (Erneute lebhafteste Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Sie haben nicht das Recht, an der Tätigkeit des Reichskanzlers in diesem Sinne Kritik zu üben. (Große andauernde Unruhe und stürmischer Widerspruch links und im Zentrum.) Sie haben gesagt: Der Reichskanzler entzog sich jedesmal der Verantwortung. (Lebhafteste Zustimmung bei den Sozialdemokraten und ich sage, darüber, was der Reichskanzler für sein Recht hält, ob er hierher kommen muß oder nicht, darüber hat ein Abgeordneter nicht zu entscheiden. (Erneuter stürmischer Widerspruch links und im Zentrum. Andauernde Unruhe.)

Abg. Ledebour (fortfahrend):

Darüber haben wir allerdings zu entscheiden, wie wir dies Verhalten des Herrn Reichskanzlers kritisieren wollen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) So lange wir in parlamentarischen Ausdrücken Kritik an dem Verhalten von Regierungsvertretern üben, lassen wir uns durch nichts darin einengen. (Lebhafte Zustimmung links und im Zentrum.) Ich wiederhole (Bravo! bei den Sozialdemokraten), daß der Reichskanzler wiederholt in der letzten Zeit nach heftigen Angriffen, die, wenn sie bewirkt gemacht werden, verurteilend sein würden, sich der Verantwortung entzogen hat (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), daß er sogar, nachdem wiederholt im Hause und außerhalb desselben darauf hingewiesen worden ist, daß diese Angriffe unberechtigt und unwahr gewesen sind, trotzdem wieder selbst noch durch einen seiner Vertreter, nicht einmal durch den sonst immer hier erscheinenden Herrn v. Löblich, diese Angriffe zurückgenommen hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts der völlig unaufgeklärten Frage, zu welchem Zweck eigentlich die 7400 Mann noch notwendig sind, lehnen wir natürlich jede Unterstützung einer solchen Forderung ab.

Nun werden nicht nur militärische, sondern auch wirtschaftliche Gründe für die Vorlage angeführt. Herr Latmann hat zwei meiner politischen Freunde zur Unterstützung der Dernburgischen Politik zitiert. Sie müssen nicht glauben, daß diese Unterstützung der Dernburgischen Kolonialpolitik dadurch bei irgend einem Sozialdemokraten als wahr bewiesen oder bestätigt wird, daß sie hier von Ihnen vorgetragen wird. Herr Latmann meinte, diese Behauptungen könnten nicht oft genug vorgetragen werden. Und ist das recht. Vernunft würde sich dann um so eher davon überzeugen, daß er eine Dummheit gemacht hat.

Die Darstellungen des Herrn Dernburg über die Entwicklungsmöglichkeiten in Südwestafrika sind verschiedentlich als harmloser Optimismus bezeichnet worden. Nach meiner Meinung aber sind sie etwas ganz anderes. Ich will nur zwei Beispiele anführen. Nachdem Herr Dernburg den Wert der deutschen Ausfuhr nach den Schutzgebieten auf 50 Millionen Mark angegeben hat — diese große Ueberschätzung kann man ja allenfalls als harmlos passieren lassen —, fährt er nachher fort, daß darin 40 Millionen an Arbeitslöhnen für deutsche Arbeiter stecken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn eine solche Behauptung von einem Herrn aufgestellt wird, der seine Qualifikation zum Minister als Infanterieober-Regimentskommandant erworben hat (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten), so könnte man an Harmlosigkeit denken. Aber wenn sie von einem Manne aufgestellt wird, der jahrelang im wirtschaftlichen Leben gestanden hat, der sein Vermögen erworben hat durch die großen Profite, welche wirtschaftliche Unternehmungen eingeheimst haben, dann ist das nicht harmloser Optimismus. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich verweise darauf, daß die „Nordb. Allgem. Zeitung“ mittels der Firma Tippelkirch u. Co. habe bei dem Export nach den Schutzgebieten in den letzten zwei Jahren ein Kapital von 900 000 Mark oder 135 Proz. Dividende verdient. Wäre man 10 Proz. Dividende jährlich als legitimen Verdienst abzurechnen, so blieben noch 115 Proz. Also selbst diese Zeitung gibt zu, daß der letzte Unternehmer, nicht etwa alle, die am Produktionsprozeß beteiligt sind, sondern nur der Letzte, der die Ware verkauft, 67 1/2 Proz. daran jährlich verdient. Aber der Herr Kolonialdirektor sagt, außerdem steden noch 50 Proz. Arbeitslöhne darin. Es ist eine geradezu ungeheure Ueberschätzung, zu behaupten, daß die deutschen Arbeiter am Export 80 Proz. Arbeitslöhne verdienen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich komme nun zu einem anderen Fall, der deshalb interessant ist, weil darauf hingewiesen wurde und das Loblied von der Entwicklungsfähigkeit von Südwestafrika so laut gefungen wurde, daß schon in ländlichen Kreisen Stimmung für die Uebersiedelung nach Südwestafrika vorhanden sei. Als Hauptimpuls hierfür führte der Herr Kolonialdirektor die Erfahrungen des Farmers Schlettwein an, der uns in der Budgetkommission als Musterfarmer vorgeführt wurde und als lebendes Beispiel dafür, wie gut es dem Farmer in Südwestafrika gehe, im Lande herumreiste. Der Kolonialdirektor und der Farmer Schlettwein haben uns eine Rechnung aufgemacht, woraus hervorgeht, daß die vielversprechende Südwestafrika ist. Er selbst ist dort in wenigen Jahren zu einem reichen Manne geworden. Das hat der Kolonialdirektor zuerst in einer Versammlung von Rüstlern und Gelehrten erzählt, Männern, die selbst glauben, daß sie an der Spitze der Kultur und des deutschen Geisteslebens stehen, und diese — es befanden sich unter ihnen u. a. die Herren Schmoller und Jastrow — haben ihm zugejubelt. Wenn von einer solchen Fülle von Autorität, vom Herrn Kolonialdirektor und von ersten Professoren, dem Bauern so etwas vorgezählt wird, und sie niemals etwas anderes hören, so ist es erklärlich, daß eine Reihe von Leuten darauf hereinfallen, wie auch immer eine Reihe hereinfallen auf eine blutige Grubendüngung, wenn auf ihren Prospekten die Namen von Professoren, Fürsten, höheren Beamten a. D. prangen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wie war es denn in Wirklichkeit mit Herrn Schlettwein? Nach den Darstellungen des Herrn Kolonialdirektors mußte jeder Unbefangene glauben, Schlettwein sei der Typus eines arbeitenden Farmers, der dort draußen zu Geld kommen kann. Aber Herr Schlettwein ist mit einem Kapital von 35 000 M. vor 5 Jahren dort hingegangen und hat dieses Kapital in 5 Jahren verdreifacht. Es ist begreiflich, daß jeder Landwirt im Deutschen Reich jaulen würde, wenn er es ebenso gut hätte (Sehr richtig! rechts), und daß es viele Leute gibt, welche sich sagen, wenn das möglich ist, so

gibt es ja nicht besseres, als daß ich hier schleunigst mein Gut loslasse, die Ansiedlungskommission beauftragt es ja sehr gut (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), ich fahre dann nach Südwestafrika und komme nach 5 Jahren als reicher Mann heim. Wie erklären sich aber die kolossalen Profite, die Herr Schlettwein in 5 Jahren gemacht hat. Daraus, daß in dieser Zeit infolge des Krieges die Viehpreise ganz kolossal, auf das Dreifache der normalen Preise gestiegen sind. Herr Schlettwein hat sich in einem Gebiet niedergelassen, das von dem Krieg nicht berührt ist, wo er seine Produkte in aller Ruhe herstellen konnte, nebenbei durch eine maßlose Ausbeutung der Eingeborenen, und dann hat er sie an die Provinzialämter verkauft. Daraus erklären sich die abnormen Profite als Ergebnis abnormer Zeiten, und es ist geradezu unverantwortlich, von Kolonialdirektor, diesen Mann als den Typus, als den normalen, arbeitenden Farmer hinzustellen. Das ist kein harmloser Optimismus, sondern es ist das, was man im Vörsenjargon „bluffen“ nennt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Diese Bezeichnung ist dem Pokerspiel entnommen, das ja im deutschen Reich der Gottesfurcht und guten Sitte durch den Justizminister Kuhlstrat als legitim eingeführt ist. An der Börse wird eben dieses Bluffsystem systematisch geübt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts und bei den Sozialdemokraten.) Präsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, der Ausdruck „bluffen“ ist die Bezeichnung von unehrlichem Handeln im Spiel. Sie sollten sie in Beziehung auf den Herrn Kolonialdirektor nicht gebrauchen.

Abg. Ledebour: Ich will doch darauf aufmerksam machen — Präsident Graf Stolberg: Ich rufe Sie zur Ordnung. (Weiterkeit und Ruhe: Wieder zu spät gekommen!)

Abg. Ledebour: Ich mache darauf aufmerksam, daß der Justizminister Kuhlstrat sich ausdrücklich zu dieser Praxis als einer erlaubten bekannt hat. (Große Heiterkeit.) Wir haben in der Budgetkommission durch Befragen des Herrn Schlettwein aus ihm herausgebracht, wie er sein Geschäft betreibt. Wie alle großen Viehzüchter betreibt er es mit Ausbeutung der Eingeborenenarbeit. Er sagte uns, er beschäftige 17 Familien und bezahle den Männern 15 M. pro Monat. Die Frauen erhielten nichts, höchstens wenn sie längere Zeit arbeiten. Die Männer bekommen auch zu essen, die Frauen dagegen sind auf sogenannte Feldfrüchte angewiesen. Ich glaube, darunter sei eine Ernährung mit Feldfrüchten zu verstehen, die sie fänden. Ich habe jedoch im „Berl. Tageblatt“ gefunden, daß unter Feldfrucht verstanden wird, die Betroffenen leben von Kaupen, Präzisen, Käufen, Heuschrecken, Gras. (Weiterkeit rechts. Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ein deutscher Unternehmer und Arbeitgeber die Neger und Eingeborenen so ausbeutet, ihnen so wenig gibt, daß ihre Frauen und Kinder auf diese Feldfrucht angewiesen sind, so mag nach Ihren (nach rechts) ostelbischen Begriffen das zum Schaden und amüßig sein. Nach unseren Begriffen ist es eine ganz unerhört brutale Ausbeutung. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Daß die Bezahlung der Eingeborenen durch Herrn Schlettwein sehr niedrig ist und geradezu auf eine Ausbeutung der Kollage der Eingeborenen herauskommt, geht auch aus Ausführungen von Ihnen (nach rechts) nächstehender Seite hervor. Es wird dort gesagt, dem Kriege hätten es die Geschäftsleute zu danken, daß es an Arbeitern nicht fehlt. Während in Kapstadt ein Schwarzer 80 bis 100 M. pro Monat erhalte, im Innern des Landes 60 bis 80 M. netzt freier Station, zähle man in Südwestafrika nur 10 bis 15 M., ganz wie Herr Schlettwein, und auf dem Lande selbst nur 9 M. monatlich. Diese Konkurrenz durch kriegsgefangene Arbeiter drückt auch außerordentlich auf die freien Arbeiter. Genau so wie bei uns die Konkurrenz der Strafgefangenen. Daraus also erklärt sich, daß der Musterfarmer Schlettwein so glänzende Profite machen konnte. Er ist eben nicht ein Beispiel für deutsche Bauernarbeit, und es ist eine Gewissenlosigkeit sondergleichen, wenn man die deutschen Bauern mit dazwischen Beispielen verlocken will. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, ich rufe Sie zur Ordnung!

Abg. Ledebour (fortfahrend):

Ich finde es ja vollkommen begreiflich, daß Herr Schlettwein und andere Farmer in ähnlicher Lage nach diesen günstigen Erfahrungen, die sie mit Hilfe der Millionen des Reiches für ihren Geldbeutel gemacht haben, alles ausbieten, daß ihnen diese Ausbeutungsmöglichkeit der Arbeiter erhalten bleibe. Die Denkwürdigkeit des Herrn Schlettwein zeigt sich deutlich in einer Broschüre, die er im Jahre 1904 veröffentlicht hat. Es heißt da: „Wir stehen mit der Kolonialpolitik am Scheitelpunkte. Nach der einen Seite das Ziel: gesunder Egoismus und praktisches Kolonistieren, nach der andern Seite übertriebene Menschlichkeit, vager Idealismus, unvernünftige Gefühlsbelei. Die Hereros müssen bestraft werden.“ (Hört! hört! b. d. Soz.) Das Volk muß nicht nur als solches unendlich gemacht werden, es müssen auch alle das Nationalgefühl erweckenden Faktoren beseitigt werden. (Hört! hört! b. d. Soz.) Man muß die Hereros zur Arbeit zwingen und zwar zur Arbeit ohne Entschädigung, nur gegen Bestrafung. Eine jahrelange Zwangsarbeit ist nur eine gerechte Strafe für sie und dabei die einzig richtige Erziehungsmethode. Die Gesetze des Christentums und der Nächstenliebe, mit welchen die Missionen arbeiten, müssen zunächst mit aller Energie zurückgewiesen werden.“ (Hört! hört! b. d. Soz.) Diese Broschüre ist bereits 1904 geschrieben. Das war dem Kolonialamt bekannt. Trotzdem wird gerade dieser Mann als Vertrauensmann des Kolonialamtes in die Budgetkommission gerufen und gerade ihn läßt man im Lande herumreisen und Propaganda machen für ihre harmlose Kolonialpolitik. (Zurufe rechts.) Daß Sie (nach rechts) dem zustimmen, glaube ich gern, ein Junker hat ja auch dafür gearbeitet, daß eine ganze Landwirtschaftskommission für die Einführung von Nullis eingetreten ist. Auch eine amüßante Geschichte, denn die Nullis würden sich von Ihnen auch mehr ausbeuten lassen, als es heute die polnischen Arbeiter tun. Daß Sie also die Meinungen des Herrn Schlettwein billigen, begreife ich. Daß aber irgend eine andere Partei dieses Hauses, vor allem die Zentrumspartei, für eine Kolonialpolitik eintritt, die nachgewiesenermaßen mit solchen Mitteln arbeitet, ist mir unbegreiflich, das zeigt nur, daß die Parteien, welche sich diese Unterstützung und Propaganda gefallen lassen, jeden Anspruch darauf verloren haben, daß man ihre Behauptung: Sie wollen Christentum und Kultur verbreiten, irgendwie ernst nimmt. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Herr Latmann hat einen großen Trampf gegen unsere Partei auszuspielen gedacht, indem er sagte, wir treiben eine reaktionäre Kolonialpolitik, wir seien prinzipiell dagegen. Das ist aber für uns nur ein außerordentliches Lob. Die Handels- und Weltpolitik, die wir empfehlen, ist alles andere, wie reaktionär. Sie steht auf einem weit höheren Standpunkte (Lachen rechts u. b. d. Koll.), sie arbeitet nicht mit reaktionären, kapitalistischen Ausbeutungsmitteln, wie sie von anderen kolonisierenden Nationen vor der deutschen angewendet sind, noch heute angewendet werden, und von der Mehrheit des deutschen Volkes kaum gebilligt werden. Diese Kolonialpolitik bekämpfen wir prinzipiell genau so wie unsere Genossen die englische Kolonialpolitik in England, die französische in Frankreich, die holländische in Holland bekämpfen, weil diese Kolonialpolitik reaktionär bis auf die Knochen ist. Sie arbeitet mit den brutalsten Mitteln der kapitalistischen Ausbeutung. Die Akkumulation des Kapitals durch die kapitalistische Kolonialpolitik wird in fremden Ländern unter den dortigen Eingeborenen noch unendlich viel brutaler betrieben, als sich die Akkumulation des Kapitals bei uns im Wirtschaftsprozeß der kapitalistischen Entwicklung vollzieht. Denn dabei werden sämtliche staatlichen Nachmittel zu Hilfe genommen, um zugunsten der Reichen und Wohlhabenden den Einzelnen zu expropriieren.

Diese brutalisierende Kolonialpolitik fñhrt auch ab auf unsere innere Politik. Die jetzt geplante Enteignungsvorlage gegen die Polen ist auch nichts weiter als die Zufñhsnahme

staatlicher Mittel zugunsten einzelner bevorzogter Kreise. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten und bei den Polen.) Und ich bezweifle, daß die Herren, die die kapitalistische Kolonialpolitik unterstützen, auch der gegen die Polen gerichteten Enteignungsvorlage zustimmen. Diese von ihren Ständen- und Befugnisgenossen machen ja außerdem noch ein ganz gutes Geschäft dabei. (Weiterkeit. Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir befürworten an Stelle der Kolonialpolitik eine verständige Wirtschaft- und Weltpolitik. Man sollte darauf hinarbeiten, daß eine kulturelle Handels- und Wirtschaftspolitik Platz greift, die alle Kulturvölker einander näher bringt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß mir der Abg. Latmann darin nicht zustimmt, wundert mich nicht. Ich habe aber bei einem Manne Zustimmung gefunden, bei dem ich es nicht erwartet hatte, nämlich beim Legationsrat a. D. Zimmermann, der die Kolonien aus eigener Anschauung kennt. Er spricht sich gegen das heutige vollkommen veraltete System der Kolonialpolitik aus und fordert eine großzügige, von kapitalistischer Ausbeutung freie Kolonialpolitik. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So spricht kein Sozialdemokrat, sondern ein verständiger Beurteiler kolonialer Dinge, und das entspricht vollkommen der Auffassung, die wir von der heutigen Kolonialpolitik haben. Diese kann nie zu etwas führen, und vor allem ist in Südwestafrika die Zeit vorüber, wo dort noch was zu erreichen war. Dort herrscht jetzt überwiegend englischer Einfluß, und Südwestafrika kann nie etwas anderes werden, als ein wirtschaftlicher Annex der dortigen englischen Gebiete. Das deutsche Kapital kann sich dort nicht behaupten. Gerade von deutsch-patriotischer Seite ist das Wort geprägt worden: „Die Deutschen sind im Auslande nur der Dünger anderer Nationen!“ Woran liegt das? Weil das deutsche Vürgertum durch den polizeilich-bureaucratischen-junkerlichen Druck im Inlande jedes Selbstbewußtsein verloren hat. (Widerspruch bei den Liberalen. Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn der deutsche Kaufmann ins Ausland kommt, dann tut er so, als ob er überhaupt nicht mehr deutsch sprechen könnte! Die Deutschen sollen ja in ganz Südwestafrika die besten Kolonisatoren sein; für die Verwaltung und Selbstverwaltung haben sie weder Sinn noch Verständnis. Das erklärt sich daraus, daß dieses Verständnis im deutschen Vürgertum planmäßig unterdrückt wird. (Widerspruch bei den Liberalen.) Das können Sie nicht bestreiten, wo wir noch nicht einmal eine demokratische Selbstverwaltung bei den Kommunen haben. In allen Zweigen der Verwaltung herrscht ein bürocratisches Regiment, und selbst unsere Kommunalbeamten fühlen sich nicht als freie Bürger eines freien Staates, sondern als Bureaukraten zweiten Grades. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Deshalb kann auch unsere ganze Kolonialpolitik es nie zu etwas bringen, ehe wir das probenhafteste Renommieren und Schemellieren nicht aufgeben haben (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), ehe wir nicht freie, selbstbewußte Männer hinauswachsen, — und das können wir erst, wenn wir das ganze stuchwürdige bürocratische Regierungssystem bei uns mit Stumpf und Stiel ausgekratzt haben. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Es ist wunderbar, daß die Herren von den freisinnigen Parteien, anstatt ihr Hauptziel auf die vollkommene Demokratisierung unseres Staatswesens zu richten, neben den Konserwativen die Schutztruppe bilden zur Unterstützung des heutigen bürocratischen Regiments. (Lachen bei den Liberalen. Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist Ihnen eine sonderbare Hoffnung in die Glieder gefahren, so eine Art Kronprinzenliberalismus. Sie glauben, weil ein Mann, der früher einmal eine freisinnig-bereinigete Vergangenheit gehabt haben soll (Weiterkeit), designierter Minister ist, wäre ihre Zeit angebrochen. Die Tafsache, daß ein und wieder ein Müller oder Dernburg in hohe Ämter befördert wird, ändert an dem bürocratischen Verwaltungssystem unserer Regierung gar nichts. Das ändert daran ebensowenig, wie es an dem Privilegium des Adels auf Gardeoffiziersstellen etwas ändert, wenn ein und wieder einmal ein Konzeptionschule zum Gardeleutnant gemacht wird. Genau ebensowenig wird daher Konzeptionschule an dem jetzigen Regierungssystem etwas ändern. (Weiterkeit.) Wir werden es noch erleben, daß alle Ihre Hoffnungen von den vereinigten Reaktionären untergepflegt werden, und Sie ernten damit nur den Lohn dafür, daß Sie sich zu Helfershelfern dieser kapitalistischen Ausbeutungspolitik in den Kolonien und dieses ganzen Regierungssystems hergegeben haben. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten. Lärm rechts.)

Abg. Schröder (fr. Bg.): Es scheint nicht nur in Afrika Frieden geschlossen worden zu sein, sondern auch im Hause. Wenigstens klang der Widerspruch des Zentrums gegen die kolonialen Forderungen recht matt und die Rede des Abgeordneten Ledebour ist wohl nicht recht ernst zu nehmen, ebensowenig natürlich die Großsprecherien gewisser alldeutscher Kreise. Nach allem was wir heute bereits wissen, ist es möglich, die Kolonie Südwestafrika vorwärts zu bringen, wenn dazu auch noch viel Arbeit gehören wird. Darin sind sich jetzt alle Parteien einig, ebenso einig wie darin, daß wir keine phantastische Kolonialpolitik treiben wollen. (Lebhafte Bravo! bei den Liberalen. Kolonialdirektor Dernburg beklugwünscht den Redner.)

Abg. Windwals (Reformpartei): Meine Freunde werden für die beiden Nachtragsvoten stimmen; wir müssen uns bei der Ausgestaltung unseres kolonialen Verkehrsnetzes an den anderen Nationen ein Beispiel nehmen.

Kolonialdirektor Dernburg: Der Abgeordnete Ledebour hat dem Oberleutnant Quade den Vorwurf gemacht, daß eine ungenügende oder unrichtige oder wissenlich unwahre Information dieses hohen Hauses durch ihn mitgeteilt habe. Ich weise diesen Vorwurf mit aller Entschiedenheit als durchaus unberechtigt zurück. (Bravo! rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Es ist bezweifelt worden, daß das Schutzgebiet ein wertvolles Aktium sei. Dies geht aber für jedermann klar aus der Tafsache hervor, daß 20 Millionen Mark Entschädigung für entstandene Schäden gewährt werden müssen. Also 20 Millionen Mark Aktiva sind schon angemeldet, ehe der Aufwand ausgebrochen ist. (Sehr gut! rechts.)

Der „Vorwärts“ hat am 20. Dezember 1906 geschrieben: „So sei also rund heraus erklärt, daß die Sozialdemokratie für die Kolonien keinen Pfennig bewilligt, und daß sie es als Gewinn für Deutschland ansehe, wenn wir sie los wären.“ Diese Stellungnahme der Sozialdemokratie ist meines Erachtens der Grund, weshalb die Herren heute mit der Hälfte der früheren Sätze hier sind, (Lachen bei den Sozialdemokraten) weil das deutsche Volk sich so etwas nicht gefallen läßt. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Da die Herren gegen die Sache nichts zu sagen wissen, diskreditieren sie meine Verlon. Um die Geschichte mit der Dattelkiste zu beiseitigen, will ich folgende Stelle aus einem Buche vorlesen: „Die Dattelbäume gedeihen in Äsien und Afrika in kaum glaublicher Fülle; auf einem Morgen wachsen bis zu 200 Dattelpalmen.“ So Herr August Bebel in „Die Frau und der Sozialismus“. (Stürmische Heiterkeit rechts.) Die Versuche, mich zu diskreditieren, sind so tief, nicht unter meiner Verlon, sondern unter der Sache, die ich vertrete, daß ich diese Angriffe in der papiernen Welt lasse, wo sie leben. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Damit schließt die erste Lesung. Die Tagesordnung ist erschöpft.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 1 Uhr. (Stainotgesetz. Interpellationen der Abgeordneten Dr. Köfide (Wund der Landwirte), Rügenberg (3.) und Dr. Scheidhorn (natl.) betreffend die Reform des Weingesetzes.

Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

27. Sitzung, vom Mittwoch, den 6. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Dreitenbach. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzes

Zunächst findet bei den Einnahmetiteln eine allgemeine Besprechung statt, bei der jedoch ausgeschlossen sind die Personentarifreform, Zugverbindungen, Beamtenwünsche und Bautensachen.

Minister Breitenbach: In der Kommission ist der diesjährige Eisenbahnetat als ein Spiegelbild einer glänzenden wirtschaftlichen Lage bezeichnet. Ich hoffe, daß das Haus sich überzeugt, daß der Etat allen Anforderungen Rechnung trägt. — Minister v. Thielen hatte die Hoffnung ausgesprochen, daß die Verwaltung 1913 einen Ueberschuß von 700 Millionen haben werde. Nun haben wir aber schon für 1907 den Ueberschuß auf 730 Millionen Mark geschätzt. Die Lokomotivkilometerzahl hat über 100 Proz. zugenommen, die Zahl der Angestellten ist von 287 000 auf 441 000 gestiegen. Hat sich die Organisation nun verbessert? Ich bejahe die Frage. Und doch haben sich einzelne Mängel gezeigt. Die Direktionspräsidenten sind so überlastet, daß sie nicht mehr in der Lage sind, den vollen Ueberschuß über die Gewinne zu behalten. Wir schlagen deshalb vor, ihnen durch Schaffung von Oberassistenten Entlastung zu schaffen. Den mechanischen Apparat werden wir voll auf der Höhe erhalten. Große Anforderungen stellen wir für die Vermehrung der Betriebsmittel. Trotzdem kann ich keine Garantie dafür übernehmen, daß nicht im Herbst irgendwo einmal Wagenmangel entsteht. Das genaue Bauprogramm kann ich noch nicht näher darlegen; ich kann aber versichern, daß von einer Entlastung des Ordinarius oder des Extraordinarius nicht die Rede sein kann.

Eine erhöhte Summe wird gefordert zum weiteren Ausbau zweigleisiger Strecken. Die Zahl der Unfälle ist nach der Statistik in stetiger Abnahme begriffen. — Was den Ausbau des Fahrplans betrifft, so haben wir besonders Wert auf den Nachverkehre und auf die Anschlüsse an Nebenbahnen gelegt. (Bravo!) Der Gepäktarif ist durch das Entgegenkommen der Einzelstaaten wesentlich gemildert worden. Der neue Tarif trägt alle Eigenschaften eines Kompromisses, er genügt aber allen maßvollen Ansprüchen. Was die Wirkung der Fahrkartensteuer anlangt, so lassen sie sich noch nicht übersehen, die Abwanderung in tiefere Klassen hat naturgemäß vor allem die 1. Klasse betroffen.

Unsere Angestellten und Beamten haben den Ansprüchen voll und ganz genügt und sich als treu und zuverlässig erwiesen. (Bravo!) Urlaub ist den Werkstattarbeitern in erhöhtem Maße gewährt. Anerkennen will ich, daß die Eisenbahnvereine viel Gutes geschaffen haben. Wenn die Fachvereine gemeinsame Beschlüsse fassen oder Beschlüsse fassen, unterstützen wir sie gern. Wenn solche Vereine aber einen ordnungsfeindlichen Charakter zeigen, müssen wir ihnen entgegen treten! So hat Minister von Thielen den Beitritt zum Hamburger Verband und ich im vergangenen Jahre den Beitritt zum Rührberger süddeutschen Eisenbahnverband verbieten müssen! Ich stehe in diesen Dingen auf demselben Standpunkt wie mein Amtsvorgänger. (Beifall.) — Abg. v. Quast (L.): Beim Wagenmangel rächen sich jetzt die Sünden früherer Jahre. Es zeigt sich, wie falsch es war, in den Jahren des wirtschaftlichen Niederganges mit der Schaffung von Betriebsmitteln vorzugehen. Den Minister warne ich, mit der Einführung des elektrischen Betriebes so schnell vorzugehen.

Abg. Wages (nall.): Mir scheint, als ob der Minister, wenn er seinen Etat vorlegt, mit einem Auge lacht und mit dem anderen weint. Ich glaube, daß Besorgungen für die Eisenbahn mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage des Landes nicht berechtigt sind. Eine weitere günstige Entwicklung garantiert namentlich unser Mineralienreichtum. Im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier müßten ganz andere Abzugskonten geschaffen werden. Die Bahn allein kann den Verkehr nicht bewältigen. Ich halte es für ganz unbedenklich, die Erweiterungsbauten durch Anleihen zu decken. Die Eisenbahnverwaltung muß vom Finanzminister unabhängig gemacht werden. Wir haben in Preußen den kompliziertesten Personenverkehr, den es überhaupt gibt. Da sollten wir danach streben, den Verkehr zu vereinfachen und zu verbilligen. Die Wagennot in dem Güterverkehr wird in den nächsten Jahren noch nicht verschwinden, da die Ursachen in dem verfehlten System liegen. Die Gütertarife sind auch in den Nachbarländern billiger als bei uns. Wir bedauern, daß die Betriebsgemeinschaft mit den süddeutschen Staaten gescheitert ist. (Beifall links.)

Unterstaatssekretär im Finanzministerium Dombold bekräftigt, daß der Finanzminister aus Optimismus über die wirtschaftliche Lage nicht genug für Reuanweisungen bewilligt habe.

Abg. Oeser (Hosp. d. fr. Sp.): Es dürfte zweckmäßig sein, die Rente der Eisenbahn einmal festzustellen. Leider sind die Sachverständigen über ihre Höhe nicht einig. Der Berichterstatter in der Kommission schlägt sie auf 11,18 Proz., mit Verzinsung auf 8,55 Proz., auf Grund des noch unbesicherten Kapitals auf 10 Proz., die Eisenbahnverwaltung schlägt die Rente auf 7 1/2 Proz., die Finanzverwaltung auf 7 Proz. Das ist doch immerhin ein gefundenes wirtschaftliches Unternehmen. Die viel getadelte Schnellzuggebühr hat doch wenigstens das Gute gehabt, eine Reihe von Komfortannehmlichkeiten zu schaffen. Ich will bei dieser Gelegenheit nur nebenbei erwähnen, daß es jetzt kaum schlechtere Wagen gibt als die Speisewagen; man kann in diesen sehr leicht feekant werden. Für die Nichtführung von Tarifermäßigungen hat man immer eine Entschuldigung. In guten Jahren sagt man, es müßten zunächst Reuanweisungen gemacht werden, in schlechten, es müße gespart werden. Das kommt mir so vor wie der Ehemann, der nicht weiß, was er seiner Ehefrau schenken soll und dann sagt:

„So im Zweifel ganz versunken,
Werd' ich lieber gar nichts schenken.“

(Geheuerheit.)

Abg. Frhr. v. Seibitz (frk.): In Zeiten, wo außerordentliche Aufwendungen für die Eisenbahn gemacht werden müssen, muß man auch zu Anleihen greifen. Anders lassen sich die Verschuldungen vieler Jahre nicht nachholen. Den Standpunkt des Abg. Oeser, daß man die Reform der Beamtenbesoldung nicht durch Erhöhung der Einkommensteuer unpopulär machen dürfe, teile ich nicht.

Abg. v. Grabski (Kole) beklagt sich über das Verbot des Verkaufs polnischer Zeitungen auf den Bahnhöfen und das Verbot an die polnischen Eisenbahner, dem Verein „Straz“ beizutreten. In Breslau seien Anschläge in französischer Sprache angebracht, nicht aber in polnischer Sprache.

Minister Breitenbach: Ueber die polnischen Zeitungen bestehen bestimmte Vorschriften überhaupt nicht. Es werden alle Zeitungen zugelassen, die nicht einen sinnlichen oder aufreizenden Charakter tragen.

Abg. Graf Nolte (frk., schwer verständlich) meint, man hätte die Betriebsmittelgemeinschaft von vornherein als zu weitgehend ablehnen sollen.

Abg. Girsch-Essen (nall.) hält einen schnelleren Ausbau des Eisenbahnetats und der Kanäle für unbedingt notwendig.

Das Haus verläßt sich. Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.

(Eisenbahnetat.)

Schluss 4 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Der Märder Waldierich und die Sozialdemokratie, so lautet der Titel einer Broschüre, die noch in dieser Woche im Verlag des „Volksblatts“ für Anhalt in Dessau erscheinen wird. Sie wird 1 1/2 Bogen stark und für 10 Pf. käuflich sein.

Unsere Toten.

Aus Paris berichtet unser Korrespondent vom 4. März: Am Sonntag ist hier der Senior der keinen deutschen Sozialistengemeinde von Paris, Genosse Paul Trapp gestorben. Drei Jahrzehnte lang war er der Organisator, der Berater und der hilfsbereite Freund der deutschen Sozialisten, die sich in Paris verlagerten hatten. Unermüdet, nie entmutigt, hat Paul Trapp dem kategorischen Imperativ gehorcht, der für ihn die Arbeit für die Partei hieß. In seiner Berufsorganisation, bei den Buchdruckern, ist er den französischen Kameraden bei ihren Bemühungen, sie an Leistungsfähigkeit und Widerstands-

kraft den ausländischen Verbänden ebenbürtig zu machen, den wertvollsten Beistand geleistet.

Als Deutscher — er war ein Pommer — mußte er als Bereich seiner politischen Organisationsarbeit vor allem die Schwärze der deutschen Arbeiter wählen, die durch starkes Ab- und Zustromen in ihrem Bestand ewig wechselnd, sich im „Sozialdemokratischen Paktklub“ vereinigt. Trapp war eifrigster Vorsitzender und immer die Seele des Klubs.

In der Zeit des Sozialistengesetzes, als die deutschen Arbeiter mehr oder minder freiwillig den Staub der Heimat von den Schultern schüttelten und den Klub in einen wichtigen Stützpunkt verbotener Literatur verwandelten, wurde Trapp zu Arbeiten von außerordentlicher Wichtigkeit berufen. Darüber hinaus aber entfaltete er eine Hilfsbereitschaft, die nicht zögerte, mit bedrängten Genossen das letzte Stück Brot zu teilen. Im Klub sah sich Trapp indes bald zum Kampf gegen eine von Spiegeln mißbrauchte, von anarchistischen Phrasen benebelte unerfahrene Jugend gezwungen. Es gelang ihm, den schon in Trümmern geschlagenen Verein zu neuem Leben zu erwecken und der Aufschwung der Organisation in der letzten Zeit schien seinem jahrzehntelangen Bemühen die verdiente Genußigung zu bieten.

Paul Trapp ist Spiegel und Chronik der deutschen Arbeiterbewegung in Paris gewesen, ihre lebendige Geschichte — die geschilderte, für die er mit seiner auf das kleinste achtenden Gewissenhaftigkeit seit Jahren das Material gesammelt hat, wird nun ein anderer liefern müssen. Er war das Band zwischen der französischen Arbeiterbewegung und den deutschen Sozialdemokraten in Paris, deren wichtigste Aufgabe er darin sah, in solidarischer Arbeit in den Gewerkschaften den französischen Kameraden den Wert der deutschen Organisationsmethoden zu beweisen. Um ihn trauern nicht nur die deutschen Arbeiter von Paris und die unzähligen Fortgewanderten, denen er im Laufe der Jahre mit unbegrenzter Gefälligkeit und mit der Anpruchslosigkeit des Selbstverständlichen Dienste erwiesen hat, sondern auch die französischen Buchdrucker, denen er noch vor kurzem ein Beispiel selbstloser Solidarität gegeben hat, als er, zur Zeit des Kampfes um den Reimsjubiläumstag trotz des Hinweises der leitenden Gewerkschaftsmitglieder, daß sein Posten den Anschluß an den Streik nicht zur Pflicht mache, den Gewerkschaftsmitgliedern in den Auslands folgte. Mit vollem Bewußtsein vertauschte er die auskömmliche Existenz, die er vor mehr als 20 Jahren in einer Buchdrucker gefunden hatte, gegen die Sorgen und die Not des Gemahregelten, der sein Brot in einer zu seinem Wesen so gar nicht passenden Agententätigkeit und in der Lederherarbeit suchen mußte, die für einen Mann von seiner Gewissenhaftigkeit noch weniger lohnend als für andere sein konnte. Und um Trapp trauert, mit den vielen französischen Freunden, die er sich als tätiges Mitglied der alten Parti Ouvrier Socialiste revolutionnaire, der Pariser Possibilistenpartei erworben hatte, die internationale Sozialdemokratie, mit deren Vertretern er in seiner ausgebreiteten Korrespondenz und als Delegierter des Paktklubs auf den internationalen Kongressen in Verbindung getreten ist. Der internationale Verständigung des Proletariats hat er auch als Pariser Berichterstatter des Korrespondenzblattes der deutschen Gewerkschaften redliche Dienste geleistet. Sein Andenken werde in Ehren gehalten.

Ein Jubiläum konnte gestern der Genosse Erdmann Dubber in Hamburg begehen. Am 6. März 1882 trat er, nachdem er seit 1. November 1881 die Geschäfte provisorisch wahrgenommen hatte, durch Wahl der Genossen an die Spitze der Exekutive der sozialdemokratischen Organisation im nördlichen Belagerungsgebiet (Hamburg-Altona-Ottensen-Wandsbek); heute noch erfüllt er als Parteisekretär der Hamburger Landesorganisation ähnliche Funktionen.

Das „Hamburger Echo“ beglückwünscht den Jubilar in einer Notiz, der wir entnehmen:

„Es war eine schwere Zeit, als Dubber sein Amt antrat. Sozialistengesetz und Belagerungszustand hatten die frühere Parteiorganisation gründlich zerlegt. ... Ein kleines Häuflein entschlossener Männer fand sich noch und nach zusammen, um die Parteitätigkeit zu regeln, vor allem aber Geldmittel aufzubringen zur Unterstützung der zahllosen Opfer des Schanzengesetzes. In den ersten, die sich dieser Aufgabe widmeten, gehörte unser Dubber. ... Dann und wann griff die Polizei zu und die über Verdächtigen wanderten ins Gefängnis oder ins Exil; wer mit einem Vertrauensposten bedacht wurde, konnte mit ziemlicher Sicherheit darauf rechnen, in kurzer Zeit in den Schlingen des Gesetzes festzusetzen. Erst unserem Genossen Dubber war es beschieden, sich auf seinem Posten zu halten. Er bewies ein eigenartiges und seltenes Talent, die Häcker irreführend und immer wieder den Fellen zu entgehen. ... Dabei ging er aber Tag für Tag seine gefährlichen Gänge, besorgte nicht nur die Kasienführung und die Organisationsarbeit, sondern spielte auch beim Betrieb des „Sozialdemokrat“ eine hervorragende Rolle. Und nicht nur beim Betrieb, sondern auch bei der Herstellung des verpönten Blattes! ...

Darum war es ganz selbstverständlich, daß, als Sozialistengesetz und Belagerungszustand gefallen waren, unser Genosse Dubber das Amt eines Mannes für alles in der neuen Parteiorganisation weiter vertrat und daß er als Parteisekretär bestimmt wurde, als die Landesorganisation in Kraft trat.

Es ziemt sich, daß wir ihm an seinem Ehrentage unseren Dank abstaten und den herzlichsten Wunsch aussprechen, er möge noch viele Jahre mit derselben geistigen und körperlichen Frische, die uns an ihm so erfreut, wirken und schaffen zum Ruhm der Sozialdemokratie!“

Die Behaltung des Genossen August Winter ist unter Beteiligung zahlreicher Vertreter oberhäufiger und der Breslauer Partei- und gewerkschaftlicher Organisationen auf dem Friedhofe der Jernanstalt zu Hybnitz vor sich gegangen. Die roten Schleifen der Kränze mußten auf Befehl des Direktors der Anstalt vor Betreten des Friedhofes entfernt werden. Die Genossen übergaben sie als Erinnerung- und Liebeszeichen der jungen Witwe des Verstorbenen, die mit seinen großen Eltern dem Sarge folgte.

Dem ersten sozialdemokratischen Gemeindevorstand teilten sich in rascher Folge weitere an. In Ronneburg (S.-Altenburg) war Anfang Januar das Stadtverordnetenmandat des Genossen Karl Schmidt lastiert worden, weil er in der Steuerliste als „Fabrikarbeiter“ eingetragen war, die Stimmzettel aber auf „Arbeiter“ lauteten. Kalkülisch glaubte der Ordnungsheldmüßel, dem das Ergebnis der Kolonialwahlen zu Kopf gestiegen war, einen Sieg zu erringen, zumal am Sonntag vor der Stichwahl sogar ein „Nationaler Arbeiterverein“ (Mitglieder: Beamte und Streikbrecher) gegründet worden war. Zwei Automobile standen den Gegnern zur Verfügung, mit denen sie schleppten, was zu schleppen war. Trotzdem siegte unser Genosse Schmidt mit 197 Stimmen. Der Gegner brachte es auf 181 Stimmen. — Offenlich fallen die am 19. dieses Monats stattfindenden Landtagswahlen, in denen unsere Genossen drei Mandate zu behaupten, zwei zurückzuerobern und drei zu gewinnen haben, ebenfalls günstig für unsere Partei aus.

In Woltershausen (Sachsen-Roburg-Gotha) wurde der Genosse Stapp bei der Stadtverordnetenratswahl wiedergewählt. Die Stimmzettel unserer Partei nahen um 87 Stimmen zu, während die Gegner eine Stimme verloren.

Zu den Fällen Bernhard und Braun bringt die „Märkische Volksstimme“ zu erst den von uns auszugewiesenen wiedergegebenen Artikel der „Dremer Bürgerzeitung“, den sie sehr beachtenswert nennt.

Warnung!

Die „Mecklenburgische Volkszeitung“ meldet: Am Sonnabend stellten sich bei unserem Genossen W. E. in Rostock drei Mann ein, erzählten, sie seien aus Dänemark, kämen von dort über Dänemark und wollten nach Oesterreich. In Dänemark seien sie von parteigenössischer Seite unterhütet worden und ersuchten, ihnen

auch hier Hilfe zuteil werden zu lassen. — Nachdem Genosse W. E. mit anderen Notoder Genossen Rücksprache gehalten, löste er für die drei je eine Fahrkarte nach Berlin und handigte ihnen außerdem eine Summe ein, daß sie von Berlin gleich nach Breslau weiterfahren konnten und einiges Jährgehd besaßen. — Jetzt erfahren wir nun, daß die drei dasselbe Manöver schon am Donnerstag in Schwerin aufgeführt haben. Auch dort erhielten sie von den Genossen Fahrkarten nach Berlin und Geld zur Weiterfahrt nach Breslau. — Wir haben es also hier unzweifelhaft mit Schwindlern zu tun! Darum allerorts Voracht!

Vom Fortschritt der Presse.

Die „Rheinische Zeitung“ in Köln erscheint von jetzt an täglich mindestens acht Seiten stark und wird ihre bisher einmal wöchentlich erscheinende Unterhaltungsbeilage wöchentlich zweimal begeben. Der Abonnementspreis bleibt derselbe.

Die „Volksstimme“ zu Frankfurt a. M. muß wegen des raschen Steigens der Abonnentenzahl eine Erweiterung ihres Betriebes vorbereiten. Die Prehkommision hat sich bereits eingehend damit befaßt. Zunächst wird die Uniondruckerei ihre Gesellschafterteile verdoppeln.

Eine Hausagitation für den Stettiner „Volksboten“ in Unterbreedow ergab den Gewinn von 100 Abonnenten.

Die „Nordhäuser Volkszeitung“ hat während des Wahlkampfes 600 Abonnenten gewonnen.

Von den Organisationen. Der Sozialdemokratische Verein für Breslau und Umgegend gewann im Februar 24 Mitglieder und hat jetzt insgesamt 789 3.

Der Sozialdemokratische Verein des Wahlkreises Görlitz-Lauban zählt jetzt 2000 Mitglieder.

Das Gewerkschaftshaus zu Breslau wird subhastiert werden. Die „Volksmacht“ schreibt dazu: Unser Gewerkschaftshaus ist bekanntlich nicht im eigenen Besitz der Partei und der Gewerkschaften, sondern durch die Lokalkommision nur von der Besitzerin Frau Bahner gepachtet worden. Diese ist nun in finanzielle Schwierigkeiten geraten, und die Folge davon ist, daß das Gewerkschaftshaus zur Subhastation gelangt, und am 25. April zwangsweise versteigert wird. Wir bemerken ausdrücklich, daß unsere Gewerkschaftshauskommision mit den finanziellen Angelegenheiten der Besitzerin nicht das geringste zu tun hat.

Personalien. Die Stelle eines Parteisekretärs für Eberfeld-Darmen ist in der „Freien Presse“ ausgeschrieben. Bewerbungen sind spätestens bis 15. März zu richten an Wilh. Geyer, Eberfeld, Robertstr. 8a.

Zur Erweiterung der Redaktion der „Münchener Post“ werden zwei Redakteure, einer für den politischen und sozialpolitischen, der andere für den lokalen Teil, gesucht. Kenner bayerischer und Münchener Verhältnisse werden bevorzugt. Anerbieten sind zu richten an den Prehkommisionsvorsitzenden S. Breitenbach, Tal 12, München.

Für die Redaktion des „Volksblattes“ zu Bochum wurde an Stelle des ausgeschiedenen Genossen Ringweiler der Genosse Steinlamp-Wilhelm zum Lokalsekretär gewählt. Um das Blatt weiter ausbauen zu können, soll noch ein neuer Redakteur angestellt werden. Die Wahl ist auf den Genossen Peimpeter gefallen, der gegenwärtig im Saarrevier als Beamter des Bergarbeiter-Verbandes tätig ist.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

In die Freiheit zurückgekehrt ist Genosse Däumig vom „Volksblatt“ in Halle nach Verbüßung einer dreimonatlichen Gefängnisstrafe.

Die Presse vor der Revision. Wegen Verleumdung des Schumanns J. ist am 23. Mai v. J. vom Landgerichte Düsseldorf der Genosse Hugo Schotte von der „Volkszeitung“ zu Düsseldorf zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Er hatte eine Notiz veröffentlicht, wonach jener Schumann einen Knaben, nachdem er ihm die Hofe gerissen, stark verprügelt habe. Die Beweisaufnahme ergab nach der Ansicht des Gerichts, daß der Schumann „in Erfüllung seiner Pflicht“ dem Knaben „einen Denksattel gegeben habe“, weil er mit anderen Kindern dem polizeilichen Verbote zum Treib auf der Straße Fußball gespielt hatte (!). Die Revision des Genossen Schotte wurde am Dienstag vom Reichsgericht verworfen.

Eine Hausdurchsuchung ist am Sonnabend bei dem Genossen Jentgraf in Gotha vorgenommen worden. Der Genosse ist angeklagt wegen einer Rede, die er während der Wahlbewegung gehalten hat. Die Anklage lautet auf Verleumdung des Oberkommandos in Schwesefeste. Zeuge ist ein Genard. Zwei Arbeiter sind schon vernommen worden, konnten aber nichts auslagern. Die Hausdurchsuchung sollte anscheinend Material für die Anklage liefern. Die Wäsche war indes unmont.

Eine „Verleumdung der Kirche“. Genosse Seifert aus Königswalde wurde vom Schöffengericht Annaberg (Sachsen) zu 40 M. Geldstrafe event. 8 Tagen Haft verurteilt. Der Genosse ist Mitglied des Gemeinderats. Als dort über den Anlauf der sogenannten Fährweise verhandelt wurde, hat er den Zwischenruf gemacht: „Die Kirche soll keinen Wucher treiben!“ Das löste eine Verleumdung der Kirche aus. Wegen des Urteils ist sofort Berufung eingelegt worden.

Aus der Frauenbewegung.

Brix. In der hier im Lokal Ausschlag abgehaltenen Kreisversammlung der proletarischen Frauen des Kreises Zeltow-Weßlow-Storow-Charlottenburg referierte Kurt Heynich an Stelle des erkrankten Genossen Fr. Jubeil über „Die Frau im jetzigen Kampfe“. Der Vortragende schilderte in eingehender Weise die Rechtslosigkeit der Frau in Staat und Gesellschaft, aber auch die großen Pflichten, welche sie erfüllen muß, ferner gab er Fingerzeige, wie sich die Frauen am öffentlichen Leben beteiligen können, um einen Einfluß auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiet zu erhalten. Sodann gab die Kreisvertrauensperson Genossin Thiel ihren Jahresbericht. Aus demselben ist hervorzuheben, daß in 15 Orten des Kreises Ortsvertrauenspersonen amtierten. 13 öffentliche Versammlungen und zahlreiche Sitzungen fanden statt. An Agitationschriften sind 30 000 Frauenflugblätter verbreitet worden. Broschüren sind verteilt: „Kinderarbeit“ von Käthe Dunder, „Die Volksschule und Arbeiter“ von Göhre, „Frauenleben“ von Dr. Jabel, und zur Wahlagitator 20 000 Flugblätter über „Frauen und Mädchen, was habt ihr bei der diesmaligen Reichstagswahl zu tun?“. Am Wahltag leisteten circa 100 Frauen Hilfe beim Stimmzettelverleihen usw. Im Kreise bestehen eine ganze Reihe Frauen- und Mädcheneinigungsvereine mit zusammen 2510 Mitgliedern. Die „Gleichheit“ wird von 2000 Frauen abonniert. Die Genossin Thiel wurde durch einen Strafbefehl über 30 M. bestraft, weil sie durch Niederlegung eines Kruges am Grabe des verstorbenen Genossen Bentger den Staat in Gefahr gebracht haben soll. Die Einnahme betrug 1615,77 M., die Ausgabe 1533,27 M., sodah ein Restbestand von 82,50 M. vorhanden ist. Für den Wahlsonntag haben die Frauen noch extra 390 M. aufgebracht. Auf Antrag der Revisorin wurde die Genossin Thiel entlastet und einstimmig zur Kreisvertrauensperson wiedergewählt. Daraus ersetzte die Genossin Voigt den Jahresbericht für Brix. Sie wurde gleichfalls entlastet und einstimmig wiedergewählt.

Öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter heute Donnerstag, abends 9 1/2 Uhr, in Bockers Festhale, Weberstraße 17. Tagesordnung: Die Lage der Tabakarbeiter nach Einführung der Amberolentsteuer, mit besonderer Berücksichtigung der Vorwurfsliste in der Jgaritionsfabrik Garbat.

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands. Zweigverein Berlin und Sorow. Heute abend 9 1/2 Uhr Versammlung, Reventalerstr. 11/12. Vortrag.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung! Bautischler. Achtung!

Donnerstag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal IV):

Verammlung

der Bautischler Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
 1. Die weitere Stellungnahme der Bautischler zur Ausperrung.
 2. Diskussion. 3. Bericht der Kommission.
 Die in Arbeit stehenden, wie die ausgesperrten Kollegen sind verpflichtet, an dieser Versammlung teilzunehmen.
 Da die für Sonntag anberaumte Versammlung von der Polizei verboten und daher nicht stattfinden konnte, werden die Kollegen ersucht, zu dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen.
 S. A.: Karl Reiche.

Achtung! Ausgesperrte!

Die Versammlung findet am Donnerstag bei Keller, Koppensstraße 29, statt.

Achtung! Badentischler. Achtung!

Die angelegte Versammlung für Freitag findet nicht statt. Die Ortsverwaltung.

Zentralverband deutscher Textilarbeiter.

Sektion der Sticker und Stickerinnen

Berlin.

Öffentliche Versammlung.

Heute abend 8 Uhr in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
 1. Unsere Lohnbewegung. Referent: Kollege F. Kotske.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Sämtliche in Zünderbetrieben beschäftigten Kurdelstepper, Stepperinnen, Zeichner, Ausschneiderinnen, Verputzerinnen, Handarbeiterinnen, Helferinnen, Fensterinnen, Singer-Stepperinnen, Ausschneiderinnen, Sägler, Hausdiener und Heimarbeiterrinnen sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen. Der Einberufer.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zementbranche.
Gruppe: Malspinner und Träger.
 Freitag, den 8. März 1907, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Redakteurs Genossen Karl Bernuth über: „Was haben wir vom Reichstag zu erwarten?“
 2. Neuwahl des Zweigvereinsvorstandes.
 3. Verschiedenes.
 Pflicht aller Kollegen ist es, die Gruppenversammlungen besser wie im vergangenen Jahre zu besuchen und rege für einen guten Besuch derselben zu agitieren.
 137/5 Der Gruppenvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Zimmer 34, Amt 4, 3333. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9679.

Sonntag, den 10. März, von 9 bis 1 Uhr:

Stichwahl für drei Bureauangestellte.

Die Wahlhandlung findet in folgenden Lokalen statt:
 Milbrodts Gesellschaftshaus, Müllerstr. 7.
 Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58.
 Wernaus Festsäle, Schwedterstr. 23.
 Boekers Festsäle, Weberstr. 17.
 Graumanns Festsäle, Naunynstr. 27.
 Wiemers Restaurant, Bülowstr. 58.
 Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
 Meisdorf in Charlottenburg, Potsdamerstr. 44.
 Thiel in Rixdorf, Bergstr. 152.
 Fritsch in Steglitz, Florastr. 2a.
 Böhle in Spandau, Neumeisterstr. 5.
 Kaufhold in Ober-Schöneweide, Wilhelminenhofstr. 18.
 Tempel in Rummelsburg, Alt-Boxhagen 56.
 Gelling in Köpenick, Schönerlinderstr. 5.
 Schmutz in Weißensee, König-Chaussee 38.
 Gehhaar in Tegeel, Berlinerstr. 92.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen. Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt. Wahlleiter ist der Kollege Josef Hartmann, Engel-Ufer 15 I. 114/10 Die Ortsverwaltung.

Lehr- und Versuchsanstalt für Brauer in München.

Privatinstitut: Direktor Dr. Doemens. 290/18* Beginn des nächsten viermonatlichen Hauptkurses: 25. April 1907. Prospekt gratis. Bezugnahme auf diese Zeitung erbeten.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Einsegnungs-Anzüge.

Reichhaltigste Auswahl, in den neuesten Moden und Webarten, Kammgarnen, Satins, Cheviots, Drapés, Meltons, Tuchen usw.

33.-	30.-	27.-	10 M.
24.-	22.-		
20.-	18.-		
16.-	14.-	12.-	

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Beigaben umsonst.

Wäsche, Hüte, Handschuhe usw. zur Einsegnung zu sehr niedrigen Preisen.

Prüfungs-Anzüge

moderno, gemusterte Webarten in Cheviots, Buckskins, Kammgarnen usw. allerneuester Geschmacksrichtungen.

30.-	27.-	24.-	21.-	18.-	15.-	12.-	10 M.
------	------	------	------	------	------	------	-------

Baer Sohn

Spezialhaus größten Masstabes
 Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11
 Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog Nr. 30 (Jünglings-Kleidung) wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. Zimmerer

(E. G. 2 Hamburg.) Oertliche Verwaltung Berlin.
 Freitag, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Revisoren.
 259/3 Der Vorstand.
 S. A.: Richard Schröder, Tüfterstraße 82.

Achtung! Produkten-Händler und Händlerinnen Berlins und Umgegend.

Öffentliche Versammlung aller Produkten-Händler und Händlerinnen.

Donnerstag, 7. März, abends 9 Uhr, bei Merkowski, Andreasstr. 26:
Öffentliche Versammlung
 aller Produkten-Händler und Händlerinnen.
Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Redakteurs Wermuth: „Was haben wir vom neuen Reichstag zu erwarten?“ — 2. Diskussion.
 Zur Deduktion der Untkosten Teller-Versammlung. 287/12*



Jedes Jenensia-Rad

ein Meisterwerk deutscher Technik.
 — Teilzahlung! — Zwei Jahre Garantie! —
 mit freilauter 95.-
 Sozial-Räder R. 60.-, Sozial-Luxus- R. 95.-
 Gebrauchte Räder billig! — Fahrradzubehör billig!
 Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten!

23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.



Singer Nähmaschinen.

Einfache Handhabung! Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
 Weltausstellung Paris 1900: Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Kunststickerei. Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.
 Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges. Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen

300 volle 8 Pf.-Zigarren für 11.80 M.

300 großart. 10 Pf.-Zig. 14.40 M., 300 feinste 7 Pf.-Zig. 10.50 M., 300 ff. 5 Pf.-Zig. 9 M. Bornet & Co., Zig.-Engros, SW., Hagelsbergerstr. 48.

„Zum Sporthaus“ Ziegenhals bei Zeuthen

Dampfer- und Bahnhofsstation. Tel.: 894. Buxtehuderstr. 175.
 Empfehle mein herrlich am Krossensee und Hochwald gelegenes Lokal den werten Vereinen, Gewerkschaften, Fabriken und Gesellschaften zu Dampferausflügen.
 Zwei große Zäle, Regelmäßige, Kaffeehäuser und Solis-Beleuchtungen aller Art.
 Um baldige Anmeldung bitte! Max Hürschel.

Spezialteilvertrieb: H. Hode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, Berlin SW.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.
Nachruf!
 Am 17. Februar verstarb unser Mitglied
Hermann Horlitz
 im Alter von 24 Jahren an Blinddarmentzündung.
 Ehre seinem Andenken!
 137/4 Der Vorstand.

Dauftagung.

Für die überaus zahlreiche Beteiligung und die Kranzpenden bei der Beerdigung meines Schwagers
Franz Reimann
 sage ich allen Kollegen und Bekannten sowie dem Gewerkschaftsverein der Schuhmacher meinen herzlichsten Dank.
 G. Galksch, Schwager
 nebst Familie Dalados.
 41272

Dr. Simmel, Prinsenz.

Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7 Sonntag 10-12, 2-4.
Lichtenrade 20 Pf.-Tour!
 Quadratmeter 20 M. verkauft Eigentümers Paris, Berlin, Graunstr. 27, Ecke Gleimstraße. Auch bei monatl. Raten von 40-50 M. 17963*

Zahn-Klinik G. Anders

Frankfurter Allee 153
 Sprechz. 2-8, Sonn. 9-1. Plomben, künstl. Zähne, schmerzlos, Zahnziehen.
Zahn-Klinik. beliebige Zahn- u. Kieferheilkunde. Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.

Kronleuchter

für Gas u. Petroleum
 kauft man am besten und billigsten in der Fabrik von
Siegel & Co.,
 Prinzenstraße 33.
 500 Kronen von 10-300 M.
 Auf Wunsch Teilzahlungen ohne Preisserhöhung. 35532*

Charles Fourier

Sein Leben und seine Theorien von August Bebel.
 Mit einem Porträt Fouriers und einer Abbildung des Palasthörs.
 Preis brosch. 2 M., geb. 2,50 M.

August Bebel: Die wahre Gestalt des Christentums

von Yves Guyot und Sig. Lacroix.
 Uebersetzt von einem deutschen Sozialisten.
 5. Aufl. Preis 50 Pf.

Glossen

zu Yves Guyots u. Sig. Lacroix: Die wahre Gestalt des Christentums.
 Beil. einem Anhang: Ueber die gegenwärtige und künftige Stellung der Frau.
 3. durchgesehene Auflage. Preis 30 Pf.

Unsere Ziele.

Eine Streitschrift gegen die „Demokratische Korrespondenz“.
 11. Aufl. Preis 30 Pf.

Attentate und Sozialdemokratie.

Nach einer Rede, gehalten am 2. November 1898.
 2. Auflage mit einem Nachwort. Preis 20 Pf.

Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie.

Preis 20 Pf.
 Die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts im Königreich Sachsen. Preis 1 M.

Christentum und Sozialismus.

Eine religiöse Polemik zwischen Herrn Kaplan Hohoff in Halle und Bebel.
 9. Auflage mit einem neuen Vorwort. Preis 10 Pf.
Die Frau und der Sozialismus. Preis geb. 2,50 M.
Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien. Preis 1 M.
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.



Hygienische

Bedarfsartikel. Neuester Katalog. H. Unger, Commisvorenstraße Berlin NW., Friedrichstraße 91/92.

Ein Anarchistenprozeß in zweiter Auflage.

Im März vorigen Jahres verurteilte das Berliner Landgericht I drei Anarchisten, und zwar den Tuchmacher Frauböse zu 9 Monaten, den Hutmacher Fritz Müller zu 3 Monaten und den Maurer Müller zu 4 Monaten Gefängnis wegen Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten und Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze und Verordnungen sowie zu strafbaren Handlungen.

Die zweite Verhandlung fand nun am Mittwoch vor der ersten Strafkammer am Landgericht I statt. — Der erste unter Anklage stehende Artikel ist am 18. Januar 1906 erschienen. Der Verfasser geht von der Annahme aus, daß die sozialdemokratische Partei am 21. Januar 1906 Straßendemonstrationen zu Gunsten einer Veränderung des preussischen Landtagswahlrechts geplant, nach Bekanntwerden der politischen Gegenmaßnahmen aber abgesehen worden sei.

Als die Angeklagten vernommen werden, machte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Brandmeister, Bedenken gegen die Fähigkeit Müllers, ein Blatt zu redigieren, geltend, weil Müller doch nur Maurer sei. Demgegenüber konnten die Angeklagten Frauböse und Müller darauf hinweisen, daß sie ja auch nur Arbeiter seien, daß bezüglich Müllers aber feststeht, daß er Artikel geschrieben hat und daß Frauböse ja als der eigentliche Leiter des Blattes und der anarchistischen Föderation von der Anklage angesehen wird.

Um festzustellen, daß Müller den mit „Seemüller“ unterzeichneten Artikel verfaßt hat, wurde unter anderen Zeugen auch der Kriminalkommissar Kunze vernommen. Er sagte, der Volksgesundheitsrat habe im Jahre 1905 oder 1906 eine anarchistische Versammlung stattgefunden, der Kommissar, welcher bei jener Gelegenheit die Anarchisten zu überwachen hatte, habe nach Berlin geredet, Fritz Müller aus Weihenau (der jetzige Angeklagte), sei von seinen Magdeburger Genossen als „Seemüller“ beehrt worden.

Staatsanwaltschaftsrat Lindow vertrat hinsichtlich des ersten Artikels die Ansicht: Wenn derselbe sich auch polemisch gegen die Sozialdemokratie wende, so verberge sich doch unter dieser Polemik nach mancher anderer. Der Artikel reize die Proletariat zu Gewalttätigkeiten gegen die besitzende Klasse auf. Es werde zu Straßendemonstrationen aufgefordert und gesagt, bei dieser Gelegenheit solle man mit Wägen die Klinge kreuzen. Wägen sei in diesem Sinne als Repräsentant der besitzenden Klasse anzusehen, mit der das Proletariat „die Klinge kreuzen“ solle. Aus den weiteren Ausführungen des Artikels: es werde sich bei solchen Versuchen zeigen, ob unsere Soldaten nicht auch, wie die russischen, schöne Lieder in die Luft schreien, und weiter: es sei eine Kamekai, wenn ein Politiker Entgegenkommen von den Besitzenden erwarte, ebenso wie aus dem Hinweis auf die russische Revolution gehe hervor, daß die Proletariat gegen die Besitzenden Gewalt anwenden sollen. Die Aufforderung zu Straßendemonstrationen, die in diesem Sinne doch nur als bewaffnete Demonstrationen gedacht werden könnten (!), sei eine Aufforderung zu strafbaren Handlungen nach § 111 des Strafgesetzbuches. Wenn auch die Aufforderung nicht in expressen Worten erfolgt sei, so lasse doch der Artikel den Willen zu solcher Aufforderung erkennen. In dem zweiten Artikel, dessen Verfasser nicht bekannt ist, werde die Einheit der Arbeiter der Einheit der Hausknechte und Schmarotzer gegenübergestellt und gesagt, zwischen diesen gebe es keine Versöhnung, so lange „wir“ Knechte sind. Mit „wir“ seien die deutschen Proletariat gemeint, diese würden also aufgereizt, gegen die Hausknechte und Schmarotzer, womit die Besitzenden gemeint seien, Gewalt anzuwenden. In einem bestimmten Tage soll alles stillstehen, das sei eine Aufforderung zum Generalstreik, der doch nur unter Kontraktbruch begangen werden könne (!), also eine Aufforderung zu strafbaren Handlungen. Nachdem der Staatsanwalt auch die Frage der Täterschaft erörtert habe, beantragte er gegen alle drei Angeklagten dieselben Strafen, welche im ersten Urteil ausgesprochen worden sind.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Halpert, beantragte die Freisprechung aller Angeklagten. Zur Begründung des Antrages führte er unter anderem aus: Wenn man von der falschen Voraussetzung ausgehe, daß der Anarchismus seine Ziele mit Gewalt durchsetzen wolle, wenn man so voreingenommen sei, alle Anarchisten für Bombenwerfer und Gewaltmenschen zu halten, dann gebe es wohl keinen Artikel, der vor dem kritischen Auge eines solchen Verdachtes bestehen könne. Nur dadurch, daß der Staatsanwalt die Anarchisten für eine Partei der Gewalt hält, könne er zu seinen Schlussfolgerungen kommen. Auslegungen, wie sie der Staatsanwalt machte, erinnern an das bekannte Wort Tolstojans: „Geht mir von einem politischen Gegner nur drei Seiten und ich bringe ihn in die Kasse.“ Wenn man so die Artikel interpretiert, dann finde ich allerdings etwas Strafbares, nämlich diese Interpretationsmethode, aber nicht der Inhalt der Artikel. Bei unbefangener Prüfung des Inhalts zeige sich, daß der erste Artikel eine Polemik gegen die Sozialdemokratie sei und daß er rein theoretisch und abstrakt die Frage erörtert, unter welchen Voraussetzungen sich Anarchisten an Straßendemonstrationen beteiligen können. Zur politischen Verblendung und falsche Vorstellung vom Anarchismus könne zu der Auffassung kommen, daß hier zu Gewalttätigkeiten aufgefordert und zum Ungehorsam, zu strafbaren Handlungen aufgefordert werden solle. Straßendemonstrationen seien auch bei uns nicht verboten, sie seien keine strafbaren Handlungen. Nun sage der Staatsanwalt, eine Demonstration nach anderer Richtung wie die der Sozialdemokraten werde gefordert. Diese andere Richtung, das sei der gewaltsame Umsturz. Die Artikel bieten keinen Inhalt zu solcher Forderung. Der Staatsanwalt glaube wohl, weil erst vom Klingekreuzen und dann von der Demonstration in anderer Richtung die Rede ist, daß er „die Klinge kreuzt“ werde und

daß dann die Revolution mit Sense und Heugabel kommt. Diese Auffassung des Staatsanwalts sei irrig. In dem Revisionsurteil des Reichsgerichts werde ausgeführt, der Vorderrichter habe in dem Artikel eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten, dann zum Kampf gegen die besitzenden Klassen, zum Blutvergießen und zum Mord gefunden. Im Anschluß hieran sage das Reichsgericht: „Ob hiermit der Sinn des Artikels richtig wiedergegeben ist, ist Sache der Auslegung und somit unserer Revision entzogen.“ In seiner Weise sage hiermit das Reichsgericht: Wir dürfen zwar über die Auslegung nichts sagen, halten sie aber nicht für zutreffend. Was den zweiten Artikel betrifft, so sei derselbe ein Jubiläumartikel, der naturgemäß Gebrauch von schwunghaften Phrasen mache, die nur bildlich gemeint sein können. Würde man in der Weise, wie der Staatsanwalt diesen Artikel auslegt, die Artikel betrachten, welche in früheren Jahren am Sedanfest in den Zeitungen erschienen, dann würde man in jedem derartigen Artikel eine Aufforderung zum Kriege gegen Frankreich erblickt haben. Das Proletariat solle an einem Tage in ganz Europa mit geballter Faust durch die Straßen ziehen. Das solle eine Aufforderung zur Revolution sein? Der Staatsanwalt verstehe die revolutionäre Phrase nicht oder er überschätze ihre Wirkung. Eine Aufforderung zum Generalstreik sei keine Aufforderung zu einer strafbaren Handlung, denn der Generalstreik, selbst wenn er unter Kontraktbruch begangen werde, sei nicht strafbar. Im einzelnen führte der Verteidiger aus, daß durch die Artikel weder § 130, noch § 110 oder § 111 verletzt sei, daß aber, falls das Gericht eine Straftat annehme, nur Müller als Täter in Frage komme, und daß für den Fall seiner Verurteilung eine Geldstrafe ausreichend wäre.

Landgerichtsdirektor Brandmeister sagte bei Verurteilung und Begründung des Urteils unter anderem: Das Gericht halte für festgestellt, daß Müller wirklich Redakteur und keine vorgeschobene Person ist. Müller sei wahrscheinlich Verfasser des mit „Seemüller“ unterzeichneten Artikels, erwiesen sei es aber nicht, deshalb ist Müller freigesprochen. Frauböse sei zwar nur geschäftlicher Leiter der Zeitung gewesen, als Leiter der anarchistischen Föderation habe er aber ein großes Interesse am Zustandekommen und auch am Inhalt der Zeitung gehabt, er habe doch kontrollieren müssen, ob der Inhalt den Zielen der Föderation entspricht. Es sei zwar nicht erwiesen, daß er die Artikel vor der Drucklegung gekannt hat, er werde sie aber in der Zeitung selbst vor deren Verlesung gelesen haben. Das nehme das Gericht an und halte demnach die Beteiligung Frauböses für festgestellt. Beide Artikel verstoßen nach Ansicht des Gerichts gegen § 130 des Strafgesetzbuches. Die Besitzenden und die Besitzlosen würden gegeneinander aufgereizt, es werde das Beispiel der russischen Revolution zur Nachahmung empfohlen. Daß an eine Veränderung der bestehenden Staatsordnung auf gewaltsamem Wege gedacht sei, gehe aus der Tendenz der Zeitung hervor und daraus, daß sie sich an den revolutionären Teil des Proletariats wende. Im zweiten Artikel würden Arbeiter und Schmarotzer, Herrschende und Knechte, Bourgeoisie und Proletariat einander gegenübergestellt und zu Gewalttätigkeiten aufgereizt. Der Tatbestand des § 130 sei damit erfüllt. Ein Verstoß gegen § 110 und 111 liege nicht vor, denn es sei nicht zum Ungehorsam gegen bestimmte Gesetze und nicht zur Begehung bestimmter strafbarer Handlungen aufgefordert. Hinsichtlich des Strafmaßes habe das Gericht erwoogen, daß die Anarchisten durch die Vorgänge in Rußland aufgeweckt waren und daß man bei so phrasenreichen Artikeln nicht jedes Wort ernst nehmen dürfe. Andererseits sei der Ton der Artikel gehässig und gefährlich. Frauböse sei als die treibende Kraft anzusehen. Das Urteil ergeht dahin: Frauböse und Müller sind jeder zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, Müller ist freigesprochen.

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Dräsel, Neue Friedrichstr. 35, statt. Anträge der Mitglieder müssen spätestens acht Tage vor derselben dem 1. Vorsitzenden eingereicht werden. Zahlreicher Besuch erwartet. Der Vorstand.

Nieder-Barnim. Am Sonntag, den 10. März, nachmittags 2 Uhr, findet im Lokale von Weigelt in Kummelsburg, Färtschmidtstraße, eine Generalversammlung des sozialdemokratischen Kreiswahlvereins Nieder-Barnim statt. Tagesordnung: 1. Kassen- und Jahresberichterstattung, 2. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre, 3. Anträge, 4. Rückblick auf die Reichstagswahl, Referent: A. Stabthagen, 5. Kreisangelegenheiten. J. A.: G. Freiwaldt.

Wannsee. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr: Diskutierabend. Sonnabend, den 9. März, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Parteilokal „Fürstehof“. Vollzähliges Erscheinen erwartet. Der Vorstand. J. A.: Wilh. Pojezender.

Berliner Nachrichten.

Der Armenetat für 1907

schließt ab mit einer Einnahme von . . . 803 200 Mark und einer Ausgabe von . . . 11 489 500 „ so daß die Stadt einen Zuschuß von . . . 10 686 300 Mark zu zahlen hat, für das Etatsjahr 1906 211 900 Mark weniger. Die Etatsvorlage der Armendirektion, welche mit einer Mehrausgabe von 47 500 Mark abschloß, ist demnach durch den Magistrat und wohl in erster Linie durch den Rämmerer erheblich zurechtgestutzt worden.

Während in früheren Jahren durchschnittlich drei Prozent mehr für Almosenempfänger, Pflegegelder und Extraausgaben eingestellt wurden, da man ja mit einer Bevölkerungszunahme von 30—40 000 Köpfen zu rechnen hat, ist in diesem Jahre davon abgesehen worden, wahrscheinlich, um den gesamten Etat nicht noch durch erhöhte Armenunterstützungen zu belasten und dadurch die 100 Proz. noch mehr ins Schwanken zu bringen. Dieser Umstand veranlaßt schon unseren Genossen Vorgänger, in seiner Etatsrede darauf hinzuweisen, daß die Unterstützungsfrage sowohl für Almosenempfänger als auch für die Pflegekinder zu niedrige seien, daß die Armenkommissionsmitglieder zu sehr an den bescheidenen Sätzen früherer Jahre festhielten und den Teuerungsberechnungen nicht Rechnung trugen. Dieser Hinweis ging Herrn Cassel wider den Strich; er stellte die Behauptung auf, daß von den Armenkommissionen genügend gefasche und daß es eine Verleumdung für die treuen Mitarbeiter der Stadt sei, wenn man derartige Vorwürfe gegen die Stadt erhebe. Berlin könne stolz sein auf sein Armenwesen. Herr Cassel scheint die Rückweisungen über die Beträge nicht zu kennen, auf welche sich die Behauptungen unserer Genossen stützen.

Wir wollen sie ihm etwas näher bringen. Am 31. März 1906 waren nach dem amtl. Bericht der Armenverwaltung vorhanden:

A) Almosenempfänger mit einem Unterstützungsfaß

Table with 4 columns: Age group, Total, Male, Female. Rows include age groups from 3-6 to over 80.

Von diesen 33 813 Almosenempfängern erhielten also noch 10 367 oder mehr denn 30 Proz. 12 M. und weniger. Hierfür sollen Miete, Kleidung und Essen bestritten werden.

B. Pflegegeldempfänger sind vorhanden mit einem Pflegegeld von monatlich:

Table with 4 columns: Age group, Male, Female. Rows include age groups from 3-4 to over 10.

Für die 11 853 Pflegekinder wird also in 4254 Fällen noch ein Betrag von monatlich 6,50 M. gezahlt. Wie man mit einer solchen Summe ein Kind erhalten kann, wird uns Herr Cassel wohl gelegentlich der Beratung des Armenetats beweisen.

Es mag noch darauf hingewiesen werden, daß die Waisenverwaltung folgende Beiträge, gleichgültig, ob das Kind in Anstalts- oder Familienpflege ist, für notwendig erachtet:

Table with 2 columns: Category, Amount. Rows include costs for children in 1st, 2nd, 3rd, 4th, 5th, 6th, 7th, 8th, 9th, 10th, 11th, 12th, 13th, 14th, 15th, 16th, 17th, 18th, 19th, 20th, 21st, 22nd, 23rd, 24th, 25th, 26th, 27th, 28th, 29th, 30th, 31st, 32nd, 33rd, 34th, 35th, 36th, 37th, 38th, 39th, 40th, 41st, 42nd, 43rd, 44th, 45th, 46th, 47th, 48th, 49th, 50th, 51st, 52nd, 53rd, 54th, 55th, 56th, 57th, 58th, 59th, 60th, 61st, 62nd, 63rd, 64th, 65th, 66th, 67th, 68th, 69th, 70th, 71st, 72nd, 73rd, 74th, 75th, 76th, 77th, 78th, 79th, 80th, 81st, 82nd, 83rd, 84th, 85th, 86th, 87th, 88th, 89th, 90th, 91st, 92nd, 93rd, 94th, 95th, 96th, 97th, 98th, 99th, 100th.

Die Kosten für ein Kind, welches in Kostpflege gegeben war, betragen ausschließlich der Verwaltungskosten 212 M.

Daß der Betrag der gewährten Extra-Unterstützungen an nicht laufend unterstützte Personen ebenfalls nur ein sehr bescheidener war, mögen folgende Zahlen nachweisen: Für 62 451 einzelne Zuwendungen wurden 707 978,76 M. im Etatsjahr 1905/06 verausgabt oder pro Unterstützung 11,40 M.; daß auch mit einem solchen Betrage nur wenig geholfen ist, versteht sich angesichts der herrschenden Teuerung ohne weiteres.

Es steht eben fest, daß ein Teil der Armenkommissionsvorsitzender und Mitglieder nicht der Aufforderung des Stadtrats Wainstberg: „in humaner Weise ihres Amtes zu walten“ nachkommen, sondern dessen zweiten Spruch: „andererseits nicht zu vergessen, daß sie öffentliche Mittel verwalten“ mehr berücksichtigen. Diese Tatsache wird durch die Ungleichheit der Unterstützungen in den einzelnen Kommissionen nachgewiesen.

Für die Entsendung von Kindern und Erwachsenen in Heilstätten, Erholungsstätten und ähnlichen der Krankenpflege- und der Genußmindernden dienenden Anstalten und Einrichtungen waren von der Armenverwaltung 150 000 Mark in den Etat eingestellt. Wie im vorigen Jahre hat auch in diesem Jahre der Magistrat diesen Posten gestrichen; derselbe erkennt trotz der Entscheidungen des Bundesamtes für das Heimatwesen keine solche Pflicht der Stadt an; andererseits will er aber auch kein direktes Verbot erlassen, wie in der Armenverwaltung wiederholt mitgeteilt wurde. Bisher wurden die Kosten, soweit dies möglich war, aus Wohltätigkeitsfonds gedeckt. Da diese aber in den letzten Jahren nicht ausreichten, so kamen erhebliche Etatsüberschreitungen im Titel 9 des Armenetats vor, und um diese zu vermeiden, wurde obiger Betrag von der Direktion eingestellt. Von der Notwendigkeit der Einstellung eines solchen Betrages legen folgende Zahlen ein bereites Zeugnis ab:

Es wurden verausgabt im Jahre:

Table with 2 columns: Year, Amount. Rows for 1903, 1904, 1905.

und im Jahre 1906 dürfte die letzte Summe noch überschritten sein. Dabei wurden die Entsendungen nur vorgenommen, wenn die Notwendigkeit durch den Armenarzt festgestellt war. Hielt derselbe die Entsendung nur für wünschenswert, so erfolgte die Ablehnung des Gesuchs, trotzdem die Fürsorgestelle für Lungenkranke die Aufnahme in eine Erholungsstätte dringend befürwortet hatte. Es konnten somit nur rund 2000 Kinder berücksichtigt und vor Siechtum und frühem Tod bewahrt werden.

Die Entscheidungen des Bundesamtes für das Heimatwesen haben wiederholt gezeigt, daß unter Umständen auch die Gewährung eines Landaufenthaltes an einen hilfsbedürftigen Kranken eine notwendige Form der Armenunterstützung sein kann; so die Entscheidungen in Prozessen, auf Erstattung der verausgalteten Kosten: Steint gegen Hamburg im Juni 1898, Hamburg gegen Königsberg im September 1899 und zuletzt im November 1906 im Prozeß Charlottenburg gegen den Ortsarmenverband zu Deutsch-Bissa.

Aus den Gründen ist hervorzuheben, daß das Bundesamt in seiner Rechtsprechung wiederholt anerkannt hat, daß nicht bloß die Unterbringung in einer Krankenanstalt, sondern unter Umständen auch die Gewährung eines Landaufenthaltes und insbesondere bei Lungenkranken die Behandlung in einem Luftkurorte zu den Aufgaben der öffentlichen Armenpflege gehört. Will sich die Hauptstadt des Deutschen Reiches diesen Gründen verschließen? Ist für solche sozialen Aufgaben kein Geld vorhanden? Die Prüfung dieser Frage werden unsere Genossen vornehmen, indem sie bei Beratung des Armenetats die Einstellung der verlangten 150 000 M. fordern.

Der gesamte Armenetat der Stadt Berlin zeigt aufs deutlichste, daß Berlin auf diesem Gebiete noch weit im Rückstande ist und daß hier noch sehr, sehr viel getan werden muß. Unsere freisinnige Mehrheit im Noten Hause hat gar keine Ursache, mit diesem Etat noch zu prunken, wie dies noch öfter geschieht, sondern hat alle Veranlassung, ihn nur mit einem Gefühl der Beschämung zu erwähnen. Gerade den Ärmsten der Armen gegenüber wird mit einer Skrupellosigkeit verfahren, die recht unvortheilhaft abfällt von dem weitherzigeren Bemühen, wenn es gilt, denen Vorteile zuzuführen, die sich ohnehin in privilegierten Positionen befinden.

Der Ausfall an Steuern, den Berlin durch das Steuerprivileg der Beamten, Geistlichen und Lehrer, sowie dadurch erleidet, daß zahlreiche in Berlin beschäftigte Personen in den Vororten wohnen, ist ganz enorm und weit größer, als man allgemein annimmt. Der Steueranfall kann allerdings weder ziffernmäßig berechnet noch annähernd geschätzt werden. Wie bedeutend der Ausfall aber ist, ergibt sich aus folgendem: 19 in Berlin wohnhafte, 7 hiesigen Großbanken vorstehende Mitglieder versteuerten ein Einkommen von 3 1/2 Millionen Mark. Danach müßten 14 in den Vororten wohnende Bankdirektoren 100 800 M. Staatseinkommensteuer entrichten. Nach einer Aufstellung des Magistrats beträgt der Ausfall für Berlin, den dieses infolge des Steuerprivilegs der Beamten erleidet, bei einem Zuschlag von 100 Proz. zur Staatseinkommensteuer rund 1 828 000 M. und unter Diszurrechnung des Einkommens der aktiven und verabschiedeten Militärpersonen, soweit es bisher der Gemeinde-Einkommensteuer nicht unterliegt, rund 1 874 000 M. jährlich. Natürlich ist der Steueranfall bei den übrigen Personen ganz erheblich größer. Allen kommen die kommunalen Einrichtungen, insbesondere aber den Kindern in gleichem Maße zugute, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Beamten mit ihren Beiträgen zu den kommunalen Bedürfnissen gegenüber ihren mit dem ganzen Einkommen steuerpflichtigen Mitbürgern zurückbleiben.

Berliner Klub-Verein für Obdachlose. Im Monat Februar nächstigen im Männer-Abschl. 18 733 Personen, wovon 7101 badeten, im Frauen-Abschl. 4187 Personen, wovon 1114 badeten.

Ein schüdenbesessener Schuttmann. Der Berliner Schuttmann steht in dem Ruf, alles zu wissen und alles zu können. Wer wird es riskieren, von einem unserer Schuttmänner anzunehmen, daß er nicht fähig sei, die Größe eines Wagenfensters annähernd richtig zu schätzen? Ein Schöffengericht hat von einem als Zeuge auftretenden Schuttmann das angenommen.

Vor den Schöffen der Abteilung 141 des Amtsgerichts Berlin-Mitte stand ein Wäckermeister W. aus Reinickendorf, dem von der Berliner Polizei ein Strafmandat aufgepackt worden war, weil sein mit einem feinen Klauendach versehenes Brotwagen so eingerichtet sei, daß dem Kutscher nicht die polizeilich geforderte freie Aussicht nach allen Seiten (§ 2 der Straßenordnung für Berlin) ermöglicht werde. Der Wäckermeister wehrte sich gegen das Strafmandat, indem er behauptete, die in den Seitenwänden des Wagens rechts und links vom Kutscherstuhl angebrachten Ausschnitte seien groß genug, um freien Ausblick zu gestatten. Das Schöffengericht, das auf seinen Antrag hierüber entscheiden sollte, hörte als Belastungszeugen den Schuttmann, der auf der Straße den Wagen gesehen und den Besitzer angezeigt hatte. Der Schuttmann betonte ohne Zögern, die Weite der Öffnungen in den Seitenwänden habe nur zirka 30 Zentimeter im Quadrat betragen, und das genüge eben nicht. „Na, also!“ sagte der Vorsitzende. Doch da entfaltete der Angeklagte einen mitgebrachten Wogen Papier und präsenzierte ihm dem Gericht mit dem Bemerkten, das sei die tatsächliche Weite der Öffnungen. Er habe sie in Gegenwart eines Polizeibeamten ausgemessen, sie betrage 45 Zentimeter zu 45 Zentimeter, und das genügt. Erst jetzt wurde der schüdenbesessene Schuttmann unsicher und sagte kleinlaut: „Na, gemessen habe ich nicht.“ Dem Anwalt blieb hiernach nur übrig, selber die Freisprechung zu beantragen. Es müsse, so sagte er, angenommen werden, daß der Schuttmann falsch geschätzt habe; bei einem vorbeifahrenden Wagen sei das ja leicht möglich. Das Gericht erkannte dann auch auf Freisprechung.

Hätte der Angeklagte nicht diese auf das Auge berechnete Demonstration als Beweismittel benutzt, so wäre er wahrscheinlich verurteilt worden. Weder der Vorsitzende noch die beiden Schöffen kamen auf die Idee, daß der Belastungszeuge vielleicht gar nicht fähig sei, richtig zu schätzen. Unseres Erachtens sollte freilich bei jedem Zeugen, der sich vor Gericht im Abschätzen von Länge, Flächengröße, Zeitdauer usw. produziert, sofort durch eine Probe festgestellt werden, wie groß oder gering sein Schätzungstalent ist. Diejenigen unserer Leser, die etwa selber nicht richtig schätzen können, mögen sich zwei Wogen Papier zurecht schneiden, von denen der eine 45 Zentimeter lang und 45 Zentimeter breit, der andere nur 30 Zentimeter lang und 30 Zentimeter breit ist. Wenn sie die Wogen gegen einander halten, dann werden sie staunen, wie jemand sich so sehr verschätzen kann. Dem Polizeipräsidenten empfehlen wir, diesen Beamten von der Straße wegzunehmen und nur noch im Bureau dienst zu beschäftigen oder aber ihn erst mal eine Zeitlang in einer Volksschule Uebungen im Schätzen vornehmen zu lassen. Es ist gewiß keine Schande, sich von 30 Zentimeter bis zu 45 Zentimeter zu verschätzen; die meisten Menschen (die Richter eingeschlossen) ahnen gar nicht, wie schwer es überhaupt ist, annähernd richtig zu schätzen. Aber ein Beamter, der das fertig bringt, darf mindestens nicht Gelegenheit erhalten, durch falsches Schätzen anderen Leuten vertriehliche Schererei zu betreiben.

Lebendig kann dieser falsch schätzende Beamte sich freuen, daß er Schuttmann ist und als Belastungszeuge aufzutreten hatte. Jedes Gericht wird ohne weiteres voraussetzen, daß er nach bestem Wissen ausgesagt hat und daß er an einer falschen Aussage keinerlei Interesse hätte. Würde das aber mit gleicher Gültigkeit der Ueberzeugung vorausgesetzt werden, wenn etwa ein Privatmann als Entlastungszeuge sich zugunsten des Angeklagten ebenso sehr verschätzt hätte, wie hier der Schuttmann als Belastungszeuge sich zugunsten des Angeklagten verschätzt hat?

Eine Jagd nach Menschenwild wurde gestern auf dem Gesundbrunnen veranstaltet. Ein Arbeitsbursche war von Steintin als blinder Passagier in einem Personenzuge nach Berlin mitgeführt und als er auf dem Bahnhof Gesundbrunnen ausstieg, wurde er festgenommen und einem Schuttmann übergeben. Auf dem Transport zur Wache entwich er dem Schuttmann und eilte nach dem Laubenterrain an der Bellerophonstraße, von dem Beamten und zahlreichen Passanten verfolgt. Nach einer langen Jagd wurde der arme Teufel, der an einem Stachelndraht hängen geblieben war, wieder gefaßt. Es ist geradezu wunderbar, daß sich abendreich noch zahlreiche Passanten an dieser Menschenjagd beteiligten und höchstens dadurch erklärlich, daß die Leute nicht wußten, welches Verbrechen der Arme begangen.

Beim Indianerspiel angeschossen wurde der 10jährige Schüler Karl Bede, der gestern aus Oranienburg der königlichen Klinik zugeführt wurde. In dem genannten Vorort beschäftigte sich eine Schar von Kindern mit Indianerspielen. Einer der Knaben führte ein Taschenschloß bei sich und wollte mit diesem die Gegenpartei schrecken. Er gab blindlings einen Schuß ab und die Kugel drang dem nahe stehenden kleinen K. in den Kopf. Da zu der Entfernung des Geschosses eine schwierige Operation erforderlich wurde, mußte der verletzte Knabe auf ärztliche Anordnung nach einem Krankenhaus gebracht werden.

Zwei Frauen aus dem Fenster gestürzt. Auf schreckliche Weise bestanden sich zwei unglückliche Frauen das Leben zu nehmen. Gestern morgen stürzte sich die 53jährige Schneiderin Ottilie S., Weingartenstr. 6, in ihrer Wohnung aus dem Fenster hinaus. Sie hatte sich nach der dritten Etage hinaufbegeben, war aber von ihrem Bruder, der Verbaute geschloß hatte, verfolgt worden. Noch im letzten Augenblick rief er die Lebensmüde vom Fenster zurück und brachte sie wieder nach der Wohnung. Wenige Minuten später stürzte sie sich von dort auf die Straße hinab. Mit gebrochenem Kreuz und schweren inneren Verletzungen wurde sie in das Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht. Ihr Zustand ist hoffnungslos. Frau S. war seit einiger Zeit von ihrem Manne geschieden und beabsichtigte, in nächster Zeit wieder zu heiraten. Kürzlich wandte sich jedoch der neue Verwalter von ihr ab und jedenfalls aus Gram hierüber ließ sich die Bedauernswerte zu der Tat hinreißen. — Aus dem dritten Stockwerk stürzte sich die junge Frau des Wäckermeisters K., Flegelstr. 33, herab. Frau K. hatte im Wochenbett gelegen und als die Hebammen auf wenige Minuten das Krankenzimmer verließ, eilte die Patientin plötzlich an das Fenster und sprang mit einem Ausschrei in die Tiefe. In bedenklichem

Zustande wurde die Fermste in das Krankenhaus Besend gebracht. Auf dem Transport wurde sie von einem toten Kinde entbunden.

Der Storch auf dem Bahnhofs. Den Fahrgästen, die Dienstagabend auf dem Bahnhofs des Bahnhof Gesundbrunnen auf das Eintreffen der Jüge warteten, wurde eine seltsame Ueberbretzung zuteil. Sie hatten ganz plötzlich unbemerkt zumachs erhalten. Mitten auf dem Bahnhofs hatte ein junger Weltbürger das Licht der Welt erblickt. Die Wirtschafterin K. hatte einem Knaben das Leben geschenkt. Mutter und Kind wurden in das Lazarus-Krankenhaus gebracht.

Der Kaiser und Herr Bonn sollen sich, wenn die Hofjournalen recht berichten, am Dienstag, den 5. März, über den „Hund von Vaskerville“, welches Opus der Kaiser sich an eben diesem Tage im Berliner Theater vorspielen ließ, und besonders über die Vorgänge dieses Detektivstückes gegenüber dem „Sherlock Holmes“ glorreichen Andenken unterhalten haben. Der Kaiser, der kürzlich die Pflege der Klassiker den Franzosen empfahl, ist offenbar wieder einmal zu seiner Vorliebe für das Genre: „Charles Tante“ und „Sherlock Holmes“ zurückgekehrt. Der Geschmack ist eine höchst persönliche und rein private Sache. Deshalb sollte man aber auch die Offenheit mit den Kundgebungen dieses privaten Geschmackes durchaus verzeihen. Genau so wie mit den Reklamekünsten des Herrn Bonn, der bei dieser Gelegenheit dem Kaiser eine Anzahl seiner frisch gebundenen unsterblichen Werke überreichen ließ.

Zwei schwere Automobilunfälle haben sich gestern kurz hintereinander in der Reinickendorferstraße zugetragen. An der Ecke der Wiesenstraße wurde der neunjährige Schüler Alexander Kalkwitz, Reinickendorferstr. 90, beim Ueberfahren des Fahrdammes von einem entgegenkommenden Kraftwagen erfasst und zu Boden geschleudert. Er erlitt einen schweren Schädelbruch und fand im nahen Kinderkrankenhaus Aufnahme. — Vor der elterlichen Wohnung in der Reinickendorferstr. 104 geriet der 5 Jahre alte Georg Somelki unter ein Automobil. Am Kopf und am Rücken zog sich der kleine schwere Verletzungen zu. Die erste ärztliche Hilfe erhielt er auf der Unfallstation in der Lindowstraße.

Leider wird nicht mitgeteilt, welchem Besitzer diese Autos gehören. Es wäre gar nicht zu verwundern, wenn es sich auch bei diesen Automobilunfällen um ungeliebte Fahrer handelt, die von Unternehmern an Stelle der ausständigen Automobilführer eingestellt wurden und die Straßen unsicher machen.

Der Bräutigam unterm Automobil. Zu dieser in unserer Dienstagsnummer enthaltenen Notiz wird uns mitgeteilt, daß der Vorfall sich etwas anders als gemeldet zugetragen habe. Als Sonntag früh 4 1/2 Uhr ein Automobil den Kurfürstendamm entlang fuhr, ging ein Herr und eine Dame, die von dem Führer des Autos durch lautes Gekloppe gezwungen wurden, über die Straße. Da überholte ein anderes Auto den Führer, der gestoppt hatte, und in dieser Situation fing die Dame an zu schreien und rief den Herrn mit zuruck, so daß sie vor dem Kraftwagen niederfielen, und da der Kesselfahrer sehr schlüpfzig war, zwei bis drei Schritt vorwärts geschoben wurden. Der Dame ist nichts geschehen und der Herr hat nur einige Hautabrischungen am Gesicht davongetragen. Da es direkt an der Unfallstation war, wurde der Herr verbunden, worauf die mit dem Schreck dabongelommenen in einer offenen Droschke nach Hause fuhrten.

Warnt Eltern Kinder. In letzter Zeit ist es verschiedentlich vorgekommen, daß Kinder von Erwachsenen angefaßt und verschleppt wurden. So hatte am Montagmittag in der Zeit von 4—6 ein etwa 12jähriger blond Mann das 12jährige Mädchen der Schützen Chelente aus Mummelsburg, Kantstr. 49/50 wohnhaft, an sich gelockt und daselbst mißhandelt. Nach Angabe des dem Eltern später wieder zugeführten Kindes ist der Fremde mit dem Mädchen vom Bahnhof Riez-Mummelsburg bis Schlesiens Bahnhof gefahren, dort ausgestiegen und hat es durch mehrere Straßen in eine Wohnung geführt, wo er es vergewaltigte. Am Schlesiens Bahnhof soll er noch mit einem Briefträger gesprochen haben, woraus zu entnehmen ist, daß der Täter mit demselben bekannt ist. Es wäre erwünscht, wenn der Briefträger über die Person des Unholdes nähere Angaben machen würde.

Der Wintergarten hat für das Märzprogramm wiederum eine Anzahl tüchtiger Kräfte verpflichtet, von denen in erster Reihe Charlotte Biehe zu nennen sein dürfte. In der Fantastik „La Rain“ („Die Hand“), in der sie als Tänzerin Bilette die Hauptrolle spielt, ist sie ganz in ihrem Temperament, nachdem sie sich vorher durch einige hübsche Lieber als leistungsfähige Lieberfängerin eingeführt hatte. Außer einem Regeneried trug sie in vollendetem Form ein Volkslied in kölnischer Mundart vor. Einige nette Sachen brachten auch die Obersterzer zu Gehör, während 4 Damen sich als Athletinnen produzierten und an Kraft und Gewandtheit viele Athleten übertreffen dürften. Auch Paul Conchas, der Armeehelfer, ist wieder gewonnen worden; er spielt mit Kanonenkugeln und Granaten, als ob es Kinderpielzeug wäre. Große Heiterkeit rief Rich Orford mit ihren dreifürten Elefanten hervor. Man sollte es kaum glauben, daß es gesungen konnte, diesen plumpen Tieren eine solche Anstellung beizubringen, wie sie dieselbe in den Vorführungen betätigten. Weisheitsweise ist der eine als Kinderwärterin so wohlgezogen, daß er ein Baby — im Hüffel haltend — verwartet, um es dann in die Wiege zu legen und einzuliegen. Ein regelrechter Cafe-Wall beschließt die humorvolle Vorführung. Wertvoll ergänzt wird das Programm noch durch die Beiträge der Opernsängerin Louise Angerer und durch die Leistungen der komischen Musikanten des Barber Rischke-Trio und dem gewandten Jongleur Salerno.

Aus dem Märzprogramm des Walthall-Variété-Theaters am Weinbergsweg ragt vor allem „Die goldene Eva“ als „Glanznummer“ im wahren Sinne des Wortes hervor. Darum bisher die Penur an dieser Aufführung Anstoß nahm, ist nicht recht ersichtlich. Glaube man an Alexanderplatz etwa, daß sich Personen finden, die sich beim Anblick des mit Goldbronze überzogenen Oberwepers der darstellenden Dame entsetzen könnten? Die Darstellung selbst war eine formvollendete. In rascher Reihenfolge zogen die einzelnen Bilder vorbei, die Salome, die Angelispielerin, die Schiffahrt, die Jägerin auf der Lauer und schließlich „Ausgeträumt“. Beim letzten Bilde erwacht die Statue zum Leben und singt ein kleines Liedchen. Aus dem übrigen Teile des Programms sei erwähnt, daß Soubretten, Gymnastiker, Exzentriker, Kugelfahrer, Humoristen sich in bunter Reihenfolge abwechselten. Die Geschwister Perex zeigen sich dabei als geschickte Gymnastiker an drei feststehenden Leitern.

Im Gebrüder Herrnsfeld-Theater werden am nächsten Sonntag, nachmittag „Die letzte Ehre“ und „Gauflerer Jodel“ wiederholt, während abendlich die Komödie „Ein verrücktes Hotel“ gegeben wird.

Feuerwehbericht. Gestern früh hatte der 1. Löschzug einen Kellerbrand in der Straße An der Spandauer Brücke 15 zu löschen, wo besonders Holz brannte. Vorher hatte derselbe Zug in der Wundstr. 60 zu tun, wo ein Korb mit Wäsche und anderem brannte. Der 7. Zug wurde nach der Wundstr. 55 gerufen. Dort brannte unter großer Qualmentwicklung Stroh und anderes in einem Keller. Der 20. Zug löschte einen Brand in der Neuen Weinstr. 26. Dort waren Kisten mit Stroh und Verpackungsmaterial in Brand geraten. Der 17. Zug wurde wegen eines Unfalls alarmiert. Vor dem Hause Zimmerstr. 94 war ein Mann unter einen elektrischen Straßenbahnwagen geraten. Der Verletzte wurde befreit und nach der Charité gefahren. Ferner mußte ein Kellerbrand in der Brandenburgstr. 33 gelöscht werden. In der Elisabethstr. 49 hatte der 1. Zug einen Brand im linken Seitenflügel zu löschen, der auf einem Koffert entstanden war. Weitere Meldungen liefen noch aus der Friedrichstr. 66, Mantuffelstr. 6, Varinistr. 44 und anderen Stellen ein.

Charlottenburg.

Zu dem Generalversammlungsbereich des Wahlvereins Charlottenburg erucht und Genosse Gehrt mitzuteilen, daß seine Ausführungen in dem Bericht nicht richtig wiedergegeben sind. Wir kommen diesem Eruchen nach, bemerken jedoch, daß die falsche oder unzulängliche Wiedergabe seiner Ausführungen nicht unsere Schuld ist. Nach der Zufahrt hat Genosse Gehrt folgendes ausgeführt: I. Was für Gründe leiteten den Vorstand, die Verordnungen über den Ausfall der Reichstagswahlen in einer öffentlichen, statt in einer Wahlvereinsversammlung vorzunehmen? Da nach meiner Ansicht dieses eine Parteiangelegenheit ist und somit vor das Forum der Partei gehörte. II. Deshalb hat man gerade den Genossen Bernbard und nicht jemand anders als Referenten für diese Versammlung bestellt. Begründend sagte ich: Man hätte sich doch fragen müssen, daß nach dem unerwarteten Ausfall der Wahlen die Gegner durch dieses Thema stark angezogen würden und da war die Wahl des Referenten verkehrt. Denn aus der Vergangenheit Bernhards konnte man schließen, daß B. eher den Beifall der Gegner als den der Parteigenossen hervorzufen würde, denn nach meiner Ansicht geize B. nach dem Beifall der Gegner.

Higdorf.

In der vergangenen Nacht wurden von Spitzbuben in dem Hause Esterstr. 7 aus allen Wohnungen die Messingtüren von den Lefen gestohlen. Die meisten Wohnungen sind noch unbesetzt.

Zu dem Betriebsunfall, der sich am Dienstag voriger Woche in der Fabrik für Eisentonsiraktionen von Steffen u. Kölle ereignete, teilen wir mit, daß der verletzte Arbeiter Schulz in wenigen Tagen wiederhergestellt sein dürfte, da er sich nur leichtere Verletzungen zuzog.

Lichtenberg.

Der „Interessenzügel“ in Wahlen! Unsere Wahlnotiz in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ scheint bei dem Dreiblattchen von Lichtenberg ein geringes Verständnis der Situation ausgelöst zu haben. Wir hatten dem bürgerlichen Wahlkomitee für die ersten Stadtverordnetenwahlen ein herzliches „Glückauf!“ zugerufen. Soll doch dieses Komitee die Wahlen vorbereiten, nachdem dem geistigen Haupt der „Lichtenberger Bürger“ in der Bürgervereinsversammlung der Wertzuwachstener und deren Freunden Tatkraft gesichert worden hat. Nun hat der Verbandstag der Grundbesitzervereine im Bürgerhaushaus des Berliner Rathauses die Steuer in wohlberathenem Eigeninteresse prinzipiell abgelehnt. Das Dreiblattchen gibt folgendem Stoffeibel Raum: „Mit dieser starken prinzipiellen Ablehnung der Steuer glaubt man Wunder was zu erreichen. Wenn damit gebiet ist, geht zur Genüge hervor, wenn wir die Sonntagsnummer des „Vorwärts“ durchlesen. Der Lichtenberger Mitarbeiter stellt die These des Herrn Blonz legitem Vortrag im Bürgerverein, kein Stadtverordneter-Kandidat könne seine und seiner Freunde Unterstützung finden, der ein Anhänger dieser Steuer sei, in ihrer unüberwindlichen Deutlichkeit heraus und fügt den von innerer Freude diktierten Auf hinzu: „Glück auf!“ dem Stadtverordneten-Wahlkomitee mit dieser Wahiparole! Daß das alles anders als ein herzlichster Glückwunsch ist, braucht wohl nicht gesagt werden. Aber wenn, wie es unaussprechlich ist, unsere Gegner mit diesem Ausdruck des Herrn Blonz wuchern gehen, dann kann unter Umständen die neue Stadtverordnetenversammlung ein Aussehen erhalten, das sich so leicht keiner hat träumen lassen. Das heißt durchaus nicht, den Teufel an die Wand malen, sondern ganz kühl und nüchtern feststellen, was ist und was werden kann. Man möge niemals vergessen, daß die Stadtverordnetenversammlung nur zur Hälfte aus Eingeweihten besteht braucht. Es ist kaum anzunehmen, daß die Sozialdemokratie diese ganze Hälfte ins Stadtparlament senden wird. Aber, wenn Wirklichkeit wird, was jetzt nur als Schatten aufgetaucht ist, wenn sich hier ein Meierereien bildet, dem die große Menge des beschloßen Mittelstandes zuträuen kann, dann ist es möglich, daß auch der Rest der Hälfte an Männer fällt, die eo ipso für die Wertzuwachstener stimmen.“ — Das nun die Gegner der Wertzuwachstener, deren Bedeutung von uns durchaus nicht überschätzt wird — sintermalen die vorhandene Majorität der Interessenten dieser „Vermögenskonfiskation“ durch möglichst ungeschickte Gestaltung der Steuerordnung begegnen wird — alles daran setzen werden, bei der am Montag beginnenden letzten Gemeindevorstandswahl Männer ihres Herzens zu Mandaten zu verhelfen, ist verständlich. Es drängen sich auch im besondern die Vertreter der Terrängesellschaften an die „Raggebenden“ heran. Suche der Lichtenberger Bürger wird es sein, in allen Abteilungen diesen Feinden der gesunden Fortentwicklung der Gemeinde zu zeigen, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. Die Arbeiter, die Gewerbetreibenden, die Beamten, alle haben eine Verpflichtung, den Kandidaten der Sozialdemokratie zum Siege zu verhelfen, nur die sind gewillt und in der Lage, den Interessen der Gesamtheit zu dienen.

Treptow-Baumschulweg.

Eine große Feuerung bemächtigt sich gegenwärtig eines Teiles der hiesigen Bevölkerung. In einem Hause, Baumschulwegstr. 15, ist bei dem Schlächtermeister K. Typhus ausgebrochen; ein Kind ist bereits daran gestorben, während die beiden anderen Kinder nach dem Krankenhaus übergeführt worden sind. Kurz darauf sollen nicht nur die Eltern der Kinder, sondern auch bereits einige Kunden des Schlächtermeisters an Typhus erkrankt sein. Demnach scheint sich eine gefährliche Epidemie entwickeln zu wollen. Durchgreifende Vorsichtsmaßregeln seitens der Behörde dürften hier am Plage sein.

Ober-Schöneweide.

Zwei schwere Unglücksfälle ereigneten sich gestern auf der Treptowbrücke und Wilhelminenhoftstraße im Fliegerwerk. Auf der Treptowbrücke stürzte der Kutscher der Expeditionsskima Wanzel von der Edisonstraße kommend vom Wagen, wobei ihm das Hinterrad über den rechten Oberarm hinwegging und denselben fast vom Körper abtrennte. Dem Verunglückten wurde im Verbandsraum der Firma Hegewald ein Notverband angelegt und er alsdann ins Krankenhaus gebracht.

Im Fliegerwerk, der bekannten Akkumulatorenfabrik, erlitt ein Führer erhebliche Brustquetschungen dadurch, daß der Chauffeur eines Automobils beim Umdrehen verunfallt anstatt vorwärts rückwärts fuhr. Dem Führer, der sich unmittelbar hinter dem Automobil und an der Wand befand, wurde dadurch der Brustkasten eingeklemmt. Auch er mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Weißensee.

Von kommunalpolitischer Bedeutung ist die Amtsentfegung des Dr. Wape. So schreibt die „Weißenseer Zeitung“ und stellt hierbei Betrachtungen an über die Stellungnahme der einzelnen Gruppen in der Gemeindevorstellung. Sie mahnt zur Einigung der beiden sich gegenüberstehenden Vereine der Haus- und Grundbesitzer, denn sonst könne die Vertretung der Sozialdemokratie sich stets in einer Zentrumsrolle sehen lassen. Da sind zum Beispiel die Beschlüsse über die Gemeindevorstellung immer mit Restriktionen der Vertreter der dritten Wählerklasse gefaßt worden. Diese Restriktionen erscheinen vielen einsichtigen Kommunalpolitikern bedenklich, weil sie unabsehbare Folgen haben können. Andererseits hat die erfolgte Wahl des Genossen Schmutz zum Kreisabgeordneten auch über die Grenzen Weißensees hinaus eine gewisse Sensation erregt. An sich sei es nun recht erfreulich, daß die Vertretung der dritten Wählerklasse ebenfalls die Möglichkeit hat, positive Arbeit zu leisten. Also hier haben wir es: die Vertreter der dritten Wählerklasse haben nur während des Wape-Konfliktes positive Arbeit geleistet. Wilow macht Schule. Aus seinen eigenen Notizen sollte der Beobachtungsmann ersehen, wie die Vertreter der dritten Wählerklasse Anträge stellen und Anregungen geben, die allerdings der Gesamtheit der Einwohnerschaft zugute kommen, während diese gewöhnlich von der bürgerlichen Mehrheit unterdrückt und verworfen werden.

Und nun gar das Schreckliche: ein Sozialdemokrat als Kreis-
abgeordneter, der allerdings als einzelner positiver Arbeiter am
Friedrich-Karl-Werk vergeblich suchen wird. Den Vertretern der
dritten Wählerklasse, welche 2000 Wähler hinter sich haben, ge-
schieht es ganz recht, daß sie positiv unsicher sind, mög-
lich ist denn die bürgerlichen Vertreter da, welche
zwar 250 Wähler hinter sich haben; so will es die göttliche Welt-
ordnung. Es ist notwendig, daß keine Fraktionspolitik, sondern
Kommunalpolitik getrieben werde; nicht der Vorteil einer Partei,
sondern das Wohl des Ganzen sei maßgebend, heißt es weiter.
Nun, die Vertreter der dritten Wählerklasse sind in der glück-
lichen Lage, mit einem Kommunalprogramm aufzuwarten, dessen
Forderungen der Gesamtheit zugute kommen, was bei den bürger-
lichen Vertretern nicht der Fall ist, denn diese werden in der Haupt-
sache erst ihre Interessen wahren. Die Vertreter der dritten Wähler-
klasse werden auch in Zukunft auf dem Posten sein, und sollte ein
zweiter Papst erscheinen, so werden wir auch den niederreiten, mit
oder ohne die bürgerlichen Parteien.

Zegel.

Die letzte Gemeindevorstellung am Dienstag hat die von
unseren Genossen verschiedentlich gewünschte und beantragte Wert-
zuwachssteuer zur Beratung gestellt und nach langer 3/4stündiger
eingehender Debatte zur Annahme gelangen lassen. Die Wert-
zuwachssteuerordnung wird in Zegel schon zum 1. April in Kraft
treten. Die Debatte an sich war hochinteressant, namentlich durch
den Umstand, daß es im Laufe derselben gelang, die beiden Groß-
grundbesitzer in der Gemeindevorstellung derartig umzustimmen, daß sie
statt gegen die Steuer waren, obwohl sie dieselbe noch bei Beginn
der Verhandlung im Prinzip abgelehnt hatten. Erwähnenswert ist
auch das Bemühen des Gemeindevorstehers Vorkis, die vor-
geschlagenen Steuerfätze herabzumildern, während Genosse Lichten-
berg mehr als einmal den Versuch machte, die Bestimmungen zu
verschärfen. Allseitig wurde anerkannt, daß diese Art der Be-
steuerung durchaus gerecht und viel weniger die Entwicklung eines
Ortes hemmend sei, als etwa die Erhöhung der Einkommensteuer
um 20-30 Prozent, die sonst notwendig geworden wäre.
Dem Wunsch der Hausbesitzervertreter, die Bestimmung ab-
zuwählen, hielt Genosse Lichtenberg entgegen, daß die
Grundbesitzer, wenn sie Vorrechte wie die Zweidrittelmajorität
in der Gemeindevorstellung in Anspruch nähmen, auch die Lasten
tragen müßten. Er betonte besonders, daß nur große Gewinne
besteuert würden und bis zu zehn Prozent als naturgemäß zu er-
wartender Gewinn an sich steuerfrei bleibe. Hervorgehoben werden
soll auch die Antwort, die Gemeindevorsteher Vorkis auf die Fest-
stellung des Gemeindevorstehers Gullwein gab. Dieser meinte, die
Steuer werde bald vergessen sein, wie die Hofgartensteuer und der
Zoll auf Fleisch, und erhielt als Antwort vom Gemeindevorsteher Vorkis,
die Hofgartensteuer bewähre sich sehr schlecht, denn sie habe vor allem
die Ausländer vom Deutschen Reiche ab. Der Zoll auf Fleisch aber
sei von der arbeitenden Klasse nur ertragen worden, weil zurzeit
eine Hochkonjunktur in der Industrie vorliege. Bei der Einzel-
beratung der Steuerordnung wurde der Antrag unserer Genossen
Lichtenberg und Kodelke, von der zehnprozentigen Grenze abzusehen
und jeden Gewinn zu besteuern, abgelehnt. Ebenso wurde ein
Antrag der Genannten, einen Unterschied der ungebauten Grund-
stücke dahin zu machen, daß solche, die landwirtschaftlichen und ge-
werblichen Zwecken dienen, von denen, die die Spekulation brach-
liegen läßt, für die Besteuerung zu trennen seien, abgelehnt,
und auch der Antrag Lichtenberg, bei Schenkungen trägt die Steuer
der Beschenkte, fand keine Freunde. Die Steuerordnung wurde end-
lich mit geringen Änderungen nach dem Entwurf angenommen.
Die Steuerordnung enthält jetzt zunächst die bisherigen Be-
stimmungen der Umsatzsteuerordnung. Dann bestimmt § 5, daß
Wertzuwachssteuer von allen Grundstücken mit mehr als 10 Proz.
Gewinn beim Verkauf erhoben werden soll. Dieser Wertzuwachs
wird besteuert mit 5 Proz. bei einer Wertsteigerung von mehr als
10 bis einschließlich 20 Proz., mit 6 Proz. bei einer Wert-
steigerung von mehr als 20 bis einschließlich 30 Proz. und dann
steigend um je ein bzw. je zehn Prozent bis zu 20 Prozent bei
einer Wertsteigerung von mehr als 100 Prozent. Diese Höhe
kommen bei bebauten Grundstücken jedoch nur zur Erhebung, wenn
seit dem früheren Eigentumswechsel höchstens drei (im Entwurf
fünf Jahre) verstrichen sind. Beträgt der Zeitraum aber mehr als
drei Jahre, so wird die Hälfte der vorgenannten Höhe erhoben.
Die weiteren Bestimmungen beziehen sich mit den sonst überall üblichen
Bestimmungen und Ausnahmen in den Orten um Berlin. Schuldner
der Wertzuwachssteuer ist der Verkäufer. Die Gemeindevorstellung
erwartet eine Einnahme von etwa 30 000 Mark aus der Steuer.

Gerichts-Zeitung.

Unzüchtligkeitsquänter vor dem Reichsgericht.

Die „Schönheit“ und „Geschlecht und Gesellschaft“, heraus-
gegeben von Karl Samelkow, hatten es jenen Unzüchtligkeits-
genossen, deren Scham- und Sittlichkeitsgefühl in Aufwallung gerät,
wenn sie unbedeckte schöne Körperformen erblicken oder Artikel
über sexuelle Verhältnisse zu Gesicht bekommen. Sie zeigten auch
die Erhebung von Anklagen gegen die genannten Zeitschriften durch
das Landgericht Berlin I sprach die vermeintlichen Klüber
frei und betonte, daß die angeklagten unzüchtigen Artikel in „Geschlecht
und Gesellschaft“ gerade für das weibliche Schamgefühl ein-
treten. Trotzdem wurde Revision eingelegt. Der Reichsanwalt
trat für Berichtigung der Revision ein. Das Reichsgericht
gab am Dienstag diesem Antrage durch Urteil statt.

An demselben Tage hob es das am 20. August gegen den Buch-
händler Schildberger gefällte verurteilende Erkenntnis des
Berliner Landgerichts auf, das in einigen Novellen den Tatbestand
des § 184 Ziffer 1 des Strafgesetzbuchs erklarte. Die Aufhebung
und Zurückweisung zur Verhandlung an dasselbe Gericht erfolgte
aus einem prozessualen Grunde: die Vernehmung des als
Sachverständigen geladenen Schriftstellers cand. mod. Bab war
unterblieben.

Haftung der Besitzer von Hunden.

Der § 883 B. G. B., der den Tierhalter für alle Schäden der
ihm gehörigen Tiere verantwortlich macht, mahnt auch Hundebesitzer,
ganz unabhängig von irgend welchen polizeilichen Verordnungen,
zur größten Wachsamkeit über ihre Roter. Denn es kommt bei
einer Verletzung des § 883 B. G. B. nicht darauf an, ob dem
Hundeseigentümer bei der Bewachung irgend ein Verschulden trifft,
oder ob er gegen eine polizeiliche Vorschrift verstoßen hat. Er
haftet stets für den Schaden, den sein Hund anrichtet, wenn er nicht
beweist, daß der Schaden ausschließlich durch das Verschulden des
Geschädigten entstanden ist. Dieses eigene Verschulden findet bei
Kindern erst vom 7. Jahre an bis zum 18. Jahre Anwendung.
Hat ein Hund unter 7 Jahren mit einem Hunde gespielt oder diesen
genetzt, und ist es infolgedessen gebissen worden, so ist auch hier
der Tierhalter für allen Schaden — der bei Verlust von einigen
Fingern einige tausend Mark betragen kann — unbedingt ver-
antwortlich.

In einem solchen Rechtsstreit fordert die Quisbegerstochter
B., nebst ihrem Vater von dem Quisbegerstochter D. in Mangelwitz bei
Glogau Schadenersatz in Höhe von 2872,50 Mark nebst einer jähr-
lichen Rente von 600 Mark für die durch eine Dage des Beklagten
erlittenen Schädigungen. Und zwar ist der betreffende Hund, ein
sogenannter Fleischhund, eines Tages plötzlich auf die Klägerin
losgesprungen und hat ihr verschiedene Wunden beigebracht.
Bei der Klägerin hatte sich infolgedessen ein schweres Kennenleiden
entwickelt, das sie zum Ausschließen von mehreren Heilanstalten
nötigte.

Das Landgericht Glogau verurteilte den Beklagten zur Zahlung
von 2490,50 Mark nebst einer Rente von jährlich 300 Mark. Den
Betrag der Rente für eine Rente und den Aufschuß in Bad
Landed in Schölen, welche keinen Erfolg hatten, lehnte das Ge-
richt ab. In der Berufung gegen dieses Urteil verlangte die
Klägerin 288 Mark und eine Rente von 600 Mark. Auch

der Beklagte hatte Berufung gegen das landgerichtliche Urteil ein-
gelegt und um völlige Abweisung der Klage gebeten. Das Ober-
landesgericht Breslau gab der Berufung der Klägerin statt. Es
sprach ihr die Kosten für die Reise nach Bad Landed als gerecht-
fertigt zu und erklärte auch die höhere Rente dem Grunde nach
für gerechtfertigt.

Die gegen das oberlandesgerichtliche Urteil vom Beklagten ein-
gelegte Revision wurde vom vierten Zivilsenat des Reichsgerichts
zurückgewiesen.

Verfammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den zweiten Berliner
Reichstagswahlkreis hielt am Dienstag im Hofjägerpalast, Haien-
beide eine gutbesuchte Generalsversammlung ab. Nachdem man in üblicher
Weise die im letzten Halbjahr verstorbenen Mitglieder geehrt hatte,
gab der Vorsitzende Genosse Werner den Vorstandsbericht, wobei
er außer der Tätigkeit des Vereins unter anderem auch die Organi-
sationsverhältnisse des Kreises berührte. Den Versammelten
lag außerdem ein zusammenfassender gedruckter Jahresbericht
pro 1906 vor. Aus diesem und aus dem mündlichen Bericht
ist folgendes zu entnehmen: Die Agitation im Kreise wird nicht
nur durch die Ausdehnung, sondern ferner besonders durch die
soziale Verschiedenartigkeit der Bevölkerung in den einzelnen Stadt-
vierteln erschwert. Von einer einheitlichen, über den ganzen Wahl-
kreis gleichartig gestellten Agitation mußte deshalb vielfach ab-
gesehen werden. Wenn im Jahre vorher auf die Agitations-
veranstaltungen mehr Wert gelegt wurde, so hielt man 1906 die Klein-
agitation für angebracht, deren Erfolg verhältnismäßig gut war. Der
Mitgliederbestand stieg im Jahr 1906 von 8478 auf 4327, also um 1340 Mit-
glieder. Die Zunahme würde eine erheblich größere sein, wenn nicht von den
Mitgliedern (wohl hauptsächlich von den im Laufe des Jahres neu-
eingetretenen) zum Teil wegen Restierens von Beiträgen hätten
gestrichen werden müssen. Genosse Werner betrachtet es als seine
Pflicht, namens des Vorstandes den Bezirksführern nahezu legen,
von jetzt ab unter Heranziehung der ihnen zur Verfügung stehenden
Hilfskräfte tüchtig hinter den Säulen her zu sein und sie durch
Wahrung zum Höhlen zu bewegen, damit sie dauernd dem Verein
erhalten bleiben. Infolge fleißiger Agitation haben sich die „Vorwärts“-
Abonnenten der Kreis-Parteiabteilung von 5440 auf 7000 vermehrt. Die
Teilnahme der Mitglieder an den Zahlhabenden ließ viel zu wünschen
übrig. Vor allem müßten, meinte Werner, persönliche Streitigkeiten
und unliebsame Auseinandersetzungen den Zahlhabenden ferngehalten
werden. Für sachliche Unterhaltung und zur Belehrung sei genug
Stoff vorhanden. Flugblätter wurden im Laufe des Jahres, außer denen
zur Stadtverordneten- und zur Reichstagswahl, verbreitet gegen das
Dreiklassenwahlrecht 90 000 Exemplare, zur Demonstration am
18. März 90 000 Exemplare, gegen Reichs- und Zollwucher
85 000 Exemplare, gegen Heimarbeit 90 000 Exemplare, zur Ge-
winnung von Mitgliedern und „Vorwärts“-Abonnenten 90 000
Exemplare. Zur Reichstagswahl wurden fünf Flugblätter
in 457 000 Exemplaren sowie 280 000 Stimmzettel und
184 000 Schlepptettel und Wahaufforderungen verbreitet. —
Eine Inzestie ist es geworden, daß Genossen bei allen möglichen
Kleinigkeiten beim Vorstand die Einleitung des Ausschlußverfahrens
gegen Partei- und Vereinsmitglieder beantragen. — Der Kassen-
bericht, zu dem der Kassierer Genosse Schmidt noch einige Er-
gänzungen mitteilte, weist für das erste Halbjahr 1906 einschließlich
eines alten Bestandes von 1415,50 M. eine Einnahme von
17 440,01 M. und eine Ausgabe von 17 822,94 M. auf, so daß in
das zweite Halbjahr ein Bestand von 117,07 M. mit hinüber ge-
nommen wurde. In den Ausgabenposten waren enthalten 9220,39 M., die
der Parteilasse zuzuschießen, und 1800 M. für den Groß-Berliner Ver-
band. Die Gesamteinnahme im zweiten Halbjahr betrug 14 578,37
Mark, die Ausgabe 12 898,43 M., darunter 6200 M., die an den
Verbandskassierer abgeliefert wurden. Es blieb am Jahresschluß
ein Bestand von 1679,04 M. — Die Matinee 1906 erzielte einen
Ueberschuß von 5,80 M. Der Ueberschuß von der Matinee betrug
1267,75 M., der vom Sommerfest 1065,55 M. — Im Januar und
Februar 1907 ist die Zahl der Mitglieder noch um 300-400 gestiegen,
so daß der Verein jetzt über 5000 Mitglieder hat. — Dem Kassierer
wurde Decharge erteilt. — Nach kurzer Debatte über die allgemeinen
Gesichtspunkte des Vorstandsberichts wurde auch der Fall L a n t o w
nochmals zur Sprache gebracht. Man ging schließlich darüber zur
Tagesordnung über, nachdem von seiten des Vorstandes erklärt
worden war, Sanktionen könne ja durch Erfüllung seiner Pflichten gegenüber
der Partei, durch Mitgliedschaft im Verein usw., am allerbesten Schritte zu
seiner Rehabilitierung tun. — Ohne Debatte erklärte sich die Ver-
sammlung einverstanden mit dem Vorstandsvorschlag, die Anträge
von Genossen auf Eröffnung des Ausschlußverfahrens gegen
G e n n i g, Gastwirt A d o l f und Hofleger L e w i n abzulehnen.

Zu langen Auseinandersetzungen führte dagegen ein der Ver-
sammlung ebenfalls zur Genehmigung unterbreiteter Beschlus
des Vorstandes vom 17. Oktober 1906, den Antrag des Genossen
S a l f n e r auf Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen den Genossen
S c h r e n d, dem Verbandsbeamten vom Deutschen Metallarbeiter-
verband (Verwaltungsstelle Berlin), abzulehnen. Der jenem
Antrage zugrunde liegende Sachverhalt war kurz folgender: Anfang
August vorigen Jahres war bei der Firma Kofes ein Hofleger ge-
mähregelt worden, der versucht hatte, einen während des Glaserstreiks
dort tätigen arbeitswilligen Glaser zur Niederlegung der Arbeit zu
bestimmen. Nach vergeblichen Versuchen, die Wiederherstellung
des Gemüths zu erlangen, traten die bei Kofes
beschäftigten Hofleger in den Streik ein, obwohl die Schlichtungs-
kommission nicht Stellung genommen hatte. Von den Streikenden
gehörte 25 dem Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband
(Nichtung Biesenhal) und 5 dem Deutschen Metallarbeiter-
verband an. Genosse Wehrend als Beamter des Deutschen
Metallarbeiterverbandes versuchte nun, die ebenfalls streikenden
Mitglieder seines Verbandes zum Weiterarbeiten zu veranlassen
und drohte, als sie erklärten, gleich den übrigen weiter zu
streiken, er werde sonst Arbeitskräfte vom Radweil des Deutschen
Metallarbeiterverbandes schicken. Hierbei leitete ihn die Auffassung,
daß nach dem Tarif nicht nur bei Lohnifferenzen usw., sondern
auch bei Streitigkeiten stets erst die Schlichtungs-
kommission anzurufen sei und ein Streik unter Um-
gehung derselben unzulässig wäre. (Der Streik selbst wurde bald
durch Einigung beigelegt.) — Salfner begründete seinen
auf Ausschluß Wehrend abzulehnen Antrag, den er auf
die §§ 2 und 27 des Parteistatuts stützte, damit, daß Genosse
Wehrend zum Streikbruch aufgefordert und dadurch eine ehrlöse
Handlung begangen habe. In der Ausfertigung des ablegenden
vorläufigen Urteils des Wahlvereinsvorstandes wird nun nach
Feststellung des Tatbestandes gesagt: „Wenn Arbeiter ihren im
Kampf mit dem Unternehmertum stehenden Kollegen als Streikbrecher
in den Rücken fallen, wird diese Handlung den kassenbewußten Ar-
beitern als ehrlös gedankt, gleichviel ob der Streikbruch gegen
Mitglieder derselben oder einer anderen Organisation, oder gegen un-
organisierte verübt wird. Schlimmer aber noch als Streikbruch
ist die Anstiftung dazu, oder das Stellen von Streikbrechern. —
Wenn der Vorstand des Wahlvereins gleichwohl davon Abstand ge-
nommen hat, dem Antrage auf Einleitung des Ausschlußverfahrens
gegen Genossen Wehrend zuzustimmen, so geschah dies in der An-
nahme, daß er nicht aus ehrlöser Gesinnung gehandelt,
sondern weil er glaubte, daß im Hoflegergewerbe jeder ohne ver-
suchte Vermittelung der Schlichtungskommission ausgedrohten Streik
unzulässig sei.“

Genosse Wehrend, der dazu das Wort erhielt, ist u. a. wegen
der Gründe nicht zufrieden mit dem Urteile des Vorstandes.
Nach dem in Betracht kommenden Tarifvertrag hätte Wehrend als
Beauftragter des Verbandes, einer der vertragschließenden Par-
teien, gar nicht anders handeln können, als wie es geschah.
Ja, er sei als Verbandsbeamter dazu verpflichtet gewesen. Des-
halb sei es falsch, wenn die Gründe des Vorstandes Urteils trotz
Ablehnung der ehrlösen Bestimmung doch einen Vorwurf durchblicken
ließen. Tarifverträge müßten gehalten werden; der Wahlvereins-
vorstand scheine nicht ihr Wesen zu kennen. In zukünftigen gleichen

Fällen müßte er genau ebenso handeln. — Der zweite Vorsitzende,
Genosse Schneider, stellte zunächst gleich fest, daß der ganze
Vorstand aus Zentralisten bestehe und jeder Grund wegfalle,
hier etwa eine Gefolgschaft Biesenhals zu konstituieren. Der Ent-
scheid sei nach weislicher Überlegung und aus bester Überzeugung
gefallen worden.

Genosse Rosenberg hielt auf dem Standpunkt, daß die
Angelegenheit rein auf dem Gebiet gewerkschaftlicher Praxis liege,
und daß der Wahlvereinsvorstand es hätte überhaupt absehen
können, sich damit zu befassen. Vor allem hätte die Gewerkschafts-
organisation angegangen werden müssen. — Wehlich ließen sich
die Genossen G u t s c h m i d t und B ö t t c h e r aus.

Die Vorstandsmitglieder Kaufmann, Berner und
Schneider wiesen die Angriffe auf den Vorstand zurück. Alle
betonten sie, daß nur rein sachliche Erwägungen maßgebend ge-
wesen seien. Die Zukunftsfrage der politischen Organisation und
ihres Vorstandes als ihres Sachwalters wäre zweifellos gegeben.
Es brauche dafür ja nur auf die §§ 2 und 27 des Parteistatuts
und auf den in der Partei geltenden Grundsatz, daß Streikbruch
eine ehrlöse Handlung sei, verwiesen werden. Solange dieser
Grundsatz in der Partei gelte, solange müsse auch der Vorstand
auf Anträge eingehen, die ein Ausschließungsverfahren wegen ver-
meintlichen Streikbruchs und Anleitung zum Streikbruch ver-
langten. Einer Inanspruchnahme der Gewerkschaft habe es hier
nicht bedurft, eben weil, entgegen der Behauptung des Genossen
Wehrend, der Vorstand von Tarifverträgen und von dem,
was damit zusammenhänge, selber etwas verstehe und
der Tatbestand an sich nicht strittig ist. Im übrigen
könnten sich doch Genosse Wehrend und seine Freunde (die
ihm lebhaft applaudiert hatten) damit zufriedig geben, daß der
Vorstand die Ablehnung des Salfnerschen Antrages befürwortete.
Wenn die Sache von Biesenhal und auch von der „Einigkeit“ gegen
Wehrend ausgenutzt sei, so könne doch daraus dem Vorstand kein
Vorwurf gemacht werden.

Nachts gegen 12 1/2 Uhr wurde durch Beschluß der Versammlung
die Debatte geschlossen. Da jetzt noch neue Anträge aus der Ver-
sammlung eingingen, die nicht mehr zur Verhandlung kommen
konnten, so kam der Vorstand den Antragstellern insofern entgegen,
als er als Grundlage der Abstimmung nicht den schriftlichen
Entscheid mit den Gründen (siehe oben), sondern lediglich den Vor-
schlag auf Ablehnung des Antrags-Salfners wählte. Gegen ver-
einzelte Stimme beschloß denn auch die Versammlung: Das Aus-
schließungsverfahren ist nicht gegen den Genossen Wehrend ein-
zuleiten, da ihm eine unehrenhafte Handlung nicht zur Last fällt.
— Alle weiteren Punkte der Tagesordnung wurden bis zu einer
nächsten stattfindenden Versammlung vertagt, wo dann auch der
Bericht von den Reichstagswahlen gegeben werden soll.

Fünfter Wahlkreis.

Heber den Ausfall der Reichstagswahlen wurde am
Dienstag in einer Mitgliederversammlung des Wahlvereins, die in
den „Kustertalern“ stattfand, sehr eingehend debattiert. Das ein-
leitende Referat hielt der Parteisekretär Hermann Müller. Ledig-
lich vom parlamentarischen Gesichtspunkte aus betrachtet, so führte er
u. a. aus, erscheine das Wahlergebnis als eine schwere Niederlage
unserer Partei. Unter Berücksichtigung der gestiegenen Stimmzahl
aber sei das Kampffeld von uns behauptet worden. Wohl jedem
sei das Wahlergebnis überraschend gekommen, wenn sich auch, je
näher der Wahltermin heranrückte, die Zeichen mehrten, daß unsere
Gegner in einer Weise mobil machten, wie nie zuvor. Der Ver-
lust von Mandaten könne uns zwar nicht gleichgültig sein, doch
siehe sich, daß die Fraktion in ihrer jetzigen reduzierten Stärke als
Antrieber der Regierung genau dasselbe leisten wird wie
in der vorigen Legislaturperiode. Daß wir als Partei an Stroh-
kraft und Geschlossenheit nichts eingebüßt, sondern eher noch ge-
wonnen haben, sehen auch die Gegner ein, indem sie eingestehen,
daß erst jetzt von einem wirklichen Qualitätswert der sozial-
demokratischen Stimmen gesprochen werden könne. Neben der un-
gerechten Wahlkreisverteilung, der patriotischen Mobilisierung der
Nichtwähler, des unerhörten jüngerlichen und behördlichen Wahl-
drucks sowie der verkehrten Tätigkeit des „Reichsverbandes“
sei aber auch die eigene Vertrauenslosigkeit in vielen Parteilorten
Schuld an dem Wahlausfall. Haben es die Genossen in mehreren
Großstädten sogar unterlassen, sich in den Besitz der Wählerlisten zu
legen. Bezüglich der mehrfach bemängelten Stichwahl-
parole lag es an der ganzen politischen Konstellation,
daß wir mit dem reaktionären Zentrum in eine Kampflinie
kamen. Auch die Freistimmen müßten wir unterstützen, soweit
bei den Stichwahlen ausgeprochen Wahlrechtsfeinde als deren
Wegelanbiter in Betracht kamen. Trotz aller Abneigung gegen
derartige widerrechtliche Kompromisse sei es einer Partei wie der
unserigen nicht möglich, mit Bewehr bei Fuß zu stehen, wenn wir
die Wahl von erklärten Wahlrechtsfeinden verhindern können. Höchst
bebaue sich die Artikel von Calwer und Berner. Sie
liefern für die kapitalistische Kolonialpolitik die Begründung, nur daß
sie die Mittel dazu verweigern wollen. Für die Gegner existieren
derartige Schlussfolgerungen allerdings nicht, und mit Recht können
sie sagen, sie brauchen jetzt nur noch mit Calwer-Artikeln anstatt
mit Kolonialbaumwolle hauffieren zu gehen. Ein Ausschluß jener
beiden Genossen ihrer auch allgemein idiergetretenen Meinung
wegen wäre trotzdem unangebracht, denn die Meinungsfreiheit
in der Partei solle nicht beeinträchtigt werden. Allerdings haben
wir mit Nachdruck zu erklären, daß die Meinungen von Calwer
und Berner eben nur deren Privatmeinungen sind, mit denen
sie in der Partei so ziemlich isoliert stehen. Der Ein-
wand, als handle es sich bei dem Gros der Parteigenossen doch
ebenfalls nur um Privatmeinungen, sei durchaus unstatthaft, weil
hier mit überwältigender Majorität gefasste Parteitagtsbeschlüsse in
Frage kommen. Weniger ernst zu nehmen seien die Ergebnisse von
Bernhard. Derselbe gehöre eigentlich zur liberalen
Vereinigung, nicht aber zur Sozialdemokratie. Bernhard
hat es offenbar darauf angelegt, mit möglichst großem
Krach aus der Partei hinausgeworfen zu werden. Den
Gefallen könne man ihm ja tun; denn jemand,
der die Parteinstanzen derartig mißachtet und seine eigenen Wege
geht, gehöre nicht mehr zu uns. — Die wirkliche Ursache
unserer Verluste bei der letzten Wahl liege
eigentlich in dem großen Siege von 1903. Bei den
Gegnern hatte sich die Furcht eingestreift, daß, wenn es mit dem
Erfolge der Sozialdemokratie so weiter gehe, dann die Diktatur
des Proletariats bald über Deutschland hereinbräche; deshalb der
große Zusammenschluß gegen uns. Nicht wegen des angeblichen
Wangels an positiver Arbeit hat man uns bekämpft, sondern
weil wir gerade im Parlament so anher-
ordentlich viel positive Arbeit leisten wollten.
Redner erörterte dann die Ursachen des Abfalls der
Kleinräumer, Kleinhandwerker, Kleinbauern. Er wies ferner
auf die Spannung zwischen den freien Gewerkschaften und
den Hirsch-Dunderschen resp. christlichen Organisationen hin,
die uns ebenfalls einen erheblichen Abfall von Arbeiterstimmen gebracht
hat. Seien doch von Vertretern der letztgenannten Organisationen
an die sozialdemokratischen Kandidaten Anfragen gerichtet worden,
ob sie jene als gleichberechtigt anerkennen wollten. Inwiefern auf
einen Ausgleich der Spannung zwischen den einzelnen Gewerkschafts-
gruppen hingewirkt werden könne, das zu ermitteln sei und bleibe
in erster Linie Aufgabe der Gewerkschaften selbst. Gelingen der
Ausgleich nicht, so könne die Partei den christlichen oder Hirsch-
Dunderschen Gewerkschaften auch in Zukunft keine andere Antwort
geben, ebensoviele wie sie den Gegnern der Konsumvereine
einen anderen Bescheid geben wird, auch auf die Gefahr hin, daß
diese auch weiterhin gegen uns stimmen. — Viel Aufsehens sei dann
noch von dem Abfall der „Intellektuellen“ gemacht worden, obwohl
hier die Uebertreibung klar auf der Hand liegt. Die Zahl der
Intellektuellen, die Anhänger unserer Partei sind, ist nur eine
verhältnismäßig kleine. Das habe auch ein gewiß guter Kenner jener
Kreise, der Genosse Kurt Eisner, bereits vor der Wahl hinlänglich dar-
getan. Die wenigen Idealkisten dieser Kategorie, die zu uns hält,
würden jetzt wohl ebenso für uns gestimmt haben wie 1903.

In Hannover erschien gestern morgen auf der Hauptpost ein Mann, stellte sich als Postinspektor aus Stettin vor und verlangte die Deckung der Postkammer, bei der sich auch das Geld für Wert- und Geldsendungen befindet, zur Vornahme einer Revision.

Wieder ein Eisenbahnunglück.

Der um 3 Uhr 58 Minuten nachmittags von Hameln kommende Schnellzug 63 stieß gestern im Personenbahnhof Münster i. W. bei der Einfahrt auf eine im selben Geleise stehende Lokomotive.

Ein Baunfall ereignete sich gestern in Altenburg. Dort gab bei den Anbauarbeiten an einer Schule in der Oberstraße das Gerüst bei dem Transport von Baumaterial nach und traf vier Arbeiter.

Ueber den Brand des vom Norddeutschen Lloyd gecharterten norwegischen Dampfers „Hygia“ wird noch aus Bremen gemeldet, daß der Brand durch einen Arbeiter verursacht wurde, der mit einer brennenden Lampe im Laderaum zu Boden stürzte.

Im Unterseeboot. Wie aus Toulon berichtet wird, fließt das Unterseeboot „Gymnote“ bei einer Leihungsfahrt unter Wasser auf einen Felsen auf.

Laminensürze. Große Laminensürze sind nach einer Meldung aus Wien im Rauton Wallis niedergegangen. Die Verbindungen sind unterbrochen und werden wahrscheinlich vor Ablauf von acht Tagen nicht wieder hergestellt werden können.

Im Automobil abgestürzt. Aus Lugano wird gemeldet: Ein Automobil, welches von den Direktoren Gasbaro und Landry, dem Arzt Barelli, zwei Damen und dem Chauffeur besetzt war, stürzte infolge eines Augenbruchs von einem Abhang des Mont Cenere ab.

Bei der Explosion unter dem Houtsonflusse unweit New York sind nach den letzten amtlichen Feststellungen insgesamt 25 Arbeiter schwer verletzt worden.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Kaufmanns-Direktion. (Großhandel.) Weizen Ia 68-73 pr. 100 Wd., Ha 62-67, M 56-61, IVa 48-54, etc.

Witterungsübersicht vom 6. März 1907, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Windrichtung, Windstärke, Temperatur. Rows include: Emsmünde, Osnabrück, Berlin, etc.

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 7. März 1907. Zunächst etwas wärmer, ziemlich trübe mit geringen Niederschlägen und mäßigen nördlichen Winden; später wieder aufklarend und etwas kälter.

Wasserstand am 6. März, Elbe bei Auhof. — Meter, bei Dresden — 30 dp. — Elbe bei Radeburg 2,49 Meter. — Elbe bei Braunschweig — Meter. — Oder bei Rastow 1,25 Meter. — Oder bei Briesen Ubergel — 0,56 Meter. — Havel bei Potsdam 1,46 Meter. — Oder bei Babelsberg 2,45 Meter.

der Ton in der Partei, auch nicht die unangenehmen Auseinandersetzungen der letzten Jahre haben unseren Wählergang an Mandaten herabgelassen, sondern die mechanischen Wahlmittel der Gegner.

Robinson bedauert, daß man aus der Kritik, die einzelne Genossen, wie jetzt Braun, Eisner oder Siebelum über, nur immer das Schlechte, nicht aber auch das Gute herausfindet. Dadurch werde stets der Anschein erweckt, als sollten diese Genossen von vornherein in ein schlechtes Licht gesetzt werden.

Robert Schmidt unterscheidet bei den Erörterungen über den Wahlausfall zwei große Gruppen von Genossen, eine, welche die politische Situation für das Resultat verantwortlich macht, und die andere, die auch unserer Partei einen Teil der Schuld beimißt.

agitation; leider werden dazu noch immer solche entbundene, verwandte, die zu wenig mit landläufigen Verhältnissen vertraut sind.

Rippel mißt dem „Vorwärts“ die größere Schuld an der Unsachlichkeit der journalistischen Auseinandersetzungen bei. Die Redaktion habe auch keinen Anlaß, es immer so darzustellen, als würde ihre Haltung stets einseitig von den Parteigenossen Berlins gebildet.

Müller weist in seinem Schlußwort der Vorwort der Unsachlichkeit gegen die „Vorwärts“-Redaktion zurück. Freilich bei einem solchen Artikel wie dem Braunkampfs habe sie einhalten müssen.

Damit war die Debatte beendet. Die bereits stiel gelichtete Versammlung wurde hierauf um 12 1/2 Uhr geschlossen.

„Positive Leistungen der Sozialdemokratie“

so lautete das Thema, über welches Genosse Wollensburger am Dienstagabend im Wahlverein des sechsten Kreises seinen Vortrag hielt. Er erinnerte an die Vorwürfe, die den Sozialdemokraten im letzten Wahlkampf gemacht wurden.

Wer sich die Mühe machen wollte, die gesetzgeberischen positiven Leistungen der Partei zusammenzustellen, der würde bald übermäßig werden von der Fülle des Materials, denn überall zeigt die Sozialdemokratie deutlich ihre Spuren.

Großer Beifall lohnte den Redner. In der Diskussion sprachen noch zwei Genossen im Sinne des Referenten, und mit einem Gruß auf die Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Genosse Edward Bernstein hat seine angekündigte „Abrechnung“ mit uns und mit dem Wahlverein des vierten Kreises überraschenderweise in einer Versammlung des „Vereiner Konsumvereins“ vorgenommen. In der Einleitung seines Referates betonte er sich darüber, daß wir keine art und geandete Erklärung von der Abrechnung einer „Antwort und Gegenrechnung“ verstümmelt hätten.

Daß wir ihm gegenüber das „System des Lohndwiegens“ über, ist eine Empfindung Bernsteins, keine Erfahrung; denn in den Tatsachen findet diese Behauptung keine Stütze. Wir haben ihn in Versammlungsberichten genau so wie jeden anderen Redner behandelt — allerdings auch nicht besser.

Gerichts-Zeitung.

Rücksichtslosigkeit gegen Leben und Gesundheit.
Am Dienstag hatte das Reichsgericht über nicht weniger als 3 Revisionen zu verhandeln, die von Leuten eingelegt waren, deren Verhalten den Tod von Menschen herbeigeführt hatte.
Der erste Fall betraf den Steinbruchbesitzer Max Richard Lungwis in Waldheim, den das Landgericht Chemnitz wegen fahrlässiger Tötung am 15. Oktober 1906 zu Gefängnisstrafe verurteilt hatte. Am 13. Juni v. J. wurde in seinem Steinbruche ein Sprengloch gebohrt. Während und infolge des Schlagens mit dem Meißel in das Bohrloch fielen fortwährend überhängende Steine und anderer Abraum von oben herab. Zwei Arbeiter zogen sich rechtzeitig zurück, aber ein dritter wurde von dem herabstürzenden Abraum verschüttet und von den Steinen erschlagen. Hätte der Angeklagte den Abraum 1 1/2 Meter zurückverfrachten und die Böschung schräger machen lassen, so würde der Unfall wahrscheinlich vermieden worden sein. Auch darin hat er fahrlässig gehandelt, daß er keine geeignete Person zur Leitung des Steinbruchs angestellt hatte.
Wegen gleichen Vergehens sind am 27. August v. J. vom Landgericht Dresden der Baugeschäftsinhaber Adolf Sprössing in Lommaßsch und der Steinbrucharbeiter Anton Karl Hummitsch zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er leitet seit Jahren den von Sp. gepachteten Steinbruch. Am 26. Januar 1906 hatte der Steinbrecher B. ein von ihm gebohrtes Sprengloch mit Wasser ausgespült. Dabei stand er auf einem Bretter 1 1/2 Meter über der Steinbruchsohle. Unterdeffen stürzten von oben 10 Meter Steine herab, zertrümmerten das Gerüst und erschlugen B. — Sprössing hatte entgegen den Vorschriften den Abbau von unten nach oben

vornehmen lassen, Hummitsch war früher bereits einmal in ähnlicher Weise verunglückt.
Die beiden weiteren Fälle betrafen Fahrlässigkeit beim Fahren. **Einen Knaben totgefahren** hat der Sandhändler Otto Bahmel, der seine Pferde durch Peitschenhiebe züchtigte und dadurch das Leberfahren eines Knaben verschuldete. Das Landgericht Dresden hat ihn am 2. Oktober v. J. wegen fahrlässiger Tötung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.
Der Auszügler **Martin Kolte in Ochsenhausen** wurde am 17. September v. J. vom Landgericht Kassel wegen fahrlässiger Tötung seines Entels zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Am 12. Mai 1906 fuhr er mit einem ruhigen Pferde auf der Leipzigerstraße auf den dort befindlichen Bahnübergang zu. Eine einzelne Lokomotive läutete und pffiff. Der Angeklagte fuhr ruhig weiter und blickte vor sich hin in Gedanken versunken. Eine Frau rief dem Angeklagten aus einem Hause zu: „Mann, Mann, eine Maschine kommt!“ Der Angeklagte hörte aber erst, als das Pferd schon auf den Schienen stand. Der Jungfänger brach sofort, aber Pferd samt Wagen wurden durch den Zusammenstoß die Böschung hinabgeschleudert. Dabei wurde dem kleinen Entel des Angeklagten, der sich mit im Wagen befunden hatte, der Kopf zerschmettert, so daß der Tod eintrat.
Sämtliche Revisionen wurden vom Reichsgericht verworfen.

Ein Knabe wegen Meineides angeklagt.
Zu beachtenswerten Erörterungen gab in der Verhandlung, die am Donnerstag vor dem Reichsgericht sich abspielte, der Prozeß gegen den Schlosserlehrling Franz Dröske Anlaß, der am 8. Januar von der Strafkammer in Brandenburg wegen Meineides zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden ist. Der Schüler Fritz Freund wurde wegen verschiedener Straftaten flehentlich verfolgt. Er hielt sich in der Wohnung der Mutter des Angeklagten Dröske versteckt. Hier unternahm Freund gegen den Angeklagten Dröske einen Totschlagversuch, indem er einen Revolver auf ihn absoß. Freund wurde am 18. September v. J. von der Strafkammer wegen versuchten Totschlags zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Dröske hatte in dieser Verhandlung unter dem Eide ausgesagt, der Totschlagversuch habe auf dem Boden des Hauses, in dem er wohne, stattgefunden. Freund hatte nicht widersprochen und sich sofort mit dem Urteile einverstanden erklärt. Am nächsten Tage ging Dröske zur Gerichtsschreiberei und widerrief seine Aussage, wobei er hervorhob, daß er nur deshalb über den Ort der Tat unrichtige Angaben gemacht habe, um seiner Mutter keine Unannehmlichkeiten zu verursachen. (Diese konnte wegen Begünstigung angeklagt werden.) Nun schreibt § 157,2 Str.-G.-B. vor, daß die Strafe wegen Meineides bis auf ein Viertel ermäßigt werden kann, wenn der Aussagende die falsche Angabe zugunsten einer Person, rüchlich welcher er die Aussage ablehnen durfte, erstatet hat, ohne über sein Recht, die Aussage ablehnen zu dürfen, belehrt worden zu sein. Diese Bestimmung hielt die Strafkammer im vorliegenden Falle nicht für anwendbar, weil die Mutter des Angeklagten hier nicht als Angeklagte in Frage käme. — Auf die Revision des Angeklagten hob das Reichsgericht das Urteil wegen zu enger Auslegung des § 157,2 Str.-G.-B. auf und verwies die Sache an die Strafkammer zurück. Es sei durchaus nicht erforderlich, daß die Person, zu deren Gunsten die falsche Aussage erfolge, angeklagt sei; es genüge für die Anwendung des § 157,2, daß die Mutter des Angeklagten durch die Angabe der Wahrheit benachteiligt wurde.



Warenhaus Hermann Tietz

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

Artikel zur Schneiderei

Armbänder

Größe	2	3	4	6
Tricot mit brauner Naturgummiplatte	Dtz. 2.20	2.60	3.10	5.40
Paar	19	22	27	48 Pf.
Tricot in hellem Gummi	Dtz. 2.25	2.70	3.45	
Paar	20	23	30 Pf.	
Blusenschutz waschbar	Dtz. 2.75	3.30	3.90	
Paar	25	30	35 Pf.	
Doppelt Tricot secunda	Dtz. 1.00	1.30		
Paar	9	12 Pf.		
Doppelt Tricot prima	Dtz. 2.75	3.40	4.50	
Paar	25	30	40 Pf.	

Tailenverschlüsse

Juno	Dtz. 70 Pf.	Stück	6 Pf.
Imperial waschbar m. Fischbein	Dtz. 1.40	Stück	12 Pf.
Rostfrei mit Federfischbein, waschbar	Dtz. 2.75	Stück	25 Pf.
Druckknöpfe la mit Feder	Gros 95	klein 95	mittel 1.10
	Dtz. 9	9	10 Pf.

Naturfischbein

	16	18	20	22	cm
weiss	Gros 1.50	2.00	2.65	3.00	
	Dtz. 13	18	23	27	Pf.
blond u. schwarz	Gros 90	1.35	1.50	1.70	
	8	12	13	15	Pf.

Sammetstoss

mit Besenborte			
in allen Farben	Meter	28	Pf.
Eisengarnstoss, einfarbig u. kariert	Meter	17	Pf.

Maschinenseide (Chappe)

auf Tourniquetrollen Marke La Soie, 5 Gramm	16	Pf.
auf Holzrollen und in Strähnen	10 Gramm 25 Pf.	5 Gramm 12 Pf.

Engl. Nähadeln la

mit Goldöhr		
Brief mit 100 Stück sort. Inhalt	28	Pf.

Grosse Auswahl in **neuesten Besätzen u. Besatzknöpfen**

Tailenband Stück à 10 Meter

la baumwollen Satin	60	Pf.
Seide geköpert u. la Eisengarn	1	35

Nahtband Stück à 25 Meter

la Baumwolle	48	Pf.
Halbseide	85	Pf. Seide geköpert 1

Gürtel-Einlagen schwarz u. weiss

schmale	28	Pf.	mittel 38	Pf.
breite Form mit Haken	48	Pf.		

Kragenstützen

Canoid m. Gaze St.	13	Pf.	Fischbein 18	Pf.
--------------------	----	-----	--------------	-----

Futtertailen für Jede Figur passend

Jaconnet grau und weiss	1	15
Renforcé zweiseitig und weiss Croisé	1	35
la Satin zweiseitig	2	15

Ca. 10000 Gros schwarze Jettknöpfe fein geschliffen.

Für den fünften Teil des regulären Preises.

Größe 13 bis 15 mm per Gros 40 Pf.	Größe 18 bis 22 mm per Gros 75 Pf.	Größe 27 bis 32 mm per Gros 100
Sehr vorteilhaft für die Engros-Confection	Karte = 2 Dtz. 8 Pf.	Karte = 1 Dtz. 7 Pf.
		Karte = 1 Dtz. 10 Pf.

Futterstoffe

Prima Seiden-Jaconnet schwarz, weiss und grau	Meter 35	farbig Meter 40	Pf.	Rauschfaille Taffelines, Ersatz für Seide	Meter 1	20	1	35
Prima Faille 100 cm breit, größtes Farbensortiment	Meter 55	70	Pf.	Kleider-Satin grosses Farbensortiment	Meter 60	75	90	Pf. 1
Englisch Reversibles	Meter 1	15		Alpaca schwarz	Meter 40	50	60	Pf.
Tailenfutter zweiseitig	38	45	60	75	Jacketfutter moderne Dessins, Ersatz für Seide	Meter 55	95	Pf. 1

Schnittmuster für Damen- und Kindergarderobe in neuesten Façons

Abteilung	Leihgebühren laut nebenstehender Tabelle.	monatlich	Für 1 Band	Für 2 Bände	Für 3 Bände	Für 4 Bände
Leihbibliothek Leipzigerstrasse Alexanderplatz	Die Bücher können täglich getauscht werden. Katalog 30 Pf.	monatlich	1	2	3	3
		vierteljährlich	4	5	6	7
		halbjährlich	6	7	9	10
		jährlich	7	10	12	14

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 7. März.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Rgl. Opernhaus. Die Stimme von Vortici.
Rgl. Schauspielhaus. Wallensteins Tod.
Deutsches. Romeo und Julia.
Vorabend. Die lustigen Weiber von Windsor.
Anfang 8 Uhr.

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Die rote Kugel.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Der Kaiserjäger.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Städtisches Theater.) Die Erlösung zum Don Juan.
Befehl. Wiege und Maria.
Wespen. Die lustige Witwe.
Verliner. Sherlock Holmes.
Komische Oper. Tobac.
Zentral. Der Zigeunerbaron.
Neues Schauspielhaus. Perichas Hochzeit.
Reines. Die Straße.
Neues. Wehner Porzellan.
Residenz. Haben Sie nicht zu verzollen?
Lustspielhaus. Husarenfieber.
Deutsches. Amerikanisches. Der Troubadour.
Dalla. Eine lustige Doppelhebe.
Luisen. Der Gattenbesitzer.
Trianon. Ich Joseite - meine Frau.
Bernhard Rose. Sherlock Holmes.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Gebr. Herrfeld. Ein verrücktes Hotel.

Wintergarten. Charlotte Wiehe.
Walla. Die 3 goldenen Jungfrauen.
Bernhard Rose. Spezialitäten.
Kasino. Rick Carter. Spezialitäten.
Volles Caprice. 100 000 Gulden.
Mittag. Im Inspektionszimmer.
Palast. Danke, Herr Franke. Spezialitäten.
Prater-Theater. Flotte Weiber.
Figaro. Seelenreiter. Geisterauto.
Paris. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Walhalla. Die goldene Eva. Spezialitäten.
Vollge. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Karl Haberland. Spezialitäten.
Jantimed. Eine vom Ballett.
Japantisch. Unter Teil.
Urania. Tantenkrone 48/49.
8 Uhr: Prof. Kohnke: Unter den Trümmern von San Francisco.
Hörssaal 8 Uhr: Dr. B. Donath: Fernschreiber und Fernsprecher.
Sternwarte, Invalidenstr. 87/82.
Ferdinand Honns

Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.

Sherlock Holmes
Freitag, Sonnabend, Sonntag:
Der Hund von Badkerfisse.

Neues Schauspielhaus
Donnerstag, den 7. März 1907:
Herthas Hochzeit.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Gastspiel Josef Katag:
Das Fest des Sankt Matern. Der arme Narr. Der goldene Schlüssel.
Anfang 8 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.

Meißner Porzellan.
Freitag: Wehner Porzellan.
Sonnabend: Wehner Porzellan.
Sonntag: Wehner Porzellan.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Kralle.
Freitag zum 174. Male: Ein idealer Gatte.
Sonnabend: Die Straße.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtschl.
Abends 8 Uhr: Die Kralle.

Lortzing-Theater
Vollalliancostr. 7/8.
Donnerstag, den 7. März, 7 1/2 Uhr:
Die lustigen Weiber v. Windsor.
Abonnements gültig!
Freitag:
Die Regimentstochter.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Husarenfieber.

Zentral-Theater.
(Operette.) Abends 8 Uhr:
Der Zigeunerbaron.
Freitag 8 Uhr: Nanon.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Erlösung zum Don Juan.

Otto Pritzkow, Münzstr. 10.
Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien.
Der Untergang des Dampfers „Berlin“.
168 Tafe, 19 Querschnitt.
Don ganzen Tag Vorstellung.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Professor Kohnke:
Unter den Trümmern von San Francisco.
Hörssaal 8 Uhr: Dr. B. Donath:
Fernschreiber und Fernsprecher.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Haben Sie nichts zu verzollen?
Sonnabend, 9. März, Anf. 11 Uhr:
Wohltätigkeits-Nachvorstellung
Haben Sie nichts zu verzollen?
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Prinzgemahl.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34.
Anfang 8 Uhr.
Morgen 8. 1. Male: Dorf und Stadt.
Sonnabend 4 Uhr: Kindervorstellung (L. Dreife). Zum 1. Male: Max und Moritz. Abends 8 Uhr: Der lange Rest.
Sonntag 8 Uhr: Der Gattenbesitzer.
8 Uhr: Dorf und Stadt.
Montag: Der Erbe von Badkerfisse.

Bernhard Rose Theater

Or. Franziskanerstr. 132.
Sherlock Holmes.
Billetvorverkauf schon für 8 Tage vorher ohne Vorverkaufgebühr von 10-11 Uhr an der Theaterkasse und bei Bertheim.
Morgen: Sherlock Holmes.
Sonnabend nachm.: Das tapfere Schneiderlein. Sonntag nachm.: Die Verschönerung der Frauen.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Gesamtgastspiel Theater des Westens.
Heute abends 8 Uhr: Troubadour.
Freitag: Die Fledermaus.
Sonnabend: Nigoletto.
Sophr. Henmann-Angel a. G.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nigoletto.
Sonntag abend: Zigeunerbaron.

Apollo Theater

8 Uhr: **All den Hosen**, Barleste. 90.
90: **Cole de Lasse-Dus**, komischer Dreißigst. 90.
90: **Die drei goldenen Jungfrauen**. 10 Uhr: **Bernhard Wörbitz** mit neuen Typen.
10 1/2: **Am Zoo**, große Pantomime von Gebr. Donathsen und Ardel. Außerdem das übrige große Programm.

Metropol-Theater

Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Fround. Musik von Viktor Hollender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Massary, Wolf, Bender, Giampietro, Josephi.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 10. März, nachm. 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

Passage-Theater.

2. Monat.
Täglich ausverkauft!
Der größte Vacherfolg der Saison:
„Mal was Anderes“.
Die Theims-Troupe
und die 10 glänzendsten **März-Spezialitäten.**

WINTERGARTEN

Charlotte Wiehe
und das
neue glänzende **März-Programm.**

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill, Brunnenstr. 16.
Benefiz für **Hans Adoff.**
Einmal. Auftreten des Fr. C. Adoff.
Der Verschwander.
Saubermärchen von C. Reinwand.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung: Benefiz-Gall.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag abends 8 Uhr:
Die rote Kugel.
Schauspiel in vier Akten von Eugen Brleug. Deutsch von Anne St. Gère.
Freitag, abends 8 Uhr:
Narrenglanz.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Kaiserjäger.
Komödie in 3 Akten v. Hans Brenner und Hans Ostwald.
Freitag, abends 8 Uhr:
Jugend.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Narrenglanz.

Zirkus Busch.

7 1/2 Uhr. **Zirkus Busch.** 7 1/2 Uhr.
Heute Donnerstag, den 7. März, um 8 1/2 Uhr:
Fortsetzung der **Gr. Internationalen Ringkampf-Sonder-Konkurrenz**
Prämien 10 000 M.
Ferner dem Sieger als Ehrenpreis eine **Ringer-Bronze-Statue**, modelliert und gegossen von Hrn. Professor **Reinhold Begas** und der große **Gold-Pokal**, gestiftet von der Sportredaktion der Tageszeitung „Das Deutsche Blatt“.
Ehrenprotectorat: Professor **Reinhold Begas.**
Heute Donnerstag, den 7. März ringen:
Eigemann (Rheinland) gegen **Cazeaux** (Frankreich).
Anglio (Martinique) gegen **Mehand** (Bremen).
Zippa (Nordamerika) gegen **Padoubny** (Böhmen).
Müller (Süddeutschland) gegen **Petersen** (Dänemark).
Ferner: Die **Veres-Truppe** und das große **Galaprogamm.**
Herr **Burkhardt-Hootik**, Schlichter. Herrn **Ernst Schumanns** Reudreifen sowie 9 1/2 Uhr
„Rom“, großes Original-Manege-Schauspiel in 7 Bildern.

Zirkus Schumann

Heute Donnerstag, den 7. März:
Fortsetzung der **großen internationalen Ringkampf-Konkurrenz**
um den **Goldenen Kranz von Berlin** u. **10 000 Mark** in bar.
Heute ringen:
Darigol, Spanien, gegen **Albert Hein**, Berlin. **Gillis**, Frankreich, gegen **Wenzel Kausa**, Böhmen.
Heur. Sobmeier, Steiermark, gegen **Koraman**, Tüchel. **Vimoulin**, Frankreich, gegen **Omer de Vouillon**, Belgien.
Vorher Galaprogamm, Les 4 Mag-nanis und um 9 1/2 Uhr: St. Hubertus, größtes und schändertestest Fracht-Manegenchauspiel.
Achtung! Sonntag, den 10. März, andernorts in beiden Vorstellungen: **St. Hubertus**. (Nachmittags ein Kind frei!)

Gebr. Herrfeld-Theater

Anf. 8 Uhr. **Theater** Vorverk. 11-2 Uhr
57 Kommandantenstr. 57.
Die stärksten bejubelte **Komität**
Ein verrücktes Hotel
Komödie in 3 Akten mit den Autoren **K. und D. Herrfeld** in den Hauptrollen.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr bei halben Kassenpreisen:
Hausierer Jockele
und
Die letzte Ehre
mit **H. und D. Herrfeld.**

Folies Caprice.

Minierstr. 132, an der Friedrichstr.
Heute abends 8 Uhr:
10 000 Gulden Mitgift.
Glänzend neuer Solotell:
Im Inspektionszimmer.
Vorverkauf an der Theaterkasse und bei Bertheim.

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenthal-Tor.
Heute abends 8 Uhr:
14 großartige März-Spezialitäten.
5 Geschwister Pérez
Gymnastiker auf 3 freisteh. Leitern.
Frosso, der Geheimnisvolle.
3 Soubretten. — 2 Komiker usw.

Intimes Theater

Dresdenerstr. 97.
Gastspiel des **Budapester Burlesken-Ensembles**
Linde-Wolf.
„Eine vom Ballett.“
„Japantisch.“
Unter Teil.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Neu! „Ballettschule Klappermax“.
Anfang
Wochentags
8, Sonntags
7 Uhr.

Möbel-Fabrik W. F. Falkenberg

Tischlermeister
BERLIN C. 54, Alte Schönhauser Str. 32.

Engl. Schlafzimmer

Satin oder amerik. Nussbaum, furniert:

- 1 Schrank
- 2 Bettstellen m. Matratze u. Kellkissen
- 1 Waschtollette mit ff. weissem Marmor
- 1 Anschraubespiegel
- 1 Nachtschrank
- 1 Handtuchständer
- 2 Stühle

Mark **275**

Langjährige Garantie. Frachtfreie Lieferung durch ganz Deutschland. Gekaufte Möbel könn. beliebige Zeit in meinen Speichern lagern. Besichtigung meiner enormen Lager erbeten.

Verlangen Sie illustr. Katalog gratis und franko!

Eigene Werkstätten!



Möbelfabrik Julius Apelt, Tischlermeister,

Berlin SO., **Skalitzerstr. 6**, am Kottbuser Tor.
Wegen Umzug: Zurückgesetzte Möbel bedeutend billiger.
Ab Mitte März: Vergrößerte Geschäftsräume:
Adalbertstraße 6, am Kottbuser Tor.

Freie Volksbühne

Sonntag, den 10. März cr., nachmittags 3 Uhr:
Neues Schauspielhaus. 12./13. Abteilung:
Weh' dem, der lügt. | Berliner Theater. 5./6. Abteilung:
Baumeister Solneß.

MÄRZ-FEST

Sonnabend, den 16. März, Friedrichshain-Brauerei
Sinfonie-Konzert
Wagner x Tschakowsky x Volkmann x Beethoven
ausgeführt von dem **Hozartsaal-Orchester** unter Leitung des Herrn Hofkapellmeisters **Paul Prill.**
Festrede: Herr Frank (Mannheim).
Rezitation **Freiligrathscher Märzgedichte.**
Festmarken a 60 Pf. sind in allen Zahlstellen bei vorheriger Bestellung zu haben.

Freitag, den 5. April, abends 8 1/2 Uhr:
23. Kunst-Abend
Fritz Reuter: — Vorlesung — und niederdutsche Lieder, gesungen von Frau **Lissi Kurz.**
Am Klavier: Konzertmeister **Clemens Schmalstich.**
228/10 **Der Vorstand.** I. Vorsitz: G. Winkler.

Prater-Theater

Kastanien-allee 7-9.
Abends 8 Uhr:
flotte Weiber.
Ausstattungsstück in vier Akten von **L. Krepton.**
Morgen zum ersten Male:
Die weiße Rose.

Kasino-Theater

Lothringenstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Nick Carter.
Kriminalroman in 3 Akten v. Oswald. Rick Carter, Detektiv: **Hans Berg.**
Vorher **das neue März-Programm.**
Sonntag 4 Uhr: **Lebige Leute.**

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/49.
Gastspiel **Bernhard Rose-Theater.**
Die Jungfrau von Orleans.
Tragödie in 5 Akten (9 Bildern).
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billetvorverkauf bei Krüger & Oberbeck, Turm- u. Weißelstrassen-Str., sowie im Restaurant d. Stadt-Theaters.

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Fräulein Joseite - meine Frau.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Die Liebeskugel.

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Söres.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der sensationelle März-Spielplan.
Unter andern:
Kioday Godayou, japanische Equilibristen.
Selfman and Punch, musikalische Exzentriks.
Danke, Herr Franke Schwan.
Familienkarten, wochentags zum halben Kassenpreis gültig. in Barber-, Kletter- u. Jagartengeschäften gratis.



Koloss. Erfolg der Ausst.-Polka:
Husarenfieber in Potsdam.
„Mora“?? Größte Sensation, sowie 10 erstklass. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Sanssouci,

Kottbuser Str. 44.
Direktion **Wilhelm Reiser.**
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Stürmischer Erfolg!
Skandal im Theater
Voll in 1 Akt
Tanzfranzöser.
Somit. 12. 5. Wochent. 8 U.
Jeden Dienstag: Theater-Abend.

Bnygenhagen!!

Zuuer noch die beliebtesten
Bockbier-Feste.
Freitag, den 8. März:
Benefiz
für den
Zirkusdirektor **Barnum**

Berliner Volksblatt

komplette Jahrgänge, 1884-1890, zu kaufen gesucht.
233/5
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69, I. Hof part.

Besonders vorteilhafte Artikel zu 3 Einheitspreisen

Aus der grossen Anzahl preiswerter Artikel verzeichnen wir nachstehend nur einen kleinen Teil.



Reizende Blusen aus Schweizer Batist, mit vollständig gesticktem Vordertheil

Petroleumkocher, sammtig Plättbretter, bezogen Bürstenbrett mit Bürsten

Praktische Damenblusen aus waschbarem Barehend aus Satin mit breitem Volant

Reibemaschinen 12 Wassergläser l. Carton Braune Marktnetze

Damen-Blusen aus mercederlater Batist, mit gesticktem Vordertheil aus gediegenen Fantasiestoffen

Handtuchhalter mit Rockwand und Baulein-Bürgern Fleischhackmaschinen

90 Pfennig-Artikel

Palmen m. Steingut-Kübel Vasen mit Sträussen Blumen-Arrangements als Nummernschmuck

Tischläufer m. 80 Papierservietten 1 Carton echte Douring-Seife

Damen-Filz-Pantoffel in feiner Ausführung Strumpfhalter aus weiß. Barchen-Gummiband

2 vernickelte Brotkörbe mit Maloka-Bmalage 1 mod. geflocht. Brotkorb mit verstelltem Griff

2 Knabenhüte für kleine Knaben 4 Paar 12 kn. lange Halbhandschuhe weiss, mit Spitze

2 Shawis Gardinen Plüsch-Lambrequins m. Applikation

Lebende Blumen

3 Stück sortierte Tulpen 90 Pf. 3 Stück sortierte Krokuspflanzen 90 Pf.

Trotz der schon sehr billigen Preise verabfolgen wir die üblichen Rabatmarken, welche volle 5% betragen.

Verkäufe.

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrötem Inlett 10,50, Handbleibe

Woolfronen, Petroleumfronen ohne Anziehung, Wolle 1,00, Louis Böttcher

Frühlingparzellen! Uppersdorf, 10 Minuten vom Bahnhof Strausberg

Wasserkocher! Zwellochgefäße! 3,00, Gefüllene Spargelkocher! 5,00

Wandtafelne laut Pfandleihe Brunsbüttel 63. 17/6 Zwei Berechnungsmaschinen

Arbeitsburche für Gießer, Lohn 12 Mark, verlangt 14 Mark, Stahl-Schreiberstraße 2. 18/17

Vermietungen.

Wohnungen. Schöne Stube und Küche, viel Zubehör, umländerhalber billig zu vermieten

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote. Tüchtigen Barockergolder verlangt Goldblechfabrik Reichensbergerstraße 88.

Verschiedenes.

Patentanwalt Wessel, Blücherstraße 94. 9275

Vorarbeiter

nach Süddeutschland für dauernde Stellung gesucht. Off. mit Angabe der Gehaltsansprüche unter E. 478.

Färber und Wäscher

berlangt Gebr. Altenberg's Färberei, Weihenstephan. +138

Vorarbeiterin, Seidennäherin

für seinen Vich verlangt Rita Weidelsheimer, Albrechtstr. 8 I.

Achtung!

In der Luzinspappe- und Zellulosefabrik R. Priester & Co. Michaelkirchstraße 17

